



universität  
wien

# MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Zwischen Deutschen und Polen. Die Juden im polnischen  
Völkerfrühling 1848“

Verfasser

B.A. Nino Gude

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 687

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Osteuropäische Geschichte

Betreuer:

a.o. Univ.-Prof. Mag. Dr. Christoph Augustynowicz

## **Inhaltsverzeichnis**

	<b>Seite</b>
<b>1. Einleitung</b> .....	<b>3</b>
<b>2. Verfassungspolitische Debatten zur „Judenfrage“</b> .....	<b>11</b>
2.1. Preußische Judengesetzgebung und Posener Juden bis 1847 .....	11
2.2. „Toleranzpolitik“ Österreichs und die galizischen Juden .....	18
2.3. Die polnischen Reformvorschläge zur Zeit der letzten Teilungen.....	23
<b>3. Gewaltverbrechen als Begleiterscheinungen der Revolution</b> .....	<b>25</b>
3.1. Antijüdische Krawalle im Großherzogtum Posen.....	25
3.2. Antifeudale Übergriffe in Galizien.....	33
<b>4. Politisierung der Juden</b> .....	<b>37</b>
4.1. Deutsch-Jüdische Kooperation in Posen.....	37
4.2. Polnisch-Jüdische Verbrüderung in Galizien.....	50
<b>5. Assimilation und Akkulturation</b> .....	<b>60</b>
5.1. Die „germanophilen“ Posener Juden .....	60
5.2. Die „polonophilen“ Krakauer Juden.....	74
<b>6. Fazit</b> .....	<b>81</b>
<b>Anhang</b> .....	<b>87</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>90</b>
<b>Zusammenfassungen in deutscher, englischer und polnischer Sprache</b> .....	<b>99</b>
<b>Lebenslauf</b> .....	<b>102</b>

## 1. Einleitung

Als prominenten Vertreter einer deutschen, polnischen und jüdischen Identität nehmen wir gegenwärtig Marcel Reich-Ranicki wahr, der vor allem im deutschsprachigen Raum als einflussreicher Publizist und Literaturkritiker uns allen ein Begriff ist. Auch er selbst hat sich vor gut einem halben Jahrhundert in einem Gespräch dem deutschen Schriftsteller Günter Grass mit den Worten bekannt gemacht: „Ich bin ein halber Pole, ein halber Deutscher und ein ganzer Jude.“<sup>1</sup>

Den Wahrheitsgehalt dieser Aussage möchte ich nicht beurteilen, inwieweit er sich tatsächlich als Deutscher, Pole und polnischer Jude fühlte bzw. fühlt, darüber soll er selbst entscheiden, da er zu einem anderen Zeitpunkt auch einmal sagte: „Ich komme aus Prag, ich bin Tscheche, ich bin Deutscher, ich bin Jude, ich bin Kommunist [...]“<sup>2</sup>

Seine multiplen Identitäten aber kennzeichnen zweifelsohne seinen Lebensweg, da er als gebürtiger „Ostjude“ zunächst im polnischen Włocławiek aufwuchs, im Jahr 1929 mit seiner Familie nach Berlin übersiedelte, ehe er neun Jahre später in der sogenannten „Polenaktion“ zusammen mit etwa 17.000 Glaubensgenossen erneut nach Polen ausgewiesen wurde und ab 1940 im Warschauer Ghetto lebte, aus dem ihm 1943 die Flucht gelangte. Dieser kurze Ausschnitt aus dem Leben Reich-Ranickis<sup>3</sup> verdeutlicht die Lebensgeschichte unzähliger Personen, die die gegenwärtige Gesellschaft bei der Betrachtung von Juden und Polen als Opfer der NS-Vernichtungspolitik und der *Schoa* assoziiert.

Diese historische Katastrophe führte in den letzten Jahren und Jahrzehnten einerseits zu einer Sensibilisierung für dieses Thema unter den Wissenschaftler/innen und in weiterer Folge zu einer intensiven Erforschung über die Geschichte der Juden.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Gerhard Gnauck, Zwischen Deutschen, Polen und Juden: Marcel Reich-Ranickis Lebensweg. [http://www.bpb.de/themen/PH08YK,0,Zwischen\\_Deutschen\\_Polen\\_und\\_Juden%3A\\_Marcel\\_ReichRanickis\\_Lebensweg.html](http://www.bpb.de/themen/PH08YK,0,Zwischen_Deutschen_Polen_und_Juden%3A_Marcel_ReichRanickis_Lebensweg.html) (letzter Zugriff am 05.03.2012).

<sup>2</sup> Ebd. (letzter Zugriff am 05.03.2012).

<sup>3</sup> An der Stelle ließe sich der Name Marcel Reich-Ranicki durch unzählige weitere Personen ergänzen, die auf gleiche tragische Art und Weise der NS-Vernichtungspolitik zum Opfer fielen. Im Gegensatz zu Reich-Ranicki blieb den meisten von ihnen ein Entkommen verwehrt.

<sup>4</sup> Ein kurzer Überblick über die wichtigsten in dieser Arbeit herangezogenen Publikationen: Chimen Abramsky, Maciej Jachimczyk and Antony Polonsky (ed.), *The Jews in Poland*, Oxford 1986, Artur Eisenbach, *The Emancipation of the Jews in Poland, 1780-1870*, Oxford [u.a.] 1991, François Guesnet, *Polnische Juden im 19. Jahrhundert – Lebensbedingungen, Rechtsnormen und Organisation im Wandel*, Köln [u.a.] 1998, Heiko Haumann, *Geschichte der Ostjuden*, 4. Auflage, München 1998, Sophia Kemlein, *Die Posener Juden 1815-1848*, Hamburg 1997, Antony Polonsky (ed.), *Focusing on Galicia: Jews, Poles, and Ukrainians 1772-1918*, POLIN 12, London [u.a.] 1999, Ders., (ed.), *Focusing on Jews in the Polish Borderlands*, POLIN 14, Oxford [u.a.] 2001, Antony Polonsky and Michał Galas (ed.), *Jews in Kraków*, POLIN 23, Oxford [u.a.] 2011 und Michael Stanislawski, *A Murder in Lemberg. Politics, Religion, and Violence in Modern Jewish History*, Princeton [u.a.] 2007.

Am ehesten aber konzentrierten sich die Arbeiten der Geschichtswissenschaft auf die Geschichte der Juden in Deutschland und Polen, oder die deutsch-polnischen Beziehungen standen im Vordergrund des Interesses, während die Beziehungsgeschichte zwischen Deutschen, Polen und Juden in Ostmitteleuropa lange unbeachtet blieb.<sup>5</sup>

Vor allem vor dem Hintergrund der seit dem Mittelalter einsetzenden deutschen Ostkolonisation sowie der Herausbildung der aschkenasischen Judenschaft im alten Polen, die nach der Vertreibung aus Städten des Reichs im 14. und 15. Jahrhundert in Osteuropa eine neue Heimat fand, ist der Stand der Forschung zu diesem Thema noch nicht zufriedenstellend. Seit dem Mittelalter lebten Deutsche, Juden und Polen gewissermaßen als Nachbarn auf dem gleichen Territorium, was eine eingehende Beschäftigung mit dieser Art von Beziehungsgefüge der drei Ethnien notwendig machen würde.

Nun haben sich in letzter Zeit mehrere Autoren gerade mit der Geschichte der Ostjuden und ihrer spezifischen Lebenswelt auseinandergesetzt, allerdings liegt der Schwerpunkt dieser Untersuchungen bei jenen Juden, die sich nach den Teilungen Polen-Litauens am Ende des 18. Jahrhunderts im russischen Annexionsgebiet wiederfanden. Zu nennen wäre hier u.a. der epochenübergreifende Überblick von Heiko Haumann, der den Schwerpunkt seiner Untersuchungen speziell auf die Juden in Warschau und Łódź legte.<sup>6</sup> Auch François Guesnet leistete einen großen Beitrag zur Erforschung der polnischen Juden, allerdings bildeten ebenfalls die Juden aus dem ehemaligen Kongresspolen sein Forschungsprojekt.<sup>7</sup>

Der Sammelband von Gotthold Rhode mit dem Titel „Juden in Ostmitteleuropa“<sup>8</sup> lässt zumindest eine überregionale Darstellung des Ostjudentums vermuten. Tatsächlich befinden sich darin vorwiegend Beiträge zur jüdischen Bevölkerung in den preußischen Ostprovinzen, Kongresspolen, Russland und ein kleiner Abriss über das Judentum in Ungarn. Einen größeren Beitrag zur Geschichte über die Beziehungen zwischen den Deutschen, Polen und Juden in genannter Region suchte ich auch hier vergeblich, ebenso wie das zahlenmäßig und kulturell bedeutende Judentum in Galizien hier fast vollständig fehlt. Mit der Ausnahme von Heiko Haumann konzentrierten sich die anderen Autoren ausschließlich auf das 19. und 20. Jahrhundert, wohl wissend, dass die Geschichte der Ostjuden bereits seit den Pogromen von 1349 – und den damit einsetzenden Flüchtlingsstrom aus Westeuropa – in Osteuropa ihren Anfang nahm.

---

<sup>5</sup> Vgl. Stefi Jersch-Wenzel (Hrsg.), Deutsche – Polen – Juden – Ihre Beziehungen von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, Berlin 1987, S. IX.

<sup>6</sup> Vgl. Anm. 4.

<sup>7</sup> Vgl. Anm. 4.

<sup>8</sup> Gotthold Rhode (Hrsg.), Juden in Ostmitteleuropa – Von der Emanzipation bis zum Ersten Weltkrieg, Marburg [u.a.] 1989.

Die ältere Forschung ging unisono von einer Perspektive der Isolation aus, da sich die Juden in ihrer Religion, ihren Sitten und Bräuchen, ihrer Sprache sowie die ihnen in vielerlei Hinsicht auferlegten Begrenzungen vom deutsch-polnischen Umfeld grundsätzlich unterschieden und somit praktisch ganz unter sich blieben. Dabei wurde nicht ausreichend berücksichtigt, dass die als „typisch“ jüdisch angesehenen Berufe – das Kleinhandwerk, der Geldverleih und die Schankwirtschaft – durchaus zu einem kulturellen und sozialen Austausch führten, weshalb dieser Themenbereich eine intensivere Berücksichtigung verdient hätte.

Eine erste Abhilfe leisteten dagegen Stefi Jersch-Wenzel<sup>9</sup> und Sophia Kemlein, wobei letztgenannte in ihrer Studie zu den Posener Juden den Entwicklungsprozess einer polnischen Judenheit zwischen Deutschen und Polen gebührend berücksichtigte, insbesondere für den Zeitraum von 1815-1848.<sup>10</sup> Sie sollte auch deshalb hinreichend Erwähnung finden, da dies die einzige monographische Veröffentlichung dazu in deutscher Sprache ist.

Demgegenüber fehlen bisher Untersuchungen, die die weitere Entwicklung der Posener Juden für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts näher berücksichtigen. Auch fehlen bislang vergleichbare Analysen über die Entwicklung der Ostjuden in allen drei Teilungsgebieten Polens, die im größeren Rahmen parallel zu eruieren wäre.

Die Geschichte der Posener Juden wurde dagegen in erster Linie im Zusammenhang mit der preußischen Judenpolitik im Großherzogtum Posen und ihren Folgen analysiert. Einige Arbeiten befassten sich mit den wirtschaftlichen und regionalen Verhältnissen der Posener Juden sowie ihrer Akkulturation und Auswanderungsbewegung im 19. Jahrhundert.<sup>11</sup>

Das Buch von Sophia Kemlein erweckte bei mir nicht nur Neugier für dieses Thema, sondern ermutigte mich darüber hinaus, im Rahmen einer Masterarbeit eine vergleichende Arbeit zur jüdischen Bevölkerung im Großherzogtum Posen und in Galizien durchzuführen. Den Zeitraum möchte ich auf die revolutionären Ereignisse im Jahr 1848 beschränken, wobei Rückgriffe auf die Zeit des Vormärz unerlässlich sind, da ansonsten die Ereignisse und Resultate gerade im Hinblick auf die „Judenfrage“ während des Revolutionsjahres zusammenhanglos sind.

---

<sup>9</sup> Dieser Sammelband gibt einen Abriss über die Beziehungen der Deutschen, Polen und Juden von ihren Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. Der Schwerpunkt liegt hier in der Einbeziehung der Juden in die deutsch-polnische Geschichte, liefert aber nur erste Ansätze zu diesem Thema. Vgl. Stefi Jersch-Wenzel (Hrsg.), *Deutsche – Polen – Juden – Ihre Beziehungen von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert*, Berlin 1987.

<sup>10</sup> Vgl. Anm. 4.

<sup>11</sup> Vgl. Witold Molik, *Die Posener Juden in der Sicht polnischer Memoiren und Zeitschriften (1848-1890). Ausgewählte Probleme*, in: Hans-Jürgen Bömelburg (Hrsg.), *„Der Fremde im Dorf“ Überlegungen zum Eigenen und zum Fremden in der Geschichte*, Lüneburg 1998, S. 125.

Spätestens mit dem Ausbruch der nationalen Erhebung nahmen auch die Juden ihre Chance wahr, sich selbst aktiv am Emanzipationsprozess zu beteiligen, indem sie sich der nichtjüdischen Umwelt anglich und so ihr jeweiliges Verhältnis zu den Deutschen und Polen neu bestimmten.<sup>12</sup> Jacob Toury wies in vielen seiner Untersuchungen bereits auf die rege Anteilnahme der jüdischen Bevölkerung an der Revolution in Deutschland hin, auch hinsichtlich ihrer politischen Mitarbeit in verschiedenen Volksvertretungen der Jahre 1848/49.<sup>13</sup> Darüber hinaus erschien eine Reihe von Arbeiten, die sich mit verschiedenen Aspekten der Emanzipation und Akkulturation der Juden in Deutschland im 19. Jahrhundert befassten.<sup>14</sup> Das Engagement der österreichischen Juden in den revolutionären Ereignissen in Wien wurde durch Wolfgang Häusler gebührend aufgearbeitet.<sup>15</sup>

Die hier vorgestellte Auswahl an Literatur deckt bei weitem nicht den gesamten Literaturbestand zu diesem Thema ab, da ich beabsichtige, den „Völkerfrühling“ in den polnischen Ländern mit Blick auf eine mögliche Akkulturation der Juden an ihre nichtjüdische Umgebung hin zu untersuchen.

Die internationale Forschungslandschaft liest sich gleichermaßen spärlich. Die polnische Historiografie hat ihren „Völkerfrühling“ (*Wiosna Ludów*) zwar untersucht<sup>16</sup>, aber gerade zum Verhältnis der Juden im Spannungsfeld zwischen deutscher und polnischer Bevölkerung gibt es noch ausreichend Nachholbedarf – dies nicht nur im Hinblick auf die nationale Erhebung im Jahr 1848. In der Nachkriegszeit beschäftigte sich Artur Eisenbach in seinem Werk zur Emanzipation der Juden umfassender zur Geschichte der Juden in Polen und gab dadurch wesentliche Impulse für die nachfolgende Historikergeneration aus Polen.<sup>17</sup>

---

<sup>12</sup> Sophia Kemlein, *Die Posener Juden 1815-1848*, Hamburg 1997, S. 14.

<sup>13</sup> Jacob Toury, *Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland – von Jena bis Weimar*, Tübingen 1966. Ders., *Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland – 1847-1871; zwischen Revolution, Reaktion und Emanzipation*, Düsseldorf 1977.

<sup>14</sup> Vgl. Walter Grab, Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Juden im Vormärz und in der Revolution von 1848*, Stuttgart-Bonn 1983, S. 7.

<sup>15</sup> Wolfgang Häusler, *Das Judentum im Revolutionsjahr 1848*, in: *Österreichisches Jüdisches Museum* (Hrsg.), *Studia Judaica Austriaca*, Band 1, Eisenstadt 1974.

<sup>16</sup> Die Literatur zur 48er Revolution ist vergleichsweise alt. Hervorzuheben sind insbesondere die Arbeiten von Stefan Kieniewicz. Ders., *Spółeczeństwo polskie w powstaniu poznańskim 1848 roku*, Warszawa 1935, und Ders., *Rok 1848 w Polsce – wybór źródeł*, Wrocław 1948. Das 150-jährige Jubiläum im Jahr 1998 löste in Polen weder eine große Begeisterung aus, noch erschien eine derartige Publikationsflut wie zum gleichen Zeitpunkt in Deutschland. Man hatte eher den Eindruck, als hätten die polnischen Historiker die Ereignisse aus dem Jahr 1848 vergessen. Vgl. Czesław Majorek, Henryk Żaliński, *The Revolution of 1848 in Polish Historical Consciousness: Remarks on Three Anniversary Celebrations (1898, 1948, 1998)*, in: Charlotte Tacke (ed.), *1848 Memory and Oblivion in Europe*, Brussels [u.a.] 2000, p. 152.

<sup>17</sup> Vgl. Anm. 4.

Gegenwärtig sind vor allem die Arbeiten von Krzysztof Makowski<sup>18</sup> und Witold Molik<sup>19</sup> zu den Posener Juden zu nennen, die insbesondere das 19. Jahrhundert berücksichtigen.

Die galizischen Juden bilden momentan einen Forschungsschwerpunkt junger Forscher/innen in Krakau, die sich nun verstärkt auch mit der Geschichte der Krakauer Juden auseinandersetzen.<sup>20</sup> Der Schwerpunkt liegt dabei auf der wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Situation der Juden im 19. Jahrhundert. Zur Frage der Akkulturation müssen in erster Linie die Beiträge von Jerzy Holzer<sup>21</sup> genannt werden, der auch die Beziehungen der galizischen Juden nach Österreich in seine Betrachtungen mit einbezieht.

In der englischen Historiographie sind nach wie vor die Untersuchung von William W. Hagen<sup>22</sup> zum Nationalitätenkonflikt im preußischen Osten sowie die Arbeiten von Chimen Abramsky<sup>23</sup> und Antony Polonsky<sup>24</sup> hervorzuheben. Letzterer leistete vor allem als Gründer und Herausgeber der Zeitschrift POLIN einen wesentlichen Beitrag zur Erforschung der polnisch-jüdischen Geschichte.

Vor dem Hintergrund des Fehlens umfangreicher Untersuchungen zur Rolle der Juden im polnischen „Völkerfrühling“ sehe ich mich nun dazu ermutigt, eine Synthese zwischen Deutschen und Juden einerseits sowie einer jüdisch-polnischen Beziehung andererseits für das Jahr 1848 herauszuarbeiten.

---

<sup>18</sup> Krzysztof Makowski, Das Grossherzogtum Posen im Revolutionsjahr 1848, in: Rudolf Jaworski und Robert Luft (Hrsg.), 1848/49 Revolutionen in Ostmitteleuropa, München 1996, S. 149-172, Ders., Żydzi wobec Wiosny Ludów w Wielkim Księstwie Poznańskim, in: Jerzy Topolski (red.), Żydzi w Wielkopolsce na przestrzeni dziejów, Poznań 1999, S. 149-167, Ders., Between Germans and Poles: The Jews of Poznań in 1848, in: Antony Polonsky (ed.), Focusing on Jews in the Polish Borderlands, POLIN 14, Oxford [u.a.] 2001, pp. 68-82.

<sup>19</sup> Witold Molik, Die Posener Juden in der Sicht polnischer Memoiren und Zeitschriften (1848-1890). Ausgewählte Probleme, in: Hans-Jürgen Bömelburg (Hrsg.), „Der Fremde im Dorf“ Überlegungen zum Eigenen und zum Fremden in der Geschichte, Lüneburg 1998, S. 125-145.

<sup>20</sup> Zu nennen sind hier die Arbeiten von Anna Jakimyszyn, Żydzi krakowscy w dobie Rzeczypospolitej Krakowskiej, Kraków [u.a.] 2008 und von Małgorzata Śliż, Galicyjscy Żydzi na drodze do równouprawnienia 1848-1914, Kraków 2006.

<sup>21</sup> Jerzy Holzer, Zur Frage der Akkulturation der Juden in Galizien im 19. und 20. Jahrhundert, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 37(1989), S. 217-227, Ders., „Vom Orient die Fantasie, und in der Brust der Slaven Feuer...“. Jüdisches Leben und Akkulturation im Lemberg des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Peter Fäßler [u.a.](Hrsg.), Lemberg – Lwów – Lviv. Eine Stadt im Schnittpunkt europäischer Kulturen, 2. Auflage, Wien [u.a.] 1995, S. 75-91, Ders., Die galizischen Juden, Deutschtum und Polentum, in: Robert Maier [u.a.] (Hrsg.), Zwischen Abgrenzung und Assimilation – Deutsche, Polen und Juden. Schauplätze ihres Zusammenlebens von der Zeit der Aufklärung bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, (Studien zur internationalen Schulbuchforschung, Band 88), Hannover 1996, S. 125-137, Ders., Enlightenment, Assimilation, and Modern Identity: The Jewish Elite in Galicia, in: Israel Bartal and Antony Polonsky (ed.), Focusing on Galicia: Jews, Poles, and Ukrainians 1772-1918, POLIN 12, London [u.a.] 1999, pp. 79-85.

<sup>22</sup> William W. Hagen, Germans, Poles, and Jews – The nationality conflict in the Prussian East, 1772-1914, Chicago 1980.

<sup>23</sup> Vgl. Anm. 4.

<sup>24</sup> Vgl. Anm. 4.

In meiner Masterarbeit geht es mir also grundsätzlich darum, in einer vergleichenden Analyse die Reaktionen der Posener Juden und ihrer Glaubensgenossen in Galizien auf die revolutionären Ereignisse im polnischen „Völkerfrühling“ zu analysieren und dabei insbesondere eine mögliche Parteinahme zugunsten der Deutschen und/oder Polen im Blickfeld zu haben. Sollte die nationale Erhebung erfolgreich zum Abschluss gebracht werden, so musste die polnische Nationalbewegung versuchen, neben der zahlreichen Bauernschaft auch die Deutschen sowie die Judenschaft für ihren Kampf zu mobilisieren.

So einfach dieses Vorhaben auch klingen mag, so unrealistisch war es, dieses Konzept in die Tat umzusetzen, schließlich verbanden auch die Juden Hoffnungen und Forderungen mit der Revolution, gerade vor dem Hintergrund der von allen Seiten diskutierten Judenemanzipation, also ihrer rechtlichen Gleichstellung und sozialen Integration in die bestehende Gesellschaft.

Die Geschichte der Beziehungen zwischen Deutschen, Polen und Juden soll so um ein Kapitel erweitert werden, schließlich wurde die Revolution von 1848 deshalb als Schwerpunkt der Betrachtung gewählt, da sie für die Juden in Europa ein wichtiger Meilenstein hinsichtlich ihrer Emanzipation in einer vorwiegend christlichen Gesellschaft war. Zwar konnte die Revolution keines ihrer Ziele unmittelbar durchsetzen, dennoch wurde den Machthabern bewusst gemacht, dass es nicht möglich sein würde, die vorrevolutionären Zustände in gleichem Maße zu restaurieren. Das Erwachen einer bürgerlichen Gesellschaft aus den Überresten des Feudalismus zeugt davon.<sup>25</sup> Darüber hinaus machte das Jahr 1848 zumindest für die Posener Juden deutlich, dass sie fortan eine indirekte Entscheidung zur Akkulturation an die Deutschen trafen<sup>26</sup>, während unter den Juden in Galizien besonders die jüdische Gemeinde in Krakau verstärkte Tendenzen zum Polentum aufzeigte. Aus diesem Grund lohnt es sich hier, einen Vergleich zwischen den Posener und galizischen Juden hinsichtlich ihrer Positionierung inmitten der Deutschen und Polen aufzuzeigen, da die Unterschiede unmittelbar im Revolutionsjahr 1848 sichtbar wurden.

Meine Arbeit habe ich in sechs Kapitel unterteilt, wobei das erste die hier vorgenommene Einführung darstellt. Im zweiten Kapitel wird ein kurzer Abriss zu den Auseinandersetzungen über eine mögliche Integration der Juden in die bestehende Gesellschaft gegeben. Die Annäherung an diese Debatte soll auf zwei verschiedenen Wegen erfolgen. Zum einen gilt es dabei, die politische Kontroverse in den preußischen und österreichischen Regierungskreisen zu berücksichtigen, die zu zahlreichen Gesetzen und Verordnungen führten – erwähnt seien hier das preußische Judenedikt von 1812 und das Toleranzpatent Josefs II. von 1782 – zum

---

<sup>25</sup> Wolfgang Häusler, Die Revolution von 1848 und die österreichischen Juden, Wien 1973, S. 1.

<sup>26</sup> Vgl. Sophia Kemlein, Die Posener Juden 1815-1848, Hamburg 1997, S. 15.

anderen sollen diesen Ausführungen die polnischen Reformvorschläge vor den Teilungen hinzugefügt werden, um ein Gesamtbild der „Judenfrage“ hinsichtlich einer durchführbaren Assimilation am Vorabend der Revolution rekonstruieren zu können. Dabei gilt es, auf mögliche Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen der Politik der beiden Teilungsmächte einerseits und den Ansätzen polnischer Aktivisten andererseits hinzuweisen.

Kapitel drei steht ganz im Zeichen der antijüdischen Krawalle im Jahr 1848, die ausdrücklich nur im Großherzogtum Posen stattfanden, während Galizien von diesen verschont blieb. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wo die Gründe für diese antijüdischen Ressentiments lagen und weshalb der viel zitierte Kampf für „Freiheit und Gleichheit“ für die Posener Juden anscheinend nicht zu gelten schien, für ihre Glaubensgenossen in Galizien aber sehr wohl?

Ausgehend von dieser Welle der Gewalt gerieten die Juden fast zwangsweise ins Visier der deutschen und polnischen Bevölkerung, weshalb im Kapitel vier die Politisierung der Juden behandelt wird. Spätestens mit dem Ausbruch des „Völkerfrühlings“ wurden die gegensätzlichen Interessen zwischen den Teilungsmächten, Preußen und Österreich, sowie den Polen sichtbar, weshalb es nun interessant sein wird zu untersuchen, welche der beiden Seiten die jüdische Bevölkerung unterstützte.

Reinhard Rürup kam in seiner Untersuchung zu dem Ergebnis, die Posener Juden hätten vorbehaltlos für die deutsche Seite Partei ergriffen, während die galizischen Juden sich in erster Linie für die polnischen Angelegenheiten einsetzten.<sup>27</sup> Inwiefern diese Feststellung ohne weiteres zutrifft, gilt es u.a. am Beispiel der jüdischen Parlamentarier zu überprüfen, deren Tätigkeiten auf lokaler und überregionaler Ebene Aufschlüsse über das tatsächliche politische Engagement geben sollen. Den Schwerpunkt bilden dabei die lokalen Komitees im Großherzogtum Posen und in Galizien, während die Nationalversammlungen in Preußen und Frankfurt sowie der Reichstag in Österreich nur dann stärker in die Untersuchung einbezogen werden, wenn hier nachweisbar die Posener bzw. galizischen Juden als Abgeordnete vertreten waren. Im fünften Kapitel wird die Arbeit mit der prekären Problemstellung einer potenziellen Akkulturation/Assimilation der Ostjuden abgeschlossen. Akkulturation ist dabei als Prozess der Anpassung der eigenen Kultur an eine Fremde zu verstehen, bei dem die

---

<sup>27</sup> Vgl. Reinhard Rürup, *The European Revolutions of 1848 and Jewish Emancipation*, in: Werner E. Mosse/Arnold Paucker/Reinhard Rürup (ed.), *Revolution and Evolution 1848 in German-Jewish History*, Tübingen 1981, p. 43.

eigene Identität bewahrt wird, während Assimilation die vollständige Aufgabe der eigenen Kultur bedeutete.<sup>28</sup>

Die kulturelle Anpassung an die nichtjüdische Umwelt, an Deutsche und Polen, wurde nicht nur durch sämtliche staatliche Maßnahmen im Bildungswesen gefördert, sondern ebenso durch die geistesgeschichtlichen Strömungen innerhalb des Judentums beeinflusst. In diesem Zusammenhang ist nun zu klären, welchen Einfluss die Haskala und ihre deutsch-jüdische Aufklärungsliteratur auf Posen und Galizien hatten, da sie den Prozess der Akkulturation entscheidend zugunsten der Deutschen beeinflusste.

In Galizien hatte die Haskala-Bewegung einen sehr viel schwereren Stand als in Posen, da der interne Streit zwischen den sogenannten „Traditionalisten“ auf der einen und den „Reformjuden“ auf der anderen Seite hier viel stärker in den Vordergrund trat. Erstgenannte sahen in der Verbreitung solcher Ideen ihre strengen Glaubensvorschriften in Gefahr, was nicht nur Widerstand gegen jegliche Art von Neuerung zur Folge hatte, sondern auch die assimilatorischen Tendenzen stark beeinträchtigte. Nicht zuletzt deshalb öffneten sich die Posener Juden dem deutschen Sprach- und Kulturkreis viel entschlossener, als ihre Glaubensgenossen in Galizien.

Eine vergleichbare polnisch orientierte Strömung innerhalb des Judentums – ähnlich der Haskala-Bewegung in Deutschland – die den Prozess der Akkulturation zugunsten der Polen hätte beeinflussen können, gab es nicht. Daher wird das Verhältnis der Juden zur polnischen Nationalbewegung herangezogen, um die Bestrebungen der Polen hinsichtlich einer Mobilisierung der Juden hin zum polnischen Kulturkreis darzulegen.

Die Arbeit konzentriert sich in erster Linie auf die Auswertung der deutschen, englischen und polnischen Sekundärliteratur, dabei werden ältere Beiträge zur Geschichte der Juden in Posen und Galizien genauso berücksichtigt wie Arbeiten der neuesten Forschung. Bei älteren Arbeiten zur Geschichte der Juden im Großherzogtum Posen handelte es sich vor allem um Autoren jüdischer Herkunft wie Heppner, Herzberg und Lewin. Zur Geschichte der Juden in Galizien beschränken sich die älteren Werke auf die Beiträge von Majer Bałaban, einem polnischen Historiker jüdischer Herkunft, die für diese Arbeit unentbehrlich sind. Im dritten Kapitel wird zu den antijüdischen Ausschreitungen in Posen auch auf gedruckte Quellen aus dem Jahr 1848 zurückgegriffen. Berücksichtigt werden „Der Orient“, die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ sowie die seit der Revolution erschienene „*Gazeta Polska*“.

---

<sup>28</sup> Vgl. Teresa Andlauer, Die jüdische Bevölkerung im Modernisierungsprozess Galiziens (1867-1914), Frankfurt am Main [u.a.] 2001, S. 103, Anm. 45.

## 2. Verfassungspolitische Debatten zur „Judenfrage“

### 2.1. Preußische Judengesetzgebung und Posener Juden bis 1847

Spätestens mit den Teilungen der polnischen Adelsrepublik rückten die polnischen Juden ins Visier der Teilungsmächte. Diese sahen sich mit einer zahlenmäßig starken Minderheit konfrontiert, da Ende des 18. Jahrhunderts mehr als die Hälfte aller damals lebenden Juden in den drei polnischen Teilungsgebieten lebten.<sup>29</sup> Aus diesem Grund sah sich nun auch die Regierung in Berlin gezwungen, sich mit der neu hinzugewonnenen Minorität auseinanderzusetzen, denn 80,7% der in Preußen lebenden Juden lebten in den Gebieten, die infolge der zweiten und dritten polnischen Teilung dem preußischen Territorium angegliedert worden waren.<sup>30</sup> Vor diesem Hintergrund schien eine Neuausrichtung der preußischen Judenpolitik unumgänglich, nachdem die Anzahl der Juden von 37.000 – vor der ersten Teilung – auf 224.000 im Jahre 1797, um das Sechsfache angestiegen war.

Wie wenig den preußischen Monarchen Friedrich II. und Friedrich Wilhelm II. allerdings an ihren jüdischen Untertanen lag, verdeutlicht die Tatsache, dass der Gesetzgeber mit dem Generalprivilegium von 1750 die „Judenfrage“ zu regeln glaubte. Dieses Gesetz machte es der jüdischen Bevölkerung nahezu unmöglich, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Einzig in den wohlhabenden Juden sah der Staat einen nutzbringenden Faktor; diese wurden mit einem Schutzprivileg ausgestattet, sofern sie ein Einkommen von 1.000 Taler nachweisen konnten; die Zahl der ärmeren Glaubensgenossen galt es nach Möglichkeit zu verringern.<sup>31</sup> Ansonsten bestand das Reglement aus restriktiven Maßnahmen, vor allem aus Steuerbelastungen und ökonomischen Einschränkungen, um keine Konkurrenzsituation zu den Christen aufkommen zu lassen.

An dieser Situation sollte sich so rasch nichts ändern, da das Generalprivilegium aus dem Jahr 1750 die einzige staatliche Maßnahme blieb – neben dem südpreußischen Generaljuden reglement von 1797<sup>32</sup> –, ehe das Judenedikt von 1812 folgte.

---

<sup>29</sup> Sophia Kemlein, Die Posener Juden 1815-1848, Hamburg 1997, S. 14.

<sup>30</sup> Anneliese Radloff, Hardenbergs Stellung im Rahmen der preußischen Sozial- und Wirtschaftsreform, Berlin 1957, S. 81.

<sup>31</sup> Vgl. Annegret Brammer, Judenpolitik und Judengesetzgebung, Berlin 1987, S. 16.

<sup>32</sup> Darin wurden ein freier Handel und ein freies Gewerbe bis auf wenige Ausnahmen garantiert. Weiters sah dieses Edikt die Annahme von Familiennamen vor, was die Beamten oftmals zu willkürlichen Namensgebungen veranlasste. Vgl. Manfred Laubert, Die preußische Polenpolitik von 1772-1914, 3. Auflage, Krakau 1944, S. 30.

Eine befriedigende Lösung der „Judenfrage“ hatte die preußische Regierung also nicht parat, auch dann nicht, als im Zuge der ersten Teilung Polens und der Annektierung des Netzdistriktes erstmals Posener Juden hinzukamen.<sup>33</sup> Stattdessen übertrug der Gesetzgeber lediglich die Regelungen des Jahres 1750 auf die neu hinzugewonnenen Einwohner, ohne dabei die realen Verhältnisse im Blickfeld zu haben. Von den polnischen Juden lebte die große Mehrheit am Rande des Existenzminimums, weshalb sie nach den Bestimmungen des Gesetzes hätte abgeschoben werden müssen, was in der Praxis auch geschah, allerdings von den ortsansässigen Beamten nicht immer umgesetzt wurde, da diese sie für das wirtschaftliche Leben in der Region als unabdingbar hielten.<sup>34</sup> Freilich waren auch Vermögende unter ihnen, die nun auch den privilegierten Status als so genannte Schutzjuden erwarben.

Das bereits oben genannte Reglement für Südpreußen ist an der Stelle nicht näher auszuführen, da dieses dem Vorherigen in vielen Punkten glich, eine Neuerung allenfalls für den Wirtschaftssektor und in der Schulreform vorsah.<sup>35</sup>

Das wohl bekannteste preußische Judengesetz ist jenes vom 11. März 1812, das heutzutage als Garant der rechtlichen Gleichstellung der Juden in Preußen gilt. Die Umsetzung des Judenedikts zog keineswegs eine vollständige Gleichberechtigung nach sich, schließlich sah es nur die Einbürgerung aller privilegierten Juden vor, deren Anteil zwar von 19,3% im Jahr 1803 auf 89,4% stieg, aber immer noch 10,6% davon ausgenommen und weiterhin als „Fremde“ wahrgenommen wurden.<sup>36</sup> Auch die privilegierten Juden konnten sich trotz Einbürgerung einer vollständigen politischen und gesellschaftlichen Gleichstellung aus zweierlei Gründen nicht sicher sein: Erstens war diese an bestimmte Vorschriften gekoppelt – darin waren die Annahme fester Familiennamen, der Gebrauch der deutschen Sprache sowie die Anmeldung bei der Polizeibehörde vorgesehen – und zweitens waren die jüdischen Einwohner weiterhin Einschränkungen unterworfen. Diese Beschränkungen betrafen den Ausschluss vom Staatsdienst, was den Ausschluss eines möglichen Aufstiegs in die Offiziersränge des Heeres nach sich zog, sowie die Verweigerung der Ausübung ständischer Rechte.

---

<sup>33</sup> Auf die Bestimmungen dieses Gesetzes lohnt es sich auch deshalb nicht näher einzugehen, da es keine 10 Jahre Gültigkeit besaß, ehe sich die rechtliche Situation der Juden im von Napoleon 1807 errichteten Herzogtum Warschau grundlegend änderte. Vgl. Sophia Kemlein, *Die Posener Juden 1815-1848*, Hamburg 1997, S. 48.

<sup>34</sup> Vgl. Ebd., S. 47.

<sup>35</sup> Vgl. Monika Richarz, *Der Eintritt der Juden in die akademischen Berufe – jüdische Studenten und Akademiker in Deutschland 1678-1848*, Tübingen 1974, S. 22.

<sup>36</sup> Annegret Brammer, *Judenpolitik und Judengesetzgebung*, Berlin 1987, S. 62.

Somit war die Gleichberechtigung gerade in denjenigen Ämtern, in denen sie als Repräsentanten des Staates hätten fungieren konnten, nur auf halbem Weg umgesetzt worden und machte sie allenfalls zu Staatsbürgern zweiter Klasse.<sup>37</sup> Waren die Bestimmungen des Edikts also nicht auf eine vollständige Gleichstellung ausgerichtet – sofern diese im Rahmen einer ständisch organisierten Gesellschaft möglich gewesen wäre – so sollte auch die Entstehungsgeschichte dieses Dekrets hervorgehoben werden, da es in einer Zeit zum Abschluss kam, in der Preußen bis auf das nördliche Westpreußen und das Ermland alle seine Erwerbungen aus den Teilungen Polens im Tilsiter Frieden 1807 wieder abtreten musste, darunter jene mit dem höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil. 1811 betrug der jüdische Anteil an der Gesamtbevölkerung Preußens nur mehr 0,73%, im Jahr 1803 hatte er noch 2,3% betragen.<sup>38</sup> An der Stelle erübrigt sich wohl der Hinweis, dass in den abgetretenen Provinzen die unliebsamen polnischen Juden lebten, von denen sich ein Großteil als Hausierer und Händler betätigte, also in jenen Berufszweigen, denen die preußische Monarchie aufs schärfste mit Vorurteilen und Ressentiments gegenüber stand und sie am liebsten von ihrem Territorium fernhalten wollte.<sup>39</sup>

Gerade aus diesem Grund muss die Frage gestellt werden, inwiefern das Judenedikt vom 11. März 1812 in all seinen Beschlüssen überhaupt in Kraft getreten wäre, hätte der Tilsiter Frieden der preußischen Monarchie nicht diese Gebietsverluste zugefügt? Oder anders gefragt: Wäre eine solche Reform überhaupt denkbar gewesen, hätte nicht die Niederlage mit Napoleon den preußischen Staat an den Rand seiner Existenz gebracht?

Jedenfalls muss das Judenedikt im Zusammenhang mit der breit angelegten Reorganisation Preußens gesehen werden, weshalb dieses wohl mehr durch den äußeren Druck zustande kam, als eine von innen heraus als notwendig erachtete Maßnahme war. Es ist zwar schwierig, an dieser Stelle historisch-kontrafaktisch zu argumentieren, aber eine durchaus berechtigte Überlegung, wenn man bedenkt, dass eine intensive Auseinandersetzung mit den jüdischen Lebensverhältnissen erst ab 1808 einsetzte<sup>40</sup>, ausgelöst durch die Furcht vor einer möglichen

---

<sup>37</sup> Vgl. Annegret Brammer, *Judenpolitik und Judengesetzgebung*, Berlin 1987, S. 62-66.

<sup>38</sup> Heinrich Silbergleit, *Die Bevölkerungs- und Berufsverhältnisse der Juden im Deutschen Reich*, Band 1: *Freistaat Preußen*, Berlin 1930, S. 5.

<sup>39</sup> Ihre Neigungen zu Betrug und Diebstahl gehörten noch zu den harmloseren Vorurteilen, die man den polnischen Juden seitens der Regierungsbeamten zur Last legte. Ihre „niedrige Kulturstufe“ war mit der sozialen Situation der Juden in den alten Provinzen unvereinbar. Vgl. Sophia Kemlein, *Die Posener Juden 1815-1848*, Hamburg 1997, S. 89f.

<sup>40</sup> Für Simon Dubnov markierte bereits das Jahr 1806 den Ausgangspunkt des innenpolitischen Wandels. Vgl. Simon Dubnov, *Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes – Das Zeitalter der ersten Emanzipation (1789-1815)*, in: Ders., *Weltgeschichte des jüdischen Volkes*, Band 8, 2. veränd. Auflage, Berlin 1928, S. 194.

Vereinnahmung der preußischen Juden durch Napoleon.<sup>41</sup> Auch die weitere Entwicklung der Judengesetzgebung verhiß für die Posener Juden zunächst nichts Gutes, da der Gesetzgeber ihnen weiterhin mit Intoleranz und Ignoranz begegnete, obwohl eine gesetzliche Neuregelung für die auf dem Wiener Kongress wieder gewonnenen Provinzen mitsamt seiner exorbitant hohen jüdischen Einwohnerschaft<sup>42</sup> – die fortan als Großherzogtum Posen Bestandteil des preußischen Machtbereichs waren – zwingend erforderlich gewesen wäre. Zu einer solchen sollte es aber erst im Jahr 1833 kommen. War diese apathische Haltung nicht schon bedauernswert genug, anerkannte obendrein die Regierung in Berlin für die Posener Juden die Bestimmungen des Edikts von 1812 ausdrücklich nicht. Konkret waren sie also zunächst von der „Einbürgerung“ und der Erlangung des Staatsbürgerrechts im Sinne dieses Dekrets ausgeschlossen und durften sich vorerst nicht in den alten Provinzen ansiedeln.

Die Verweigerung dieser Privilegien bedeutete jedoch nichts anderes, als das Preußen innerhalb seiner Grenzen eine dreifache Differenzierung seiner jüdischen Untertanen vornahm. Neben den privilegierten Schutzjuden und „Tolerierten“ in den alten Provinzen erhielten die in den neuen Provinzen noch nicht einmal den Status der „Toleranz“. Diese willkürliche und zum Teil unübersichtlich vorgenommene Kategorisierung<sup>43</sup> lässt sich wohl nur durch die oben beschriebenen Vorurteile gegenüber den polnischen Juden erklären. Nicht frei von Vorurteilen war dann auch die am 1. Juni 1833 vom Staatsministerium herausgegebene Verordnung, erneut nur eine provisorische Sondergesetzgebung für die jüdischen Bewohner des Großherzogtums Posen.

---

<sup>41</sup> Diese Furcht war durchaus realistisch, da Napoleon durch die Verabschiedung der Konstitution vom 22. Juli 1807 für das neugegründete Herzogtum Warschau (1807-1813) die vollständige Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz verankerte, somit auch für die Juden. Doch er selbst relativierte das Ganze, indem er im März 1808 durch das „schändliche Dekret“ die Gleichberechtigung für die französischen Juden wieder aufhob. Den Posener Juden ereilte somit das gleiche Schicksal am 17. Oktober 1808. Vgl. Annegret Brammer, *Judenpolitik und Judengesetzgebung*, Berlin 1987, S. 36f. und Sophia Kemlein, *Die Posener Juden 1815-1848*, Hamburg 1997, S. 55f.

<sup>42</sup> Manfred Laubert sprach sogar von einem guten Viertel deutscher oder jüdischer Bewohner. Schätzungen zufolge lag die Anzahl bei etwa 50.000 Personen mosaischen Glaubens. Manfred Laubert, *Die preußische Polenpolitik von 1772-1914*, 3. Auflage, Krakau 1944, S. 47 und Martin Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, 1. Auflage, Frankfurt 1972, S. 86.

<sup>43</sup> Außer dem Edikt von 1812 bestanden in den neuen Gebieten Preußens 22 verschiedene regionale Judenrechte. Diese Unterschiede verdeutlichen die Uneinigkeit und Inkonsequenz in der Behandlung der Judenfrage durch die preußischen Regierungsbeamten. Vgl. Jacob Toury, *Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847-1871. Zwischen Revolution, Reaktion und Emanzipation*. Düsseldorf 1977, S. 384-388.

Ziel dieser aus 30 Paragraphen<sup>44</sup> bestehenden Verordnung war es, die Juden in zwei Klassen einzuteilen, ähnlich wie dies bereits früher in den alten Provinzen mehr oder weniger erfolgreich praktiziert worden war.

Im Gegensatz zu der von 1812 erklärte diese Verordnung die Posener Juden ausdrücklich nicht zu „Staatsbürgern“, stattdessen händigte man ihnen ein Naturalisationspatent für die Aufnahme in die preußische Monarchie aus, sofern sie die Voraussetzungen dafür erfüllten.

Alle übrigen verblieben im Schutz-Status. In der Realität waren die „Naturalisierten“ in Posen also nicht nur in rechtlicher Hinsicht ihren Glaubensgenossen in den Kernlanden gegenüber benachteiligt, sondern auch in ihrer Niederlassungsfreiheit auf das Großherzogtum beschränkt, da eine Ansiedlung außerhalb desselben nur aufgrund individueller Ausnahmeregelungen des Innenministeriums gestattet war. Damit war eine Gleichstellung *de jure* ausgeschlossen. Rechtlich nahmen sie wohl eher eine Stellung zwischen den „jüdischen Staatsbürgern“ in Preußen und den „Geschützten“ ein.<sup>45</sup>

Die Frage, warum die naturalisierten Juden ihren Glaubensgenossen in den alten Provinzen nicht gleichgestellt wurden, beantworten Kemlein und Brammer übereinstimmend mit Verweis auf die Ideologie eines christlichen Staates, die sich in der preußischen Führung zunehmend durchsetzte.<sup>46</sup> Zur Beantwortung dieser Frage reicht der Verweis auf die christlichen Traditionen und Werte in meinen Augen nicht aus, da man in diesem Fall auch den Juden 1812 die Verleihung der „Staatsbürgerrechte“ hätte verweigern müssen. Daher betrachte ich die vorgenommene Klassifizierung als folgerichtige Konsequenz der bestehenden Ressentiments gegenüber den polnischen Juden, da diese nach wie vor in Regierungskreisen Bestand hatten. Dafür spricht allein schon die Tatsache, dass Innenminister Gustav von Brenn und Oberpräsident Eduard von Flottwell – beide spielten bei der Ausarbeitung dieses Gesetzes eine wesentliche Rolle – den Zustand der polnischen Juden als „elend“ und damit keineswegs vorurteilsfrei einschätzten.<sup>47</sup>

---

<sup>44</sup> Im Einzelnen umfassten die Paragraphen 1-8 eine Neuregelung der Gemeindeverfassung. Die Paragraphen 9-13 sahen die Regelung des Schul- und Religionsunterrichts vor, während die Paragraphen 16-20 die Erteilung der „Naturalisation“ an die dafür geeigneten Juden regelten. Die Rechtsverhältnisse wurden in den Paragraphen 21-28 festgelegt. Die übrigen erlaubten den freien Militärdienst (§§ 14), Heirat einer ausländischen Jüdin bei einer Mitgift von 500 rtl. (§§ 15), die Erlaubnis zur Durchreise für ausländische Juden (§§ 30), sowie eine Anweisung zur Ausführung der Verordnung an die lokalen Amtsträger (§§ 29). Vgl. Sophia Kemlein, Die Posener Juden 1815-1848, Hamburg 1997, S. 103.

<sup>45</sup> Vgl. Annegret Brammer, Judenpolitik und Judengesetzgebung, Berlin 1987, S. 175f.

<sup>46</sup> Vgl. Sophia Kemlein, Die Posener Juden 1815-1848, Hamburg 1997, S. 106, und Annegret Brammer, Judenpolitik und Judengesetzgebung, Berlin 1987, S. 175.

<sup>47</sup> Vgl. Sophia Kemlein, Die Posener Juden 1815-1848, Hamburg 1997, S. 98f.

Am Rande sei an dieser Stelle an den Novemberaufstand 1830/31 erinnert, der mit Sicherheit in den Überlegungen zur jüdischen Verordnung von 1833 Berücksichtigung fand. So wie die militärische Konfrontation mit Napoleon eine Reihe von Reformen auslöste, so hatte auch der Novemberaufstand seine Signalwirkung auf Preußen, um der bisher so vernachlässigten Judenfrage im Großherzogtum durch dieses Gesetz Nachdruck zu verleihen. Die Angst vor einer möglichen polnisch-jüdischen Verbrüderung kann es wohl nicht gewesen sein, die Preußen zu diesem Schritt hätte bestärken können, da die Teilnehmer des Novemberaufstandes den Juden in den Jahren 1830-31 oftmals feindselig gegenübertraten. Stattdessen führte das feindselige Verhalten, insbesondere der polnischen Nationalregierung<sup>48</sup>, zur Annäherung zwischen Juden und Russland, die wohl auch der preußischen Seite nicht verborgen blieb.

In jedem Fall stand die Judengesetzgebung für Posen im unmittelbaren Zusammenhang mit der preußischen Polenpolitik. Sah sich die preußische Regierung vorher nicht veranlasst, einen entscheidenden Schritt in diese Richtung zu unternehmen, so ließ ihr der Novemberaufstand keine Wahl, bot doch die antijüdische Haltung der Polen womöglich eine Annäherung an Preußen.

Eine deutsch-jüdische Vereinigung vor Augen, war nun auch die Regierung in Berlin zum Handeln ermutigt, infolgedessen handelte es sich bei der Verordnung von 1833 mehr um ein Erziehungsprogramm zur Assimilation ans deutsche Bürgertum<sup>49</sup>, als dass Rücksicht auf die Belange der Juden genommen worden wäre. Dies würde auch erklären, warum die preußische Seite der Vergabe der „Staatsbürgerrechte“ so ablehnend gegenüberstand.

Einen weiteren Höhepunkt erreichte die restriktive Judenpolitik in der Gesetzgebung von 1847, die anstatt einer Vereinheitlichung der Judengesetzgebung in Preußen weiterhin an Sonderbeschränkungen festhielt. Für die geduldeten Juden änderte sich durch dieses Gesetz nichts, alle Beschränkungen wurden seit 1833 aufrechterhalten und sie blieben weiterhin von allen Staats-, Kommunal- und Lehrämtern ausgeschlossen. Für die naturalisierten Juden bedeutete dieser Erlass wenigstens die Gleichstellung gegenüber ihren Glaubensgenossen in den alten Provinzen; auch war es ihnen nun möglich, das Großherzogtum Posen jederzeit zu verlassen.

---

<sup>48</sup> Die Nationalregierung um Morawski hatte den Juden die Aufnahme in das polnische Nationalheer verweigert, damit sie im Falle der Befreiung Polens keine eigenen Ansprüche stellten. Die nationale Frage sollte ausschließlich den Polen vorbehalten sein. Vgl. Nathan Michael Gelber, Die Juden und der polnische Aufstand 1863, Wien [u.a.] 1923, S. 21.

<sup>49</sup> Damit wurde nicht nur die Lenkung der Juden in der Berufswahl vorgegeben, sondern auch die Erziehung in weltlicher Bildung und Kultur angestrebt. Vgl. Sophia Kemlein, Die Posener Juden 1815-1848, Hamburg 1997, S. 104-107.

Am Vorabend der Revolution war die Situation für die Juden im Großherzogtum ernüchternd, da immer noch 37,8% über einen Sonderstatus verfügten, der den Abstand der „Geduldeten“ zu den „Naturalisierten“ größer werden ließ, anstatt ihn zu verringern.<sup>50</sup>

Im Allgemeinen war die preußische Judengesetzgebung alles andere als einheitlich und konsequent in seinen Bestimmungen, da hier eine rigorose Trennung zwischen den Juden in den alten Provinzen und den Posener Juden vorgenommen wurde. Auch sollten wir uns von dem Gedanken frei machen, die Verordnungen als Anstoß innenpolitischen Reformeifers zu betrachten, der einzig dem Wohle des Judentums hätte dienen sollen. Stattdessen erfolgten wichtige Entscheidungen, die Lebensverhältnisse zu reformieren, immer auch unter dem Druck äußerer politischer Begleitumstände.<sup>51</sup>

In politisch stabilen Phasen, wie im Zeitraum von 1815-1830, kam die Judengesetzgebung in Preußen nahezu zum Erliegen, erst entscheidende Umbruchphasen brachten diese ins Rollen, was sich in der Anzahl der oben angeführten Dekrete und Gesetze widerspiegelte. Trotz aller berechtigter Kritik hatte die preußische Judenpolitik ihre Ziele nicht verfehlt, da ihre Bestimmungen Wirkung hinterlassen haben. Es ist zwar schwierig, hier ein repräsentatives Gesamtbild über die Reaktionen der jüdischen Gemeinden darzustellen, da sie sich von Ort und Zeit grundlegend unterscheiden konnten. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Juden, die von den Entscheidungen der Regierung profitierten, der Monarchie loyaler und aufgeschlossener gegenüberstanden, als diejenigen, die ihre religiöse Lebenswelt dadurch gefährdet sahen.<sup>52</sup>

---

<sup>50</sup> Vgl. Sophia Kemlein, Die Posener Juden 1815-1848, Hamburg 1997, S. 195-199.

<sup>51</sup> Vgl. Artur Eisenbach, Die Judenemanzipation in den polnischen Gebieten im 19. Jahrhundert vor europäischen Hintergrund, in: Stefi Jersch-Wenzel (Hrsg.), Deutsche – Polen – Juden – Ihre Beziehungen von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, Berlin 1987, S. 187.

<sup>52</sup> Unter Berücksichtigung der geistesgeschichtlichen Strömungen im Judentum des 19. Jahrhunderts werde ich diesen Sachverhalt im Kapitel vier zur Akkulturation/Assimilation noch ausführlicher behandeln.

## 2.2. „Toleranzpolitik“ Österreichs und die galizischen Juden

Mit der ersten Teilung Polens und der Annexion Galiziens 1772 machte nun auch die österreichische Monarchie erste Bekanntschaft mit den polnischen Juden. Schätzungen zufolge zählten sie zu diesem Zeitpunkt 224.921<sup>53</sup> Personen. Danach hatte lediglich Russland durch die Erwerbung polnischer und litauischer Gebiete eine zahlenmäßig höhere jüdische Einwohnerschaft als Österreich.<sup>54</sup> Wie gewaltig diese Zahl auf die Regenten in Wien gewirkt haben muss, verdeutlicht schon die Tatsache, dass zu diesem Zeitpunkt in den Österreichischen Niederlanden, in den Grenzen des heutigen Österreichs sowie in den italienischen Territorien gerade einmal 6.000-7.000 Juden lebten.<sup>55</sup>

Besonderen Eindruck machte dieser Umstand wohl auf Joseph II., der bereits ein Jahr später Galizien bereiste und dieses Land als recht unzivilisiert vorfand. Mit dieser Einschätzung war er aber nicht allein, wie die zahlreichen Publikationen von Beamten oder Reisenden bestätigten, die vornehmlich auch die Juden in Galizien zu erforschen begannen. Die einhelligen Meinungen dieser gründlichen Untersuchungen konnten der jüdischen Lebensweise und Gewohnheiten nichts abgewinnen.<sup>56</sup>

Doch Joseph II. ließ sich auch durch die Bestätigung seiner eigenen Eindrücke nicht von seinen Reformvorschlägen abbringen, da er bereits als Mitregent seiner Mutter Maria Theresia eine liberale Religionspolitik befürwortet hatte, seine Toleranzideen gegenüber den Nichtkatholiken aber stets an deren Widerstand gescheitert waren.<sup>57</sup> So sollte es ihm erst nach deren Tod gelingen, eine entsprechende Gesetzgebung auf den Weg zu bringen, die schließlich ein gutes Jahr nach ihrem Ableben am 2. Jänner 1782 in Kraft trat.

---

<sup>53</sup> Wird die Bukowina hinzugerechnet, die zwei Jahre später der Habsburgermonarchie einverleibt wurde und seit 1786 zu Galizien gehörte, dann erhöhte sich die Anzahl auf etwa 250.000. Vgl. Josef Karniel, Zur Auswirkung der Toleranzpatente für die Juden in der Habsburgermonarchie im josephinischen Jahrzehnt, in: Peter F. Barton (Hrsg.), Im Zeichen der Toleranz – Eine Festschrift, Wien 1981, S. 206. und Jacob Allerhand, Toleranzpolitik und Kulturkampf, Eisenstadt 1982, S. 8.

<sup>54</sup> Simon Dubnov, Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes – Das Zeitalter der ersten Emanzipation (1789-1815), in: Ders., Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band 8, 2. veränd. Auflage, Berlin 1928, S. 278.

<sup>55</sup> Vgl. Josef Karniel, Zur Auswirkung der Toleranzpatente für die Juden in der Habsburgermonarchie im josephinischen Jahrzehnt, in: Peter F. Barton (Hrsg.), Im Zeichen der Toleranz – Eine Festschrift, Wien 1981, S. 205f.

<sup>56</sup> Alphons Heinrich Traunpaur D'Ophanie, Dreyßig Briefe über Galizien oder Beobachtungen eines unpartheyischen Mannes, der sich mehr als nur ein paar Monate in diesem Königreiche umgesehen hat, Nachdruck der Ausgabe, Wien und Leipzig 1787, und Franz Kratter, Briefe über den itzigen Zustand von Galizien, 2. Bände, Nachdruck der Ausgabe, Leipzig 1786.

<sup>57</sup> Vgl. Jacob Allerhand, Toleranzpolitik und Kulturkampf, Eisenstadt 1982, S. 14.

Dieses Toleranzpatent bedeutete für die Juden die Beseitigung rechtlicher Ungleichheiten, die Aufhebung diskriminierender Kleidervorschriften sowie die Möglichkeit wirtschaftlicher Betätigung in Handel, Gewerbe und Industrie.

Bei Nachweis eines Vermögens von 30.000 Gulden<sup>58</sup> wurden ihnen Toleranzbriefe verliehen, die ihnen gleichermaßen einen Schutz vor willkürlicher Polizeigewalt boten sowie einen wirtschaftlichen Aufstieg in Aussicht stellten, sofern sie zur Assimilation bereit waren. Daneben umfasste dieses Patent die Aufhebung der Ghettos, die Erlaubnis zum Besuch deutscher Normalschulen, die Zulassung zu allen öffentlichen Lehranstalten und akademischen Berufen, zu den Künsten, Handwerken und zum Ackerbau.<sup>59</sup> Demgegenüber wurde den „Tolerierten“ das Bürgerrecht verweigert, weshalb von bürgerlicher Gleichstellung hier keineswegs die Rede sein kann.<sup>60</sup> Diejenigen, die nicht über ein ausreichendes Grundvermögen verfügten und somit die Vorrechte der „Toleranz“ nicht erwerben konnten, fristeten als „Fremde“ ein unbefriedigendes Dasein, was eine restriktivere, vielfach erniedrigende Politik bedeutete.

Angesichts der erkennbaren Ungleichheiten und zum Teil unwürdigen Beschränkungen, die die josephinische Reformgesetzgebung für das Judentum mit sich brachte, war sie nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein<sup>61</sup> – auch wenn sie im damaligen Österreich als fortschrittlich galt. Noch dazu galt das Toleranzpatent ausschließlich für die Juden Wiens und Niederösterreichs. Alle hier angeführten Verordnungen betrafen somit viel stärker die österreichischen Juden, die im Angleichungsprozess schon weiter fortgeschritten waren, als ihre Glaubensgenossen in den östlichen Ländern des Habsburgerreichs.

---

<sup>58</sup> Seit 1807 stiegen die „Toleranzgebühren“ um 50%, und so musste jeder ab sofort mindestens 60.000 Gulden nachweisen. Vgl. Simon Dubnov, Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes – Das Zeitalter der ersten Emanzipation (1789-1815), in: Ders., Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band 8, 2. veränd. Auflage, Berlin 1928, S. 284.

<sup>59</sup> Jacob Allerhand, Toleranzpolitik und Kulturkampf, Eisenstadt 1982, S. 15.

<sup>60</sup> Vgl. Ebd., S. 15f.

<sup>61</sup> 1789 lebten in Wien gerade einmal etwa 100 „tolerierete“ oder privilegierte jüdische Familien mit festem Wohnsitz in der Hauptstadt, während den 7.536 „Fremden“ nur eine Aufenthaltsgenehmigung von 2 Wochen gegen Gebühr gewährt wurde. Vgl. Simon Dubnov, Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes – Das Zeitalter der ersten Emanzipation (1789-1815), in: Ders., Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band 8, 2. veränd. Auflage, Berlin 1928, S. 281.

Daher sah sich der Kaiser gezwungen, insgesamt acht verschiedene Toleranzpatente für die einzelnen Provinzen mit jüdischer Bevölkerung zwischen 1781 und 1789<sup>62</sup> auszuarbeiten und dabei nach Möglichkeit ihre regionalen Besonderheiten zu berücksichtigen.

Den Juden im Osten der Monarchie bescheinigte er einen unzivilisierten Zustand, weshalb die Voraussetzungen für ein Entgegenkommen zugunsten der galizischen Juden alles andere als günstig waren, solange auch hier die Maßstäbe von 1782 zur Anwendung kommen sollten.

Die „Judenordnung für Galizien“ vom 7. Mai 1789 fiel dann doch günstiger aus, als dies zu erwarten gewesen wäre, zumindest was die Zugeständnisse anbetraf, die selbst die Juden Wiens beeindruckten.<sup>63</sup> Als günstig erwiesen sich die Familien- und Heiratsbestimmungen, die weder eine örtliche noch provinzielle Beschränkung vorsahen – wie etwa das Patent von Wien – die Möglichkeiten zum Eintritt von Ärzten in den öffentlichen Dienst, zum Kauf von Grundstücken und schließlich auch zur Erlangung des städtischen Bürgerrechts.<sup>64</sup>

Als Gegenleistung erwartete der Kaiser von ihnen den Eintritt ins Militär, die Annahme deutscher Vor- und Familiennamen sowie ihre Heranziehung in der Landwirtschaft.<sup>65</sup> Trotz der Vergünstigungen verdeutlichen diese Punkte, wie wenig dem Kaiser an der Aufrechterhaltung der jüdischen Lebensweise gelegen war. Die Agrarisierung bedeutete letztendlich die Zerstörung einer jahrhundertlang gewachsenen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, die Tausende an den Rand des Ruins trieb, wozu das Verbot des Schankgewerbes, ein Gewerbe, von dem nahezu ein Neuntel aller galizischen Juden lebte, noch ihr übriges dazu beitrug.<sup>66</sup>

---

<sup>62</sup> Das Toleranzdekret für die Juden Böhmens (19.10.1781), Schlesiens (15.12.1781) und der Lombardei (Ende Dezember 1781) wurden noch vor dem Wiener Patent erlassen. Diesen folgten das mährische Judenpatent vom 13.2.1782, das Ungarische vom 31.3.1783 und das sogenannte „Judensystem in Galizien“ am 27.5.1785. Vgl. Josef Karniel, Zur Auswirkung der Toleranzpatente für die Juden in der Habsburgermonarchie im josephinischen Jahrzehnt, in: Peter F. Barton (Hrsg.), Im Zeichen der Toleranz – Eine Festschrift, Wien 1981, S. 204.

<sup>63</sup> Ebd., S. 210.

<sup>64</sup> Zwar konnten sie Stadtbürgerrechte erwerben, sobald sie aber in den Städten ihren Lebensunterhalt verdienen wollten, wurden sie mit dem polnischen Privileg „De non tolerandis Judaeis“ konfrontiert, das auch in österreichischer Zeit galt. Eine Niederlassung in den Städten Saybusch, Kęty, Biała, Andrychów, Pilsno, Jasło, Bochnia und Wieliczka war somit unmöglich. Auch in Lemberg, Krakau, Tarnów, Neu-Sandez, Gródek und Sambor wohnten sie in gesonderten Bezirken. Vgl. Isabel Röskau-Rydel (Hrsg.), Deutsche Geschichte im Osten Europas – Galizien, Bukowina, Moldau, Berlin 1999, S. 68.

<sup>65</sup> Die Regierung versuchte sie zur landwirtschaftlichen Produktivität aufzumuntern, da der Jude nur als Ackerbauer dem Staat ein nützlicher Faktor war. Im Gegensatz dazu verbot die josephinische Gesetzgebung den „Landjuden“ in den Dörfern zu leben, was eine Abwanderung in die Städte zur Folge hatte. Es durften nur noch diejenigen auf dem Land bleiben, die von der Landwirtschaft lebten. Dieses Beispiel verdeutlicht die zum Teil sehr widersprüchlichen Verordnungen. Diese staatlichen Kolonierungsversuche waren daher wenig erfolgreich, da bis zum Jahr 1840 gerade einmal 440 Ackerbauerfamilien erfasst wurden. Vgl. Filip Friedmann, Die galizischen Juden in den Jahren 1848-68: eine politische Geschichte mit Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zustände, Wien 1925, S. 29f.

<sup>66</sup> Vgl. Isabel Röskau-Rydel (Hrsg.), Deutsche Geschichte im Osten Europas – Galizien, Bukowina, Moldau, Berlin 1999, S. 67.

Zudem sollte an der Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass die Toleranzpolitik nicht nur eine „Verbesserung“, sie zu nützlichen Staatsbürgern zu erziehen, beabsichtigte, sondern dem Zweck diene, den erwarteten Zustrom von Ostjuden in die österreichische Hauptstadt zu verhindern. Auch Joseph II. war sich dieser Problematik durchaus bewusst, weshalb er es für notwendig erachtete, die galizischen Juden mit zahlreichen Vergünstigungen auszustatten, um sie so an ihre Heimat zu binden und eine Wanderungsbewegung unmöglich zu machen.<sup>67</sup>

Aus eben diesem Grund ließ Kaiser Franz II. 1792 in Wien ein „Judenamt“ errichten, das der Bekämpfung des Zustroms diene und bis zur Revolution von 1848 bestehen blieb. Ein solches staatliches Überwachungsinstrument gab nun die reaktionäre Richtung vor, die nach der „toleranten“ Phase Joseph II. einsetzte, wenngleich die Toleranz den Juden in der Habsburgermonarchie schon unter ihm weit weniger zu Gute gekommen war, als Protestanten und Orthodoxen.<sup>68</sup> Hatte das „tolerante“ Erziehungsprogramm Joseph II. zweifelsohne seine positiven Aspekte, so begannen nun die reaktionären Kräfte in Wien die Oberhand zu gewinnen, welche fortan mehr an restriktiven Bestimmungen denn an Neuerungen zugunsten der galizischen Juden interessiert waren.

Angefangen vom „Judenamt“ über die Lichtzündsteuer (1797) bis hin zum Koscherfleisch aufschlag (1784) war der Ideenreichtum sehr groß, mit dem der österreichische Bürokratismus das wirtschaftliche und geistige Leben zu reglementieren und die Juden zu beschränken versuchte. Am Ende war der Steuerdruck in Galizien dermaßen stark, dass die ökonomische Situation der Mehrheit der galizischen Juden als katastrophal beurteilt werden muss und die von Joseph II. beabsichtigte „Verbesserung“ das genaue Gegenteil bewirkte.<sup>69</sup>

Wer daraufhin nun an eine mildere Politik in Wien glaubte, der musste seine Hoffnungen schon bald wieder enttäuscht sehen, da man stattdessen die zwangsweise Durchsetzung aufklärerischer Ideen verfolgte – mit dem Ziel der Schaffung eines reformierten, auf seine bisherigen Traditionen verzichtenden Judentums.<sup>70</sup> Als aufgeklärter Jude übernahm Herz Homberg diese Aufgabe, wofür er eigens dafür vorgesehene deutsch-jüdische Schulen in Galizien gründete, die er als Oberaufseher selbst zu kontrollieren hatte.

---

<sup>67</sup> Eine generelle Lösung dieses Problems gelang aber nicht, da der Zuzug aus allen Landesteilen nach Wien stetig zunahm. Allein im Jahr 1789 waren es über 10.000 Personen. Vgl. Josef Karniel, Zur Auswirkung der Toleranzpatente für die Juden in der Habsburgermonarchie im josephinischen Jahrzehnt, in: Peter F. Barton (Hrsg.), Im Zeichen der Toleranz – Eine Festschrift, Wien 1981, S. 213f.

<sup>68</sup> Ebd., S. 203.

<sup>69</sup> Vgl. Isabel Röskau-Rydel (Hrsg.), Deutsche Geschichte im Osten Europas – Galizien, Bukowina, Moldau, Berlin 1999, S. 67f.

<sup>70</sup> Vgl. Simon Dubnov, Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes – Das Zeitalter der ersten Emanzipation (1789-1815), in: Ders., Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band 8, 2. veränd. Auflage, Berlin 1928, S. 295.

Im Jahre 1783 wurde die erste derartige Schule in Lemberg gegründet, doch gerade im Bildungswesen verkannte man die Gefahr des Widerstandes der ortsansässigen orthodoxen Juden und Chassidim, was letztlich die Aufgabe dieses Projekts 1806 bedeutete. Diese feindliche Ablehnung gegenüber der Haskala-Bewegung in Galizien verdeutlicht die Frontstellung zwischen der im Sinne der Aufklärung durchgeführten Politik und den im religiösen Sinne traditionsbewusst handelnden galizischen Juden, von der an anderer Stelle noch die Rede sein wird.

Einen nicht unwesentlichen Beitrag dazu lieferte die Regierung in Wien selbst, da sich in der Epoche zwischen 1815-1847 an der gesellschaftlichen Stellung der galizischen Juden wenig veränderte. Alle unter Joseph II. angedachten Vergünstigungen wurden entweder nie umgesetzt oder vollends revidiert.<sup>71</sup> Durch verschiedene Dekrete aus den Jahren 1804, 1811, 1821 und 1840 durfte ihnen weder eine Anstellung in staatlichen, städtischen und gerichtlichen Institutionen noch in öffentlichen Schulen gewährt werden. Nur ein geringer Prozentsatz, der über ein reiches Grundkapital verfügte, konnte sich bestimmte Positionen in der christlich geprägten Gesellschaft erkaufen und blieb von vielen Verboten verschont. Die Gebildeten unter ihnen verdienten ihren Lebensunterhalt als Ärzte, da sie den Arztberuf uneingeschränkt ausüben konnten, während dies für den Beruf des Anwalts in der Praxis nicht zutraf, obwohl dafür seit 1790 eine Zulassung bestand.<sup>72</sup>

Am Vorabend der Revolution fehlte es der österreichischen Judengesetzgebung an zündenden Ideen, um die Masse der galizischen Juden aus ihrer ökonomischen Notlage herauszuführen. Angesichts der restriktiven Judenpolitik darf jedoch bezweifelt werden, ob dem Staat überhaupt daran gelegen war, die Situation der Juden „verbessern“ zu wollen oder ob er nicht konsequent an seinen eigenen politischen und wirtschaftlichen Vorteilen interessiert war. Die unglaublich hohe Steuerlast diente wohl einzig dem Zweck, den eigenen Staatshaushalt zu erhöhen. Auch die seit 1783 unternommenen Versuche, die Juden durch ein weltliches Bildungssystem näher an das Deutschtum heranzuführen, wurden nur halbherzig umgesetzt und stießen zudem – so schien es jedenfalls – auf wenig Resonanz. Bis auf die „toleranten“ Ansätze unter Joseph II. war die Judengesetzgebung gegenüber den galizischen Untertanen somit auffallend statisch, repressiv und wenig fortschrittlich.

---

<sup>71</sup> Dazu zählte das ihnen in Aussicht gestellte Bürgerrecht (1792), was nie zur Anwendung kam. Auch die Eheschließungen wurden mittlerweile durch verschiedene Reglementierungen erschwert. Vgl. Joseph Menasche Friedler, Die galizischen Juden von wirtschaftlichem, kulturellem und staatsbürgerlichem Standpunkte: 1815-1848, Wien 1923, S. 15f.

<sup>72</sup> Vgl. Isabel Röskau-Rydel (Hrsg.), Deutsche Geschichte im Osten Europas – Galizien, Bukowina, Moldau, Berlin 1999, S. 73.

### 2.3. Die polnischen Reformvorschläge zur Zeit der letzten Teilungen

Die besondere innenpolitische Konstellation vor dem endgültigen Untergang der polnisch-litauischen Adelsrepublik macht es notwendig, an der Stelle auf die Reformansätze zur Lösung der „Judenfrage“ hinzuweisen, die unter den polnischen Reformern des Adels und Bürgertums seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert verstärkt diskutiert wurden.

Den Ausgangspunkt für das zweifellos rege Interesse an der rechtlichen und sozialen Lage bildete die Französische Revolution mit ihren aufklärerischen Ideen, die zunehmend auch in Polen rezipiert wurden. Folglich entstand dazu eine Fülle an polnischer Literatur<sup>73</sup>, sodass die Juden durchaus große Erwartungen in den Vierjährigen Sejm (1788-1792) setzten, auf dem eine grundlegende Reform des politischen Systems herbeigeführt werden sollte. Allerdings blieb die jüdische Frage in den Sitzungen des Sejms 1789/90 außen vor. Erst die antijüdischen Straßenunruhen in Warschau führten nun auch bei den Abgeordneten zu einem Umdenken, weshalb sie am 22. Juni 1790 eine Deputation für die Judenreform einsetzten.<sup>74</sup>

Zu ihren Mitgliedern zählten die Delegierten Butrymowicz, Jacek Jezierski und der Publizist und Geschichtsschreiber Tadeusz Czacki. Letzterer war entscheidend an dem Plan zur Reform der Juden beteiligt, der insgesamt die folgenden sieben Grundsätze beinhaltete:

1. Die Regierung betrachtete die Juden bisher als Geduldete. Allen Einwohnern müssen aber fortan die ihnen zustehenden Rechte gewährt werden.
2. Nachdem die Regierung ihnen nun alle Rechte zugebilligt hat, kann sie Anspruch darauf erheben, eine dem Wohl des Landes entsprechende Ausbildung von den Juden zu fordern.
3. Außer der Religion sollten alle Unterschiede zwischen Christen und Juden abgeschafft werden.
4. Den Juden sollten mit Ausnahme des Schankrechts alle Gewerbearten freistehen.

---

<sup>73</sup> Einen ersten Anstoß zu dieser politischen Literatur gab der Pinsker Sejmabgeordnete Butrymowicz („Ein Weg zur Verwandlung der polnischen Juden in für das Land nützliche Bürger“). Ihm folgten viele Publizisten, die teils unter Anonymität ihre Reformansichten in verschiedenen polnischen Zeitschriften drucken ließen. Zu ihnen zählte auch der Geistliche Staszic („Warnungen an Polen“), der mit antijüdischer Polemik aufwartete. Gleichzeitig äußerten sich auch jüdische Vertreter in dieser Debatte zu Wort, wie der Chelmer Rabbiner Hersch Josewicz oder Abraham Hirsowicz. Im Sinne der Haskala-Bewegung versuchte Mendel Satanower eine Lösung der jüdischen Frage herbeizuführen. Diese Auswahl an Reformern verdeutlichte die Vielfalt an Ideen, die sämtliche Standpunkte, angefangen von Ablehnung bis hin zur Gleichheit, umfassten. Allen Reformern war aber gemeinsam, dass sie die kulturellen Eigenheiten der Juden nicht akzeptierten und daher eine Assimilation voraussetzten. Vgl. Simon Dubnov, Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes – Das Zeitalter der ersten Emanzipation (1789-1815), in: Ders., Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band 8, 2. veränd. Auflage, Berlin 1928, S. 316-321.

<sup>74</sup> Vgl. Ebd., S. 324.

5. Durch Familien- und Schiedsgerichte müsse der Trunksucht der Juden vorgebeugt werden.
6. Den Juden muss eine freie Religionsausübung gewährleistet werden, sofern sie den Regeln der Moralität entsprechen.
7. Der letzte Punkt sah eine Anerkennung ihrer Feiertage vor.<sup>75</sup>

So ehrgeizig dieses Projekt in der eigens dafür eingesetzten Kommission auch in Angriff genommen wurde, an der rechtlichen Situation änderte sich bis zur Auflösung des polnisch-litauischen Staates nichts. Dafür spricht allein schon die Tatsache, dass trotz der hier vorgestellten Vorschläge und öffentlich geführter Diskussionen die Juden in der vom Sejm am 3. Mai 1791 ausgearbeiteten Verfassung nicht einmal erwähnt wurden.<sup>76</sup>

Der Sejm brachte außer dem „Gesetz von den Städten“ vom 18. April 1791, das den Juden das bürgerliche Stadtrecht vorenthielt, keine entscheidenden Reformen hervor, sodass die Behandlung der „Judenfrage“ zwangsläufig den Teilungsmächten überlassen wurde: Die überwiegende Mehrheit schien den eifrigen Reforminitiativen einiger weniger Deputierter nichts abgewinnen zu können.

Obwohl die Juden im letzten großen Reformwerk des polnischen Reichstages nicht berücksichtigt wurden, sollte an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass sich die jüdischen Gemeinden anhand eines dreistufigen Systems in Polen lange selbst verwaltet hatten. Auf der untersten Stufe der Hierarchie regelte jede Gemeinde für sich die Belange ihrer Bewohner. Ihnen folgten auf regionaler Ebene die Landtage der vier Provinzen Großpolen, Kleinpolen, Reußen und Wolhynien, während der Reichstag des Vierländer-Rates die Angelegenheiten der jüdischen Gemeinden auf zentraler Ebene leitete. Somit fungierte der Vierländer-Rat gleichermaßen als soziale, rechtliche und ökonomische Institution für die gesamte jüdische Bevölkerung Polens, der ihnen Schutz und Autonomie zugleich bot.<sup>77</sup> Dass dieses System knapp 200 Jahre bestand hatte und ausgerechnet durch einen Beschluss des Sejms 1764 aufgelöst wurde, verdeutlicht einmal mehr das ambivalente Verhalten der polnischen Volksvertreter gegenüber ihrer jüdischen Bevölkerung.

---

<sup>75</sup> Alle diese Punkte finden sich nacheinander im Werk von François Guesnet. Vgl. François Guesnet (Hrsg.), *Der Fremde als Nachbar – Polnische Positionen zur jüdischen Präsenz Texte seit 1800*, Frankfurt am Main 2009, S. 52.

<sup>76</sup> Vgl. Sophia Kemlein, *Die Posener Juden 1815-1848*, Hamburg 1997, S. 38.

<sup>77</sup> Vgl. Jakob Goldberg, *Der Vierländer-Rat der polnischen Juden und seine Beziehungen zu den jüdischen Gemeinden und Juden in Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert*, in: Karl Erich Grözinger, *Die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den jüdischen Gemeinden in Polen und Deutschland vom 16. bis zum 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 1992, S. 40f.

Am Ende des 18. Jahrhunderts hatte man auf polnischer Seite also nicht den Eindruck, als sei eine Assimilierung der Juden ans Polentum wünschenswert, fehlten doch auf regierungspolitischer Ebene entsprechende Erziehungsprogramme, wie sie in Preußen und Österreich durchgeführt wurden.

### **3. Gewaltverbrechen als Begleiterscheinungen der Revolution**

#### **3.1. Antijüdische Krawalle im Großherzogtum Posen**

Als am 20. März 1848 die Nachrichten von den revolutionären Ereignissen in Berlin das Großherzogtum Posen erreichten, löste dies zunächst bei den Bewohnern allgemeine Begeisterung aus. Insbesondere waren es die Polen, die sich auf den Straßen der Provinzhauptstadt Posen versammelten und alsbald ein eigenes „Nationalkomitee“ im Bazar-Gebäude bildeten. Die vor Ort stationierten preußischen Truppen standen den Begebenheiten zunächst passiv gegenüber und beobachteten das Treiben aus der Ferne.<sup>78</sup> Doch der scheinbar allerorts vorherrschende Enthusiasmus versetzte die jüdische Bevölkerung in Angst und Schrecken, da sie befürchteten, die Aufständischen könnten gewaltsam gegen sie vorgehen. Vor diesem Hintergrund müssen denn auch die Reaktionen der jüdischen Gemeinde in Posen gewertet werden, von denen ein großer Teil von ihnen die Stadt verließ, um in anderen Provinzen Schutz vor den Unruhen zu suchen. Allerdings waren diese Befürchtungen vorerst unbegründet, denn die öffentliche Ordnung wurde in den ersten Tagen ausschließlich durch das Tragen polnischer Nationalkokarden und die überall hörbaren Hurra-Schreie „Es lebe Polen“<sup>79</sup> durcheinander gebracht.<sup>80</sup>

Die friedliche Atmosphäre hatte jedoch keine zwei Tage<sup>81</sup> Bestand und so kam es bereits am 22. März in Borek<sup>82</sup>, in Wreschen, in Miloslaw und in Pleschen zu ersten Ausschreitungen durch die Polen. Es sollten nicht die letzten dieser Art sein, wie die folgenden Wochen bis zur Unterzeichnung der Kapitulation durch Oberst Augustyn Brzeżański am 9. Mai 1848 noch zeigen sollten. Zudem waren die drei letztgenannten Städte nicht zum letzten Male Schauplatz gewalttätiger Exzesse, unter denen vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden hatte.

---

<sup>78</sup> Vgl. Krzysztof Makowski, Das Grossherzogtum Posen im Revolutionsjahr 1848, in: Rudolf Jaworski und Robert Luft (Hrsg.), 1848/49 Revolutionen in Ostmitteleuropa, München 1996, S. 155f.

<sup>79</sup> Witold Jakóbczyk, Wielkopolska (1815-1850) – wybór źródeł, Wrocław 1952, S. 112.

<sup>80</sup> Vgl. Der Orient, Jahrgang 9 (1848) Heft 16, S. 125.

<sup>81</sup> Für Moritz Jaffe waren es drei oder vier Tage, wobei er den Ausgangspunkt der revolutionären Ereignisse auf den 18. März datierte. Vgl. Moritz Jaffe, Die Stadt Posen unter preußischer Herrschaft, Leipzig 1909, S. 187.

<sup>82</sup> Ein Verzeichnis aller in dieser Arbeit erwähnten Ortsnamen für das Großherzogtum Posen findet sich im Anhang auf Seite 87. Dabei wurde für jede Stadt der Anteil der jüdischen Einwohner berücksichtigt.

Die Vorahnungen der jüdischen Bewohner zu Beginn der Revolte erwiesen sich im Laufe der Auseinandersetzungen zwischen den Aufständischen und den preußischen Truppen also doch als reale Bedrohung, da sie nun des Öfteren scheinbar hoffnungslos der Konfrontation ausgesetzt waren. Tatsächlich aber beteiligten sich ausschließlich die Polen an den antijüdischen Ausschreitungen<sup>83</sup>, die im Folgenden zunächst in ihrer chronologischen Reihenfolge geschildert werden, um im Anschluss daran die Gründe für dieses Verhalten zu analysieren. Soweit es möglich ist, werden auch die Trägerschichten herauszuarbeiten sein. Zu ersten Exzessen gegenüber der nichtpolnischen Zivilbevölkerung kam es in den Städten Miloslaw und Kotschin, wo am 22. März vorwiegend Läden demoliert wurden und Fensterscheiben zu Bruch gingen. Einen Tag später vermeldete die Stadt Jarotschin ähnliche Vorfälle, wobei die Tatbestände und auch die Beschädigten hier nicht eindeutig genannt wurden.<sup>84</sup> Eindeutiger waren hingegen die Vorfälle in Schnin, wo bewaffnete polnische Einheiten nicht nur die öffentliche Ordnung außer Kraft setzten, sondern gleichermaßen gegen Deutsche und Juden vorgingen. 14 Häuser wurden ausgeplündert und teilweise zerstört, ein Jude ermordet und mehrere verletzt, so die Bilanz am 9. April.<sup>85</sup>

Einen Tag später war Tremessen Schauplatz der Verwüstung, nachdem es nach einem militärischen Scharmützel zu Vergeltungsaktionen gegenüber den jüdischen Einwohnern durch die Insurgenten kam. Den Juden wurde vorgeworfen, die preußischen Truppen während des Gefechts auf unterschiedliche Art und Weise unterstützt zu haben. Der Kaufmann Hirsch Strelitz wurde unter dem Vorwand getötet, er habe während des Heranrückens der preußischen Armee ausgerufen: „Gott sei Dank, nun werden wir doch Ruhe haben“.<sup>86</sup>

---

<sup>83</sup> Übergriffe gegenüber den Juden sind vonseiten der deutschen Bewohner des Großherzogtums Posen nicht überliefert, wenngleich ein politischer und gesellschaftlicher antijüdischer Grundton auch bei der preußischen Beamtenschaft vor Ort vorhanden war. Vgl. Stefi Jersch-Wenzel, Zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in der Provinz Posen im 19. Jahrhundert, in: Gotthold Rhode (Hrsg.), Juden in Ostmitteleuropa – Von der Emanzipation bis zum Ersten Weltkrieg, Marburg/Lahn 1989, S.77.

<sup>84</sup> Der Autor schrieb von Exzessen gegenüber der nichtpolnischen Bevölkerung, ohne jedoch konkrete Aussagen über den Tatvorgang und eventuelle Opfer zu machen. Vgl. Stefan Kieniewicz, *Spoleczeństwo polskie w powstaniu poznańskim 1848 roku*, Warszawa 1935, S. 118. Nach mehreren Studien lässt sich nachweislich feststellen, dass bei diesen Exzessen ein Jude ums Leben kam. Der Ort des Geschehens war Raczendowo, einem Dorf bei Jarotschin. Vgl. Aaron Heppner/Isaak Herzberg, *Aus Vergangenheit und Gegenwart der Juden und der jued. Gemeinden in den Posener Landen*, nach gedruckten und ungedruckten Quellen, Band 2, Koschmin/Bromberg 1904, S. 242. Darüber hinaus wurde die Tochter des Rabbiners in Miloslaw ermordet. Vgl. Ebd., S. 240.

<sup>85</sup> Heinrich Wuttke, *Städtebuch des Landes Posen. Codex diplomaticus. Allgemeine Geschichte der Städte im Lande Posen. Geschichtliche Nachrichten von 149 Einzelnen Städten*, Leipzig 1877, S. 443, Vgl. Heppner/Herzberg, *Posener Lande*, S. 240.

<sup>86</sup> Hermann Kunz, *Die kriegerischen Ereignisse im Großherzogtum Posen im April und Mai 1848*, Berlin 1899, S. 48.

Den Bäckerjungen Meyer Pflaum ereilte das gleiche Schicksal, da er den Soldaten Semmeln gegeben hatte. Daraufhin misshandelten die Polen auch dessen Vater, da er für seinen Sohn um Gnade bat. Als drittes Opfer fand der Kaufmann Hermann Kutnowski den Tod, während 30 weitere Deutsche und Juden gefangengenommen wurden.<sup>87</sup> Am gleichen Tag waren erneut die Bewohner Miloslaws Opfer von Plünderungen, da dieser Ort den Polen als militärischer Sammelplatz diente und hier nahezu 500 Bewaffnete stationiert waren. Auch diesmal vermeldeten die Behörden zahlreiche Diebstähle und Sachbeschädigungen an jüdischen Immobilien.<sup>88</sup>

In Kschonz verweigerte die jüdische Gemeinde geschlossen ihren Verzicht an der Teilnahme am polnischen Aufstand, daraufhin raubten die Polen Häuser und Geschäfte aus und vertrieben darüber hinaus deren Einwohner für kurze Zeit aus der Stadt.<sup>89</sup> In der Nacht vom 14. auf den 15. April kam es in Wreschen zu zahlreichen Racheakten. „Der Schuhmacher Abraham Schick wurde durch Kolbenschläge und Sensenhiebe derartig am Kopf verletzt, daß er bald darauf starb. Ein junges Mädchen, Henriette Kantorowicz, wurde im Bette liegend durch Lanzenstiche so schwer verwundet, daß sie nach 12 Stunden starb. [...] Nach dem ärztlichen Berichte des Bataillonsarztes Dr. Wollenhaupt wurden im ganzen 2 jüdische Personen getötet, 6 jüdische Personen, darunter 3 Frauen, mehr oder minder erheblich verletzt.“<sup>90</sup> Hintergrund für diese Gräuelszenen war die Übereinkunft in Jaroslawiec vom 11. April, die von General Willisen, auf polnischer Seite durch die Vertreter des Nationalkomitees Libelt und Stefański unterzeichnet wurde. Beschlossen wurde die teilweise Auflösung der polnischen Streitkräfte sowie die Zusicherung der nationalen Reorganisation der Posener Lande im polnischen Sinn, d.h. einer schrittweisen Abtretung des preußischen Verwaltungsapparates an Polen. Zudem versprach die preußische Seite den polnischen Unterhändlern die Bildung eines polnischen Nationalheeres, zu dem es aber nicht mehr kommen sollte, genauso wenig wie zu der zugesicherten Reorganisation. Stattdessen schloss die Berliner Regierung immer weitere Gebiete von der Neuordnung aus, sodass alle westlichen Gebiete der Provinz einschließlich der Stadt Posen dem Deutschen Bund zugeschlagen werden sollten.<sup>91</sup>

---

<sup>87</sup> Vgl. Heinrich Wuttke, Städtebuch, S. 462, Vgl. Heppner/Herzberg, Posener Lande, S. 240f.

<sup>88</sup> Vgl. Heinrich Wuttke, Städtebuch, S. 378.

<sup>89</sup> Vgl. Ebd., S. 351.

<sup>90</sup> Hermann Kunz, Die kriegerischen Ereignisse, S. 25, Vgl. Heppner/Herzberg, Posener Lande, S. 241.

<sup>91</sup> Die Posener Frage war in den Jahren 1848/49 Gegenstand der deutschen und preußischen Politik. Die preußische Regierung bevorzugte eine Abtretung der mehrheitlich deutschen Kreise von der Provinz Posen und so wurden die als deutsch reklamierten Teile am 22. April und 1. Mai in den Deutschen Bund aufgenommen. Allerdings gehörten diese nur bis zum 3. Oktober 1851 dem deutschen Staatenverbund an. Vgl. Heinz Boberach, Die Posener Frage in der deutschen und der preußischen Politik 1848-1849, in: Hans Booms (Hrsg.),

Das Abkommen sah weiterhin die Zuteilung von Land und Boden an die Bauernschaft vor, sobald sie sich durch die preußischen Truppen entwaffnen ließen, so jedenfalls die Zusagen seitens des polnischen Nationalkomitees. Als dieses Versprechen jedoch nicht umgesetzt wurde, betrachteten die der Bauernschaft entstammenden Freiwilligen diese Übereinkunft als Verrat<sup>92</sup> und fühlten sich nicht nur von der deutschen, sondern auch von der polnischen Seite hintergangen.

Die Wut und der angestaute Hass ob des Vertrauensbruchs führten in Wreschen zu einer Entfesselung der Gewalt an der jüdischen Bevölkerung, da die hier stationierte Bauernmiliz von der in Jaroslawiec beschlossenen Entwaffnung unmittelbar betroffen war.<sup>93</sup> In der weiteren Folge kam es am 22. April in Strelno, am 28. April in Graetz und schließlich am 2. Mai in Stenschewo zu gezielten Plünderungsaktionen in jüdischen Häusern.<sup>94</sup> Daneben kam es in weiteren Städten und Gemeinden zu zahlreichen Übergriffen, bei denen in Buk fünf, in Kurnik zwei und in Slupy ein Jude von den aufgebracht polnischen Insurgenten ermordet wurden. Insgesamt erhöhte sich damit die Zahl der Getöteten auf 16 Personen. Hinzu kamen die vielen Verletzten, Vertriebenen und Gefangenen, sodass die Zahl der unmittelbar von diesen judenfeindlichen Verfolgungen betroffenen Personen im unteren dreistelligen Bereich anzusiedeln ist. Damit gehörte das Großherzogtum zu der am schwersten betroffenen Provinz Preußens, was die antijüdischen Gewalttätigkeiten im Frühjahr 1848 anbelangte.<sup>95</sup> Weshalb es in etwa 13 verschiedenen Ortschaften der Provinz zu einer solch gezielten Härte und Grausamkeit gegenüber der jüdischen Bevölkerung kam, hat sicherlich mehrere Gründe, soweit sie überhaupt in allen Einzelfällen feststellbar waren.

Ein wesentlicher Grund war der Tatsache geschuldet, dass sich die Gewaltexzesse inmitten der militärischen Kampfhandlungen ereigneten. In fast allen von judenfeindlichen Aktionen heimgesuchten Ortschaften kam es unmittelbar davor oder danach zu Scharmützeln zwischen den preußischen Truppen und den polnischen Aufständischen, in denen die Juden mehrheitlich die Regierungstruppen unterstützten, sei es direkt durch Waffenhilfe und Proviantbeschaffung oder indirekt durch klare Absagen an die Polen, für deren Kampf nicht einzutreten.

---

Deutsche und Polen in der Revolution 1848-1849 – Dokumente aus deutschen und polnischen Archiven, Schriften des Bundesarchivs 37, Boppard am Rhein 1991, S. 17-26.

<sup>92</sup> Vgl. Krzysztof Makowski, Das Grossherzogtum Posen im Revolutionsjahr 1848, in: Rudolf Jaworski und Robert Luft (Hrsg.), 1848/49 Revolutionen in Ostmitteleuropa, München 1996, S. 159.

<sup>93</sup> Vgl. Hermann Kunz, Die kriegerischen Ereignisse, S. 25.

<sup>94</sup> Vgl. Heinrich Wuttke, Städtebuch, S. 455 und 457, Vgl. Hermann Kunz, Die kriegerischen Ereignisse, S. 25f.

<sup>95</sup> Vgl. Stefan Rohrbacher, Gewalt im Biedermeier – Antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1815-1848/49), Frankfurt am Main 1993, S. 215-220.

Ebenso ließen es sich die Juden nicht nehmen, die Polen aus den Städten zu vertreiben und zu verkünden: „Wir wollen kein Polentum, wir sind Preußen“<sup>96</sup>. So geschehen in Krotoschin: Nachdem die Polen die städtische Verwaltung übernahmen, wurden sie von den Juden kurzerhand aus der Stadt vertrieben.

An anderer Stelle kam es auch zu Übergriffen der Juden auf polnische Insurgenten<sup>97</sup>, wobei Reaktion und Gegenreaktion hier nicht immer zweifelsfrei zu klären waren. Dass es aber tatsächlich zu Schuldzuweisungen und Verleumdungen gegenüber polnischen Soldaten gekommen war, geht aus einem Rundschreiben des Oberrabbiners Salomon Eger vom 26. Mai hervor, in dem er seine Glaubensgenossen zur Zurückhaltung mahnte und auf die Gefahren hinwies, welche durch die Nennung von Verbrechen und Täter entstehen könnten.<sup>98</sup> Diese und andere Handlungen taten sicher ihr übriges dazu bei, dass es auf polnischer Seite verstärkt zu Vergeltungsmaßnahmen kam. Mit ihrer Parteinahme zugunsten der Deutschen zogen sie somit die Wut und den Zorn der Polen auf sich, wobei die Racheakte nicht allein darauf zurückzuführen waren.

Neben der Wahrnehmung als Parteigänger der Deutschen und dem dadurch begründeten Vorurteil, sich aus materieller Verbindung immer der stärkeren deutschen Seite anzuschließen<sup>99</sup>, können die Exzesse wohl nur durch die in der polnischen Bevölkerung ausgeprägte Judenfeindschaft erklärt werden. Kieniewicz sah diese sogar in allen Teilen der polnischen Gesellschaft verbreitet, wobei die Feinseligkeiten in jeder Gesellschaftsschicht unterschiedlich stark ausgeprägt waren. Für den niederen Adel waren die Juden „unerträgliche Gläubige“, während sie für die polnischen Händler und Handwerker bedrohliche Konkurrenten darstellten. In den unteren Schichten war der Antisemitismus wohl am stärksten vertreten.<sup>100</sup> Nun soll an der Stelle nicht die Genese der Judenfeindschaft in der polnischen Bevölkerung nachgezeichnet werden, da die Strukturen als ein Prozess von langer Dauer anzusehen sind. Dagegen trugen jene Berufsbranchen, in denen vorwiegend Juden beschäftigt waren, wesentlich dazu bei, bei den Polen antisemitische Vorurteile und negative Judenbilder zu intensivieren.

---

<sup>96</sup> Heppner/Herzberg, Posener Lande, S. 240.

<sup>97</sup> Jüdische Übergriffe auf Polen sind belegt für die Städte Krotoschin, Strelno und Posen. Vgl. Stanisław Nawrocki, Die revolutionären Ereignisse im Großherzogtum Posen und Westpreußen in den Jahren 1848-1849, in: Hans Booms (Hrsg.), Deutsche und Polen in der Revolution 1848-1849 – Dokumente aus deutschen und polnischen Archiven, Schriften des Bundesarchivs 37, Boppard am Rhein 1991, S. 32.

<sup>98</sup> Vgl. Aaron Heppner/Isaak Herzberg, Aus Vergangenheit und Gegenwart der Juden in Posen, Koschmin 1914, S. 159f.

<sup>99</sup> Die antijüdische Einstellung wurde bei Jędrzej Moraczewski, immerhin Mitglied des Polnischen Nationalkomitees, sichtbar. Vgl. Jędrzej Moraczewski, Wypadki poznański w roku 1848, Poznań 1850, S. 37.

<sup>100</sup> Vgl. Stefan Kieniewicz, Społeczeństwo polskie w powstaniu poznańskim 1848 roku, Warszawa 1935, S. 140.

Der jüdische Schankwirt war vor allem den Adeligen ein Dorn im Auge, da er die Bauern angeblich zum ungehaltenen Alkoholkonsum und zur Völlerei verleitete.<sup>101</sup> Mit den negativen Stereotypen vom „Wucherer und Schacherer“<sup>102</sup> geißelte man das Wirtschaftsverhalten der Juden, denen Habgier auf Kosten der Allgemeinheit vorgeworfen wurde. Zu guter Letzt nahmen die polnischen Bauern die Juden als Repräsentanten der adeligen Grundherrschaft wahr, die als Pächter und Steuereintreiber in einem Beziehungsgeflecht zwischen Adel und Bauern standen, das ebenfalls nicht vorurteilsfrei von der Bauernschaft betrachtet wurde.<sup>103</sup>

Inwieweit allerdings die hier angeführten verzerrten Judenbilder, die keineswegs die alltäglichen Lebensverhältnisse widerspiegeln<sup>104</sup>, ausschlaggebend für die physischen Gewaltexzesse im Jahr 1848 waren, kann nicht eindeutig geklärt werden.

Am ehesten waren diese noch in den Hinterköpfen der Bauernschaft präsent, da in den deutsch-jüdischen Berichten fast ausschließlich von Sensenmännern die Rede war, die gezielt gegen die jüdischen Mitbewohner vorgingen. So berichtete u.a. der „Orient“ von der Beteiligung der Bauern, die in ihren Taten von Adel und fanatischen Priestern angespornt wurden.<sup>105</sup> Ob es während der Auseinandersetzungen tatsächlich zu Anstiftungen und Aufmunterungen seitens der Kirche und den Führern der Revolution kam, verneint Kemlein in ihren Ausführungen, ohne den entsprechenden Nachweis zu liefern.<sup>106</sup> Daher kann eine solche nicht vollständig ausgeschlossen werden, da die religiöse Überhöhung des polnischen Nationalbildungsprozesses im 19. Jahrhundert ihren unmittelbaren Ausdruck in den Vorstellungen von „Polen als Vormauer des Christentums“ sowie von „Polen als dem Christus der Völker“<sup>107</sup> fand.

---

<sup>101</sup> Vgl. Heiko Haumann, *Geschichte der Ostjuden*, 4. Auflage, München 1998, S. 63.

<sup>102</sup> Vgl. Stefan Rohrbacher, Michael Schmidt, *Judenbilder – Kulturgeschichte antijüdischer Mythen und anti semitischer Vorurteile*, Hamburg 1991, S. 89f.

<sup>103</sup> Seit dem 16. Jahrhundert kam es auf wirtschaftlicher Ebene zu einer Symbiose des polnischen Adels mit den Juden, insofern sich der Unmut der Bauern gegen die polnischen Grundherren und Juden zugleich richtete, da beide gewissermaßen an der ökonomischen Ausbeutung der Bauern beteiligt waren. Vgl. Ulrich Haustein, *Das Verhältnis von Juden und Polen*, in: Karl Heinrich Rengstorf (Hrsg.), *Kirche und Synagoge: Handbuch zur Geschichte von Christen und Juden*, Band 2, Stuttgart 1970, S. 454.

<sup>104</sup> In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts standen die Rabbiner als religiöses Oberhaupt an der Spitze der jüdischen Gemeinschaften. In der Hierarchie abwärts kam es allerdings zur Aufteilung in die unterschiedlichsten sozialen Gruppen, wobei viele von ihnen am Rande der Armut lebten. 1849 waren 10 Prozent im Bank- und Finanzsektor tätig. 52 Prozent arbeiteten im Handwerk, vor allem in der Textilindustrie. 27 Prozent müssen den Gesellen, Tagelöhnern und Dienern hinzugerechnet werden. Am unteren Ende lebten 11 Prozent von Almosen oder als Bettler. Die jüdische Gesellschaft war in wirtschaftlicher Hinsicht also alles andere als eine gleichgeschaltete Gesellschaft, weshalb die oben beschriebenen Vorbehalte völlig haltlos waren. Vgl. William W. Hagen, *Germans, Poles, and Jews – The nationality conflict in the Prussian East, 1772-1914*, Chicago 1980, pp. 98-99.

<sup>105</sup> Vgl. *Der Orient*, Jahrgang 9 (1848) Heft 18, S. 139.

<sup>106</sup> Vgl. Sophia Kemlein, *Die Posener Juden 1815-1848*, Hamburg 1997, S. 314.

<sup>107</sup> Olaf Blaschke, Aram Mattioli (Hrsg.), *Katholischer Antisemitismus im 19. Jahrhundert – Ursachen und Traditionen im internationalen Vergleich*, Zürich 2000, S. 261.

In dem Dogma der Gleichsetzung von Pole und Katholik war für Andersgläubige also kein Platz. Dass die katholische Kirche auch während des Jahres 1848 Einfluss auf die revolutionären Strömungen nahm, zeigte nicht zuletzt der Appell eines Priesters Ende März, in dem er seine „polnischen Brüder“ dazu aufforderte, mit Hilfe von Waffengewalt die Freiheit Polens zu erkämpfen.<sup>108</sup> Demgegenüber lieferte der Beitrag in der zeitgenössischen Zeitschrift „Orient“ den einzigen Hinweis, wonach es angeblich zu einem judenfeindlichen Eingreifen des Klerus gegenüber den Juden kam. Allerdings war die zeitgenössische Berichterstattung nicht immer frei von Vorurteilen, sodass ein Gerücht plötzlich in der Tagespresse als gesicherter Sachverhalt erscheinen konnte. Außerdem war die Berichterstattung im „Orient“ stark antipolnisch ausgerichtet – und das umso mehr, als die Nachrichten von Übergriffen auf die Juden öffentlich wurden.<sup>109</sup>

Mögen die zeitgenössischen Berichterstattungen auch nicht immer den Gegebenheiten entsprochen haben, so waren doch die Bauern die treibende Kraft der antijüdischen Ausschreitungen<sup>110</sup>, die sich vor allem dort zu Gewaltakten hinreißen ließ, wo nachweislich ein zahlenmäßig starkes Truppenkontingent der Aufständischen stationiert war.

Die klassischen Stereotype waren dabei weit weniger das auslösende Moment für die Gräueltaten, als vielmehr die aktuelle Militärpolitik. Zu ihrer Eskalation trug wesentlich der an den Bauern begangene „Verrat“ von Jaroslawiec am 11. April bei, da die Missetaten danach sowohl in der Anzahl als auch in der Gewaltbereitschaft deutlich zu nahmen.

---

<sup>108</sup> Vgl. Stefan Kieniewicz, *Rok 1848 w Polsce – wybór źródeł*, Wrocław 1948, S. 43-45.

<sup>109</sup> Die Berichterstattung im „Orient“ unterstützte anfänglich den Aufstand der Polen. Nach dem Bekanntwerden erster Gräueltaten sollte sich das rasch ändern. Vgl. *Der Orient*, Jahrgang 9 (1848) Heft 18, S. 139f.

<sup>110</sup> Es würde aber ein verzerrtes Bild entstehen, wollte man ausschließlich die Bauern dafür verantwortlich machen, schließlich fielen in den Berichterstattungen auch einfach nur die Begriffe „Polen“, „Insurgenten“ oder polnische Banden, die an Exzessen beteiligt waren. Diese unpräzisen Angaben erlauben es daher nicht, Rückschlüsse auf die soziale Herkunft der Täter zu ziehen. Daneben liefern die zur Verfügung stehenden Berichte und Quellen zum Teil unglaubwürdige Fakten, sodass oftmals keine gesicherten Aussagen über die Identitäten der Trägerschichten getroffen werden können. Die örtlichen Behörden neigten dazu, in ihren Darstellungen sozial schwächere Gruppen als Träger der Proteste verantwortlich zu machen, um so den Ruf der Stadt, ihrer gesitteten Bürger und der Behörden nicht zu schädigen. Die Zeitungen folgten diesen Berichten, in dem sie diese oftmals unreflektiert abschrieben. Daher verwundert es nicht, dass abwertende Begriffe wie Banden usw. in amtlichen Pressemeldungen des Jahres 1848 erschienen. Vgl. Stefan Rohrbacher, *Gewalt im Biedermeier, Antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1815-1848/49)*, Frankfurt am Main 1993, S. 270-273.

Daneben wirkte sich die Parteinahme zugunsten der deutschen Seite zweifellos negativ auf das polnisch-jüdische Verhältnis aus, das zudem durch die stattgefundenen Ausschreitungen einer noch stärkeren Belastung ausgesetzt wurde, als es ohnehin schon war.<sup>111</sup> Für den Moment jedenfalls scheint es schwer vorstellbar, dass der „Völkerfrühling“ im Großherzogtum Posen auch für die polnisch-jüdischen Beziehungen seine positiven Lichtblicke hatte, doch war das Verhältnis zwischen Polen und Juden im Revolutionsjahr nicht ausnahmslos negativ, wie im Kapitel vier dieser Arbeit zur polnisch-jüdischen Zusammenarbeit noch näher zu untersuchen sein wird.

Auf die nicht immer zuverlässige Berichterstattung wurde in diesem Abschnitt schon mehrfach hingewiesen, die gerade in extremen Konfliktsituationen, verschärft durch die besondere Situation des konfessionell-nationalen Gegensatzes, allzu oft von Gefühlen, Meinungen und Emotionen der Augenzeugen beeinflusst wurde.

Die Analyse der hier verwendeten Überlieferungen, insbesondere der Zeitschriften aus dem Jahr 1848, verdeutlicht dieses Problem, wonach der blutige Verlauf der antijüdischen Übergriffe auch in den Journalen zu einer regelgerechten Hetzkampagne führte. Die Eskalation auf der Straße veranlasste die Mitteilungsblätter dazu, beiderseitige Schuldzuweisungen und Vorverurteilungen vorzunehmen, die alsbald zur Herausbildung von gegenseitigen Feindbildern führten. Die Deutschen und Juden machten den Polen immer schwerere Vorwürfe, während die Feindschaft und der Hass der Polen auf „das Pack, sowohl das deutsche als auch das jüdische“<sup>112</sup>, nun mehr und mehr aggressivere Formen annahm.

Vor diesem Hintergrund waren die Berichterstattungen über die Verfolgungen sehr stark politisch konnotiert, propagandistisch aufgeladen und auffällig subjektiv in ihrer Darstellung. Die Sichtweise der deutschen und jüdischen Gazetten war zum Teil sehr widersprüchlich und übertrieben in ihrer Illustration, teilweise basierte sie auch lediglich auf Gerüchten.<sup>113</sup>

---

<sup>111</sup> An der Stelle sollte die psychologische Wirkung der Exzesse unter den Posener Juden nicht unterschätzt werden, die es vor allem den Betroffenen erleichterte, größtenteils die deutsche Seite zu unterstützen. Vgl. Reinhard Rürup, *The European Revolutions of 1848 and Jewish Emancipation*, in: Werner E. Mosse/Arnold Paucker/Reinhard Rürup (Hrsg.), *Revolution and Evolution. 1848 in German-Jewish History*, Schriftenreihe LBI 39, Tübingen 1981, p. 41.

<sup>112</sup> Lech Trzeciakowski, *Die Ereignisse von 1848 im Großherzogtum Posen aus der Sicht ihrer Teilnehmer: der Polen, Deutschen und Juden*, in: Michael G. Müller (Hrsg.), *Osteuropäische Geschichte in vergleichender Sicht*, Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte, Berlin 1996/1, S. 242.

<sup>113</sup> Makowski erwähnt in diesem Zusammenhang ein Bericht der Berliner „Zeitungshalle“ vom 26. März, wonach es zu angeblichen Morden an der deutschen und jüdischen Bevölkerung durch die Polen in Gnesen kam. Vgl. Krzysztof Makowski, *Żydzi wobec Wiosny Ludów w Wielkim Księstwie Poznańskim*, in: Jerzy Topolski (red.), *Żydzi w Wielkopolsce na przestrzeni dziejów*, Poznań 1999, S. 159.

Dafür sprechen schon die detaillierten und zum Teil sehr abenteuerlich klingenden Erzählungen.<sup>114</sup> Auf polnischer Seite hatte man eher das Gefühl, dass sie alles versuchte, um die antijüdischen Entgleisungen so gut wie möglich aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Am Umstand der judenfeindlichen Krawalle bestehen allerdings keine Zweifel.

### 3.2. Antifeudale Übergriffe in Galizien

Als am 17./18. März die Nachrichten von den revolutionären Ereignissen in Wien die Städte Krakau bzw. Lemberg erreichten, machte sich auch unter den galizischen Juden zunächst Unsicherheit und Angst vor möglichen antijüdischen Übergriffen breit. Diese wurden zusätzlich durch die Verbreitung von Gerüchten verstärkt, wonach es angeblich in einigen kleineren Städten Galiziens zu Übergriffen seitens der polnischen Bevölkerung kam. Eines dieser Gerüchte kursierte in der Kleinstadt Dębica und wurde von einem Herbergswirtin namens Lauzner verbreitet, in dem er die Behauptung aufstellte, dass es in dieser Gegend zu Morden an der jüdischen Bevölkerung kam.<sup>115</sup> Im Nachhinein erwies sich diese Information als falsch, doch sah sich nun auch das Nationalkomitee in Lemberg dazu veranlasst – ähnlich wie übrigens in Posen – einen entsprechenden Appell zur Beruhigung der jüdischen Bevölkerung zu verfassen.

In Wirklichkeit diente dieser Aufruf wohl mehr der Zerstreuung von Gerüchten, da es in Galizien zu keinen Judenexzessen kam, wie diese zur gleichen Zeit im Großherzogtum Posen stattfanden; stattdessen sind nur sporadische Übergriffe auf Juden und deren Eigentum belegt. Anders als andere Provinzen der Habsburgermonarchie blieb Galizien aber von antijüdischen Ausschreitungen verschont.<sup>116</sup>

Versuche, die niederen Volksschichten zu derartigen Krawallen aufzumuntern, scheiterten in Lemberg und Krakau früh, oder wurden von der polnischen Presse scharf verurteilt, wenn etwa ein Artikel der „Gazeta Krakowska“ vom 19. September 1848 den Angriff mit Steinen „auf unsere israelitischen Brüder und Mitbürger“<sup>117</sup> brandmarkte.

---

<sup>114</sup> Die Auseinandersetzungen zwischen den polnischen Aufständischen und preußischen Truppen, von denen auch die jüdische Bevölkerung an manchen Orten betroffen war, wirkten in ihrer Darstellung teilweise sehr künstlich oder dienten einfach propagandistischen Zwecken. Die „Bekanntmachung des Deutschen Komitees zur Wiederherstellung Polens über falsche Greuelmeldungen aus Posen“ ist abgedruckt in: Hans Booms (Hrsg.), Deutsche und Polen in der Revolution 1848-1849 – Dokumente aus deutschen und polnischen Archiven, Schriften des Bundesarchivs 37, Boppard am Rhein 1991, S. 302f.

<sup>115</sup> Vgl. Stefan Kieniewicz, Rok 1848 w Polsce – Wybór źródeł, Wrocław 1948, S. 209.

<sup>116</sup> Vgl. Artur Eisenbach, The Emancipation of the Jews in Poland, 1780-1870, Oxford [u.a.] 1991, p. 349.

<sup>117</sup> Filip Friedmann, Die galizischen Juden in den Jahren 1848-68, Wien 1925, S. 110, Anm. 4.

In der Provinz Posen erwiesen sich besonders die Bauern als treibende Kraft der antijüdischen Gewaltaktionen: Sie betrachteten die jüdischen Pächter und Gewerbetreibende als verlängerten Arm des Adels. Nicht frei von Vorurteilen war auch die Sichtweise der galizischen Bauern gegenüber den Juden, doch genossen sie unter der Landbevölkerung ein weitaus größeres Vertrauen als der galizische Landadel.<sup>118</sup>

Der Grund für diese Haltung hatte weniger mit der jüdischen Bevölkerung selbst zu tun, als vielmehr die Abneigung gegenüber dem Adel die Kluft zwischen dem Adelsstand und der Bauernschaft immer größer werden ließ. Wie stark der Hass inzwischen unter den galizischen Landbewohnern verwurzelt war, verdeutlichten die antifeudalen Ausschreitungen im Jahr 1846, bei denen etwa 1.000 Menschen durch Sensen, Äxte und Gabeln der Bauern ums Leben kamen.<sup>119</sup> Die Wut richtete sich vor allem gegen die verhassten Grundherren und so wurden während des blutigen Bauernaufstandes insgesamt 500 Herrenhöfe ausgeplündert und etwa 200 Grundbesitzer mitsamt ihren Angehörigen hingerichtet. Die Ausschreitungen fanden ausschließlich in den westlichen Kreisen Galiziens, in Tarnów, Bochnia, Wadowice, Neu-Sandez und Jasło statt, während es in den östlichen Kreisen ruhig blieb, doch sollte die Bauernbewegung des Jahres 1846 die Beziehungen zwischen Adel und Bauern in Galizien in den folgenden Jahrzehnten schwer belasten.<sup>120</sup>

Diese gezielt durchgeführten Exzesse hinterließen bei der Aristokratie nicht nur negative Spuren, sondern führten auch zu einem politischen Umdenken der konservativen Emissäre in der Emigration. Die polnische Nationalbewegung konnte sich der Unterstützung der Bauern für die nationale Frage aufgrund dieser Ereignisse keineswegs sicher sein, und doch war ohne die nationale Mobilisierung der Bauernmassen die Wiederherstellung Polens ausgeschlossen. Sollte die nationale Unabhängigkeit also erfolgreich zum Abschluss gebracht werden, galt es, die Bauern für den bevorstehenden Aufstand 1848 zu gewinnen – dessen waren sich die polnischen Verschwörer bewusst. Gelingen sollte dies mit der Unterstützung der Juden, da sie nach Meinung der Aktivisten des Hotel Lambert einen größeren Einfluss auf die galizische Bauernschaft ausübten.

---

<sup>118</sup> Vgl. Artur Eisenbach, *The Emancipation of the Jews in Poland, 1780-1870*, Oxford [u.a.] 1991, p. 349.

<sup>119</sup> Vgl. Michał Śliwa, *Galizien 1846 und die polnische Revolution von 1848*, in: Helmut Reinalter (Hrsg.), *Die europäische Revolution 1848/49 in Polen und Österreich und ihre Folgen*, Frankfurt am Main [u.a.] 2001, S. 36.

<sup>120</sup> Vgl. Gotthold Rhode, *Polen und die polnische Frage von den Teilungen bis zur Gründung des Deutschen Reiches*, in: Walter Bußmann (Hrsg.), *Europa von der Französischen Revolution zu den nationalstaatlichen Bewegungen des 19. Jahrhunderts*. Handbuch der europäischen Geschichte, Band 5, Stuttgart 1981, S. 712f.

Eines ihrer Mitglieder, Janusz Woronicz, begründete dies mit den umfangreichen wirtschaftlichen Beziehungen, weshalb die Juden am ehesten Einfluss auf die Bauernschaft ausüben könnten. Auch ging er weiterhin davon aus, dass die Landbevölkerung den Juden offener und aufrichtiger entgegenzutreten würde.<sup>121</sup> Inzwischen verabschiedete jedoch die Wiener Regierung am 25. April ein Gesetz, das die vollständige Abschaffung der Leibeigenschaft für die galizische Bauernschaft vorsah und somit der polnischen Nationalbewegung ihr wichtigstes Argument raubte. Zwar plante auch das Nationalkomitee in Krakau ein entsprechendes Gesetz, doch kam die Regierung ihr einen Schritt zuvor, weshalb es weder den polnischen Nationalisten noch den Juden gelang, größeren Einfluss auf die Landbevölkerung auszuüben.

Die Regierung machte damit nicht nur das Ziel der polnischen Aufständischen zunichte, die Masse der Bauern für ihren Kampf zu gewinnen, sondern sorgte gleichzeitig dafür, dass sich ein Großteil der polnischen und ruthenischen Bauern der revolutionären Bewegung fernhielt. Unmittelbar profitierten auch die galizischen Juden von diesem Erlass aus Wien, da die Bauernschaft ihre Ziele verwirklicht sah und fortan nicht zu den Waffen griff, erstickte die Obrigkeit auf diese Weise mögliche antijüdische Ausschreitungen bereits frühzeitig.

Tatsächlich kam es in Galizien zu keinen nennenswerten Zusammenstößen zwischen den regulären Truppen und den Aufständischen, die womöglich eine Spirale der Gewalt gegenüber den Juden ausgelöst hätten. Einzig in den revolutionären Zentren Krakau und Lemberg kam es zum Barrikadenbau und Straßenkämpfen – Ausschreitungen gegenüber den ortsansässigen Juden gab es keine<sup>122</sup> –, doch dauerte es in beiden Städten keine 24 Stunden, bis die Regierungstruppen die Ordnung wiederherstellten.

Am 26. April unterzeichnete das Nationalkomitee in Krakau die Kapitulation, während es den kaiserlichen Truppen in Lemberg erst in der Nacht vom 1. zum 2. November gelang die Stadt zurückzuerobern und Galizien wieder unter Kontrolle der Habsburger zu bringen. Zu ähnlichen kriegerischen Auseinandersetzungen wie im Großherzogtum Posen, in denen die Juden zwischen die Fronten hätten geraten können, kam es in Galizien also nicht.

---

<sup>121</sup> In Lemberg wurde im Juni 1848 ein entsprechender Appell in Jiddisch verfasst und an die ortsansässigen Juden adressiert, der sie mit der Aufgabe vertraute, die Feindseligkeiten unter den Bauern gegenüber dem Adel abzubauen. Die jüdische Bevölkerung sollte in dieser Hinsicht eine Vermittlerrolle zwischen Adel und Bauern einnehmen. Vgl. Artur Eisenbach, *The Emancipation of the Jews in Poland, 1780-1870*, Oxford [u.a.] 1991, pp. 350-351.

<sup>122</sup> Vgl. Filip Friedmann, *Die galizischen Juden in den Jahren 1848-68*, Wien 1925, S. 109.

Ein weiterer Grund für das Ausbleiben antijüdischer Exzesse war eng mit dem Umstand verbunden, dass der deutsch-polnische Gegensatz nur einer von vielen Gegensätzen im galizischen „Völkerfrühling“ war und nicht den Stellenwert besaß, wie zur gleichen Zeit in den Posener Landen, wo der deutsch-polnische Antagonismus die Auseinandersetzungen dominierte. Freilich verhielt sich die deutsche Bevölkerung in Galizien, insbesondere der deutsch-böhmische Verwaltungsapparat, dem österreichischen Staat gegenüber loyal und stand obendrein den polnischen Forderungen ablehnend gegenüber, doch spielten die Deutschen eher eine marginale Rolle und wurden zunehmend von den Ruthenen, der zweitgrößten, wenn nicht der größten Ethnie in Galizien, ausmanövriert, die nun auch Forderungen an die Revolution stellten. Damit trat nun ein weiterer Akteur auf die politische Bühne, der die nationalen Verhältnisse in Galizien aus dem Gleichgewicht brachte. Im Umkehrschluss führte diese komplexe Situation aber nicht zu Gewaltausschreitungen gegenüber den galizischen Juden, obwohl Artur Eisenbach feststellte, dass solche überall dort stattfanden, wo die Juden am Fortgang der Revolution Anteil hatten und es zu einer antifeudalen Bauernbewegung kam.<sup>123</sup> Diese beiden Schlussfolgerungen Eisenbachs waren in Galizien gegeben, wie im nächsten Kapitel zur Politisierung der Juden noch ausführlicher zu analysieren sein wird, doch kam es in Galizien weder während der Bauerunruhen von 1846 noch im „Völkerfrühling“ zu Ausschreitungen gegen Juden, die denen in Posen vergleichbar gewesen wären.<sup>124</sup> Führte die Parteiergreifung der Posener Juden für die deutsche Seite zu Vergeltungsmaßnahmen seitens der Polen, so verdrängte in gewisser Weise der aufkommende polnisch-ukrainische Antagonismus nicht nur den Gegensatz zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung, sondern überlagerte auch die Judenfrage während der Revolution. Die Juden waren also nur eine von vielen Ethnien auf dem Gebiet der Habsburgermonarchie und so könnte man überspitzt formulieren, dass die Ruthenen/Ukrainer der prädestinierte Kontrahent für die Polen waren<sup>125</sup>, da die nationalen Forderungen beider Bevölkerungsgruppen miteinander kollidierten und die ruthenische Bewegung Loyalität gegenüber Österreich demonstrierte, während sich die galizischen Juden noch nicht als eigene Nation identifizierten und vorerst die Verwirklichung der Emanzipation das Hauptanliegen der aufgeklärten Juden war.

---

<sup>123</sup> Vgl. Artur Eisenbach, *The Emancipation of the Jews in Poland, 1780-1870*, Oxford [u.a.] 1991, p. 347.

<sup>124</sup> Vgl. Ebd., p. 349.

<sup>125</sup> Der Nationalitätenstreit zwischen Polen und Ukrainern wurde spätestens im Reichstag in Kremsier sichtbar, auf dem die Polen die Existenz einer ruthenischen Nation leugneten und sich daraufhin der Hass der Ukrainer auf die Polen verstärkte. Vgl. Rudolf Wagner, *Die Revolutionsjahre 1848/49 im Königreich Galizien-Lodomereien (einschließlich Bukowina)*, München 1983, S. 19-26.

## 4. Politisierung der Juden

### 4.1. Deutsch-Jüdische Kooperation in Posen

Im dritten Kapitel wurde bereits auf die Intervention der Juden zugunsten der preußischen Truppen in einigen Städten des Großherzogtums im Frühjahr des Jahres 1848 hingewiesen. Es wird nun interessant sein zu analysieren, ob sich eine deutsch-jüdische Kooperation auch auf politischer Ebene durchsetzte, oder aber unter den Posener Juden andere politische Tendenzen sichtbar wurden. Doch unabhängig davon, welcher Seite sie sich im deutsch-polnischen Konflikt anschließen sollten, in jedem Fall befanden sie sich in einer unangenehmen Situation, da die Parteinahme zugunsten der einen Seite gleichzeitig den Widerstand der anderen hervorrufen würde.

Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen den preußischen Truppen und den polnischen Aufständischen haben jedenfalls gezeigt, dass es den Juden offensichtlich nicht an Kampfbereitschaft mangelte, um gemeinsam mit den regulären Truppen gegen die polnischen Insurgenten vorzugehen. Davon zeugte allein schon der Eintritt in diverse Bürgerwehren, wengleich die Politik der Gewalt mehr die Ausnahme als die Regel bei der überwiegenden Mehrheit war. Stattdessen dürften sie wohl mehr um die Erhaltung von Ruhe und Ordnung besorgt gewesen sein und tendierten daher bevorzugt zum Konformismus<sup>126</sup>, anstatt den offenen Konflikt mit den Aufständischen zu suchen.

Die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung dürfte dann wohl auch mit ein Grund dafür gewesen sein, warum die Juden in den ersten Märztagen vorerst gemeinsam mit Deutschen und Polen in die Bürgerwehren eintraten, um weiterhin die Sicherheit auf den Straßen gewährleisten zu können. Die Beachtung von „Ordnung und Gesetzlichkeit“<sup>127</sup> genoss tatsächlich höchste Priorität und blieb während der stürmischen Ereignisse das Credo der jüdischen Revolutionäre, wie ein Artikel der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ Ende März deutlich machte.

Die Koalition mit Deutschen und Polen scheint nach dem bisherigen Verlauf der Revolution auf den ersten Blick zu verwundern, war anfänglich aber keine Seltenheit, wie die feierlichen Reden von deutschen, polnischen und jüdischen Referenten in der Öffentlichkeit zeigten.

---

<sup>126</sup> Vgl. Jacob Toury, Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland – Von Jena bis Weimar, Tübingen 1966, S. 85.

<sup>127</sup> Vgl. Allgemeine Zeitung des Judentums, Jahrgang 12 (1848), Heft 14, S. 204.

In einer dieser Reden hieß es dazu: „Nur einen Gott haben wir und als Kinder dieses einen Gottes wollen wir einander brüderlich die Hand reichen und ewige Freundschaft und Einheit schließen. Sei es Pole, Jude oder Deutscher! Alles sei von nun an gleich; kein Unterschied herrsche in dieser Provinz“<sup>128</sup>. Dass diese Worte nicht nur das Wunschdenken einzelner waren, sondern das Abbild des freundschaftlichen und respektvollen Verhaltens der drei ethno-konfessionellen Gruppen in Posen widerspiegelte, bewies auch das zahlenmäßige Verhältnis der aktiv in die Posener Bürgerwehr eingetretenen Personen, die gemäß der Nationalität aus 253 Polen, 216 Deutschen und 93 Juden bestand.<sup>129</sup> Ebenso gründeten Deutsche, Juden und Polen zunächst in vielen Ortschaften gemeinsame Komitees, wie aus den Namensverzeichnissen der jeweiligen Mitglieder hervorgeht.<sup>130</sup>

Der Beitritt der Juden war dabei weniger von revolutionären Vorstellungen oder gar Umsturzversuchen geleitet, als vielmehr von der Aussicht auf völlige Gleichstellung.<sup>131</sup> Die Hoffnungen auf eine rechtliche Gleichstellung schienen durchaus berechtigt zu sein, nachdem die „Gazeta Polska“, das Presseorgan des Polnischen National-Komitees, am 22. März zuerst in polnischer<sup>132</sup> und danach in deutscher Sprache<sup>133</sup> den Juden die vollständige Emanzipation versprach.

Doch dazu sollte es zunächst einmal nicht kommen<sup>134</sup>, stattdessen hatte man eher das Gefühl, die Zusage der Gleichberechtigung diene als Mittel zum Zweck, um die Juden hinsichtlich der ersten vereinzelt Ausschreitungen nicht zu beunruhigen und sie obendrein für den Aufstand zu gewinnen. Diese Sichtweise würde auch das weitere Verhalten der Polen im Nationalkomitee erklären, die den Juden den Zutritt zum selbigen damit verweigerten, als dass es sich hierbei um eine rein polnische Angelegenheit handelte, nämlich die Unabhängigkeit Polens wiederherstellen zu wollen.<sup>135</sup>

---

<sup>128</sup> Der Orient, Jahrgang 9 (1848), Heft 16, S. 126.

<sup>129</sup> Vgl. Stefan Kieniewicz, *Spółczesność polskie w powstaniu poznańskim 1848 roku*, Warszawa 1935, S. 110f., Anm. 59.

<sup>130</sup> Bolesław Grześ/Jerzy Kozłowski/Aleksander Kramski, *Niemcy w Poznańskim wobec polityki germanizacyjnej 1815-1920*, Poznań 1976, S. 90.

<sup>131</sup> Vgl. Sophia Kemlein, *Die Posener Juden 1815-1848*, Hamburg 1997, S. 310f.

<sup>132</sup> *Gazeta Polska*, 22. März 1848, Nr 1, S. 2.

<sup>133</sup> *Gazeta Polska*, 25. März 1848, Nr 3, S. 10, Die deutsche Version findet sich ebenso im Anhang der Arbeit auf Seite 88.

<sup>134</sup> Erst durch die preußische Verfassung vom 5.12.1848 wurde die vorläufige Rechtsgleichheit aller in Preußen lebenden Juden verwirklicht. Vgl. dazu Seite 73 und Anm. 266 in dieser Arbeit.

<sup>135</sup> Sophia Kemlein, *Die Posener Juden 1815-1848*, Hamburg 1997, S. 310.

Trotz des öffentlichen Appells sich dem Aufstand anzuschließen, war eine Beteiligung der Juden im Nationalkomitee von polnischer Seite anscheinend dann doch nicht wünschenswert, anders ist diese Absage wohl nicht zu erklären. Die Möglichkeit einer polnisch-jüdischen Kooperation auf höchster nationaler Ebene wurde damit leichtfertig vertan.<sup>136</sup> Die freundschaftliche Atmosphäre und allgemeine Verbrüderung, die zu Beginn des Aufstandes lebhaft praktiziert wurde, bekam also nach nur wenigen Tagen erste Brüche, woran die Polen durch ihr Verhalten nicht ganz unschuldig waren.

Die ablehnende Haltung gegenüber einem jüdischen Engagement in der politischen Führung war in seiner Umsetzung aber nur konsequent, wenn man davon ausgeht, dass antijüdische Tendenzen und Haltungen innerhalb der polnischen Gutsbesitzer, der Intelligenz und des wohlhabenden Bürgertums eine Rolle spielten. Über die Voreingenommenheit bei Jędrzej Moraczewski gegenüber den Posener Juden, Mitglied des Polnischen Nationalkomitees, wurde bereits im vorangegangenen Kapitel hingewiesen.<sup>137</sup>

Darüber hinaus war ein negatives Judenbild in der „Gazeta Polska“ nicht zu übersehen, wie die nachfolgenden Artikel bestätigen sollten. Chefredakteur dieser vom Nationalkomitee in Posen herausgegebenen Tageszeitung war Hipolit Cegielski<sup>138</sup>. Am 5. April 1848 erschien darin ein Aufsatz, in dem den Juden der Vorwurf gemacht wurde, dass „der Handel nur in jüdischer Hand sei“ und sie „pausenlos Geld zählen“<sup>139</sup> würden. An anderer Stelle wurde ihnen auch Undankbarkeit und eine sehr „unfreundliche Wesensart“ unterstellt, da sie anscheinend vergessen haben, dass „polnisches Brot sie nährt und es polnische Luft sei, die sie atmen“<sup>140</sup>. Die negativen Ressentiments vom jüdischen Unternehmer, der einzig nach Profit strebte, wurden hier ebenso wiederbelebt, wie die Erinnerung daran, dass es das mittelalterliche Polen war, das ihnen eine neue Heimat gewährte mitsamt den königlichen Schutzprivilegien.

Die an dieser Stelle zitierten Artikel verdeutlichen das einseitige Bild von den Juden, das mittlerweile tief im Bewusstsein der polnischen Bevölkerung verwurzelt zu sein schien, da es selbst im Parteiorgan des Nationalkomitees kolportiert wurde.

---

<sup>136</sup> Vgl. Krzysztof Makowski, *Żydzi wobec Wiosny Ludów w Wielkim Księstwie Poznańskim*, in: Jerzy Topolski (red.), *Żydzi w Wielkopolsce na przestrzeni dziejów*, Poznań 1999, S. 164.

<sup>137</sup> Vgl. Anm. 99.

<sup>138</sup> Er war Philologe, Industrieller und gesellschaftlicher Aktivist. 1848 gründete er die erste Tageszeitung in Posen und war als Deputierter in der Preußischen Nationalversammlung 1849 tätig. Vgl. Antoni Gąsiorowski (red.), *Wielkopolski słownik biograficzny*, Polskie Towarzystwo Historyczne, Wyd. 1, Warszawa [u.a.] 1981, S. 93f.

<sup>139</sup> *Gazeta Polska*, 5. April 1848, Nr 12, S. 43.

<sup>140</sup> Ebd., S. 43.

Dass es überhaupt so weit kommen konnte, war nach den anfänglichen Verbrüderungsszenen so nicht unbedingt zu erwarten, wurde von polnischer Seite aber billigend in Kauf genommen. Es würde jedoch den Tatsachen nicht vollständig entsprechen, wollte man ausschließlich die Polen für die Verschlechterung der gegenseitigen Beziehung verantwortlich machen. Die Wiederbelebung der entstellten Vorurteile in der „Gazeta Polska“ waren ebenso Ausdruck der Enttäuschung, Erbitterung und vielleicht auch von Wut über die passive Haltung der Juden gegenüber den polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen, da sie allem Anschein nach lediglich die Deutschen im Posener Land unterstützten, anstatt gemeinsam mit den Polen zu den Waffen zu greifen.

Das Verhalten der Posener Juden während der revolutionären Ereignisse bewirkte also im Wesentlichen die Wahrnehmung durch die polnische wie deutsche Öffentlichkeit<sup>141</sup>, die bei den Polen inzwischen fast überall negativ zu sein schien, denn mittlerweile traten die politisch Aktiven unter den Posener Juden verstärkt den von Deutschen geleiteten Organisationen bei. Die deutsche Seite gründete bereits am 23. März ihr eigenes Nationalkomitee in Posen, das im Gegensatz zum Polnischen auch jüdische Mitbürger willkommen hieß. Zu ihren ersten Mitgliedern gehörten der Korporationsvorsteher Eduard Kaatz<sup>142</sup> sowie der Arzt Sigmund Hantke<sup>143</sup>, die am 27. März aufgenommen wurden. Als Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde verfügte Kaatz zu diesem Zeitpunkt schon über politische Erfahrung in der Stadt Posen, da er bereits 1845/46 dem Magistrat angehörte und in diesem länger als 30 Jahre tätig war. Die Aufnahme der Juden als gleichwertige Mitglieder war sicher eine unmittelbare Reaktion auf die Zurückweisung durch das Polnische Nationalkomitee, aber nicht der einzige Grund dafür, weshalb die Juden nun vermehrt eine deutsch-jüdische Zusammenarbeit befürworteten. Die Herstellung der friedlichen Ordnung und das damit verbundene Ziel, die polnische Bewegung schnellstmöglich wieder einzudämmen, sollte an dieser Stelle genauso wenig unerwähnt bleiben<sup>144</sup> wie die Nachricht des preußischen Königs am 24. März, die zur verstärkten Kooperation mit den Deutschen führten.

---

<sup>141</sup> Vgl. Witold Molik, Die Posener Juden in der Sicht polnischer Memoiren und Zeitschriften (1848-1890). Ausgewählte Probleme, in: Hans-Jürgen Bömelburg (Hrsg.), „Der Fremde im Dorf“ Überlegungen zum Eigenen und zum Fremden in der Geschichte, Lüneburg 1998, S. 131.

<sup>142</sup> Vgl. Stefi Wenzel, Jüdische Bürger und kommunale Selbstverwaltung in preussischen Städten 1808-1848, Berlin 1967, S. 194, Vgl. A.L., [Emile Zola ; Eduard Kaatz ; Dr. Oertel ; Dr. Stöcker ; W. Bruhn ; Dr. Bötticher ; Dr. H. M. Cohn], in: Im deutschen Reich, Jahrgang 8, (1902) Nr. 10, S. 561.

<sup>143</sup> Vgl. Der Orient, Jahrgang 9 (1848), Heft 16, S. 126.

<sup>144</sup> Vgl. Krzysztof Makowski, Żydzi wobec Wiosny Ludów w Wielkim Księstwie Poznańskim, in: Jerzy Topolski (red.), Żydzi w Wielkopolsce na przestrzeni dziejów, Poznań 1999, S. 155f.

In dieser Kabinettsordre sicherte König Friedrich Wilhelm IV. den Polen die nationale Reorganisation im Großherzogtum zu, was unter den Deutschen und Juden gleichermaßen Angst auslöste, die darin ihre zukünftige Position in einem von Polen regierten Königreich gefährdet sahen.<sup>145</sup> Dieser Entwicklung galt es nun gemeinsam entgegen zu wirken und so kam es an vielen Orten zum Beitritt in deutsche Abwehrorganisationen. Deutsch-jüdische Bürgerwehren sind für die Städte Lissa, Krotoschin, Schubin, Schwersenz und Filehne belegt.<sup>146</sup> Der weitaus größere Teil aber verzichtete auf den Gebrauch der Waffe und beteiligte sich stattdessen an politischen Vereinigungen zur Abwehr der drohenden Polonisierung.

Aus diesem Grund verwundert es nicht, dass die vom preußischen König in Aussicht gestellte Reorganisation auf der politischen Agenda vieler deutsch-jüdischer Magistrate stand und nun in gemeinsamen Petitionen verlangten, von der Zusage an die Polen abzusehen. In der Stadt Lissa verfassten die Abgeordneten des Magistrats eine Petition, in der sie sich ausdrücklich gegen die Reorganisation aussprachen und stattdessen die Vereinigung mit der deutschen Provinz Schlesien bejahten.<sup>147</sup> An der Abfassung dieser Bittschrift war auch Eduard Kaatz beteiligt, der neben seiner Tätigkeit im Deutschen Nationalkomitee zusätzlich das Amt des Stadtrats von Lissa ausübte. Weiterhin kam es in Lissa zur Gründung des „Vereins zur Wahrung der deutschen Interessen in der Provinz Posen“, bei dem die Juden regen Anteil nahmen.<sup>148</sup> Aus Strelno wurde ebenfalls eine Petition an den Vereinigten Preußischen Landtag geschickt, mit dem ausdrücklichen Wunsch, die Provinz Posen in den Deutschen Bund aufzunehmen. Diese unterzeichneten weit mehr als hundert deutsche und jüdische Personen.<sup>149</sup> Die Reorganisation wurde auch bei den Bewohnern der Stadt Samter diskutiert, die eine Bittschrift an den König richteten und darin ebenfalls einen Anschluss an das „Vaterland“ forderten. Inwieweit allerdings die Juden daran beteiligt waren, geht aus dem Bericht nicht eindeutig hervor.<sup>150</sup>

---

<sup>145</sup> Vgl. Krzysztof Makowski, Żydzi wobec Wiosny Ludów w Wielkim Księstwie Poznańskim, in: Jerzy Topolski (red.), Żydzi w Wielkopolsce na przestrzeni dziejów, Poznań 1999, S. 155.

<sup>146</sup> Vgl. Jacob Toury, Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland – Von Jena bis Weimar, Tübingen 1966, S. 52.

<sup>147</sup> Die Petition des Magistrats und der Stadtverordneten für Trennung des Kreises Fraustadt von der Provinz Posen und Vereinigung mit Schlesien ist abgedruckt in: Hans Booms (Hrsg.), Deutsche und Polen in der Revolution 1848-1849 – Dokumente aus deutschen und polnischen Archiven, Schriften des Bundesarchivs 37, Boppard am Rhein 1991, S. 217-219.

<sup>148</sup> Aaron Heppner/Isaak Herzberg, Aus Vergangenheit und Gegenwart der Juden und der jued. Gemeinden in den Posener Landen, nach gedruckten und ungedruckten Quellen, Band 2, Koschmin/Bromberg 1904, S. 609.

<sup>149</sup> Sophia Kemlein, Die Posener Juden 1815-1848, Hamburg 1997, S. 312.

<sup>150</sup> Heinrich Wuttke, Städtebuch des Landes Posen. Codex diplomaticus. Allgemeine Geschichte der Städte im Lande Posen. Geschichtliche Nachrichten von 149 Einzelnen Städten, Leipzig 1877, S. 431.

Eindeutig kann hingegen die Petition an die Nationalversammlung in Frankfurt mit der Forderung, die Wahrung des deutschen Charakters der Posener Lande aufrecht zu erhalten, den Posener Juden zugerechnet werden, da sie weit über hunderte jüdische Unterschriften trug.<sup>151</sup>

Alles in allem kam es in 28 Städten<sup>152</sup> nachweislich zu einem aktiven Eingreifen, sei es durch die Teilnahme der Juden auf administrativer Ebene, oder auch außerhalb der Verwaltung. Wie viele Juden tatsächlich am lokalen politischen Geschehen in der Provinz teilnahmen, kann wohl nicht immer genau festgestellt werden, dennoch bezifferte Toury die Zahl auf 39 Aktive<sup>153</sup>, deren Betätigungsfelder<sup>154</sup> sehr vielseitige Aufgaben umfassen konnten. Am bewaffneten Widerstand in Posen waren lediglich 10 Juden<sup>155</sup> beteiligt, wobei unklar bleibt, ob es sich dabei um die Stadt oder die gesamte Provinz handelte. Weiters geben die Zahlen keine Auskunft darüber, ob es sich bei den aufgelisteten Teilnehmern ausschließlich um deutsche Parteigänger handelte, oder sie für den polnischen Aufstand eintraten.

Belege für ein aktives Engagement für die Polen gab es – wie weiter unten noch festzustellen sein wird – wenngleich dieses unter den Historiker/innen bisher kaum Berücksichtigung fand. Die an der Stelle angeführten Zahlen lassen erst dann Rückschlüsse auf das tatsächliche Engagement der Juden zu, wenn die Gesamtzahl der Posener Juden mitberücksichtigt wird. Diese umfasste für das Jahr 1848 insgesamt 76.757 Personen.<sup>156</sup> Die Politisierung der Posener Juden fiel dann doch sehr gering aus, da davon gerade einmal 49 an der Revolution beteiligt waren, wenn die Zahlen von Toury als Maßstab herangezogen werden.

---

<sup>151</sup> Vgl. Jacob Toury, *Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland – Von Jena bis Weimar*, Tübingen 1966, S. 52.

<sup>152</sup> Die Anzahl der Städte bezieht sich auf die gesamte Teilnahme jüdischer Bürger am Stadtgeschehen im Großherzogtum Posen, und umfasst daher nicht nur den Zeitraum von 1848. Die in dieser Statistik aufgeführten Städte wiesen für das Jahr 1848 nicht alle mindestens einen jüdischen Stadtverordneten auf, insofern die Zahl nicht korrekt wäre. Erst durch einen Abgleich mit dem Städtebuch des Landes Posen von Heinrich Wuttke und den Ausführungen von Heppner/Herzberg ist es mir gelungen, zumindest für jede dieser Stadt eine pro-deutsche Anteilnahme der Juden nachzuweisen. Die statistische Übersicht dazu findet sich in: Stefi Wenzel, *Jüdische Bürger und kommunale Selbstverwaltung in preussischen Städten 1808-1848*, Berlin 1967, S. 205-215.

<sup>153</sup> Jacob Toury, *Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland – Von Jena bis Weimar*, Tübingen 1966, S. 320.

<sup>154</sup> Wahlmänner und sonstige Aktivitäten bei Wahlen, Bürgervereine, politische Klubs, Bürgerwehren, Delegationen und Kommissionen, Munizipalämter, Lokalpresse und Arbeitervereine zählte Toury zu den Betätigungsfeldern der Lokalpolitiker für das Jahr 1848. Ebd., S. 66.

<sup>155</sup> Ebd., S. 66.

<sup>156</sup> Vgl. Zygmunt Zieliński, *Kościół katolicki w Wielkim Księstwie Poznańskim w latach 1848-1865*, TNKUL 34, Lublin 1973, S. 33.

Auch wenn mir die Zahlen nach den ausführlichen Studien ein wenig zu gering erscheinen, am Gesamtergebnis ändert dies nichts, wonach die Juden mehr durch Passivität von sich reden machten, als durch ihre unmittelbare Beteiligung. Durch Passivität zeichneten sich vor allem diejenigen Juden aus, die dem traditionellen Milieu hinzugerechnet werden müssen. Sie zeigten wenig bis gar kein Interesse an politischen Veränderungen, weshalb sie den revolutionären Ereignissen auch oftmals innerlich unbeteiligt gegenüberstanden.<sup>157</sup>

Nach Krzysztof Makowski unterstützte die Mehrheit der Juden keine der beiden Parteien und wahrte im deutsch-polnischen Konflikt Neutralität.<sup>158</sup> Doch wer waren nun die aktiven Teilnehmer, die auf kommunaler Ebene die Deutschen unterstützten?

In erster Linie waren es Vertreter der wohlhabenden Schichten und der Intelligenz, die als Korporationsvorsteher und Magistrate schon vor der Revolution wichtige Ämter in Gemeinde und Stadt inne hatten, Personen also, die in ihrer Akkulturation ans Deutschtum am weitesten fortgeschritten waren. Dass den Posener Juden überhaupt die Möglichkeit geboten wurde, als Lokalpolitiker tätig zu sein, war nicht zuletzt das Ergebnis der preußischen Judenpolitik: 1831 wurde die revidierte Städteordnung eingeführt, infolgedessen die Juden im Großherzogtum Posen zum ersten Mal politische Rechte wahrnehmen konnten.<sup>159</sup>

Der Einzug in die Stadtvertretungen wurde aber ausdrücklich nur den naturalisierten Juden gewährt, den Geduldeten hingegen nicht. Somit bot das Naturalisationsverfahren den Behörden von vornherein die Möglichkeit, eine Auswahl darüber zu treffen, wer als geeigneter Kandidat für die Stadtverordnetenversammlung in Frage kam.<sup>160</sup> Vor diesem Hintergrund existierte bereits eine deutsch-jüdische Kooperation auf politischer Ebene, noch ehe das Großherzogtum Posen von der Revolution erschüttert wurde. Und tatsächlich sahen die preußischen Beamten in den jüdischen Stadtverordneten Verbündete.<sup>161</sup>

---

<sup>157</sup> Vgl. Reinhard Rürup, *The European Revolutions of 1848 and Jewish Emancipation*, in: Werner E. Mosse/Arnold Paucker/Reinhard Rürup (Hrsg.), *Revolution and Evolution. 1848 in German-Jewish History*, Schriftenreihe LBI 39, Tübingen 1981, p. 30.

<sup>158</sup> Vgl. Krzysztof Makowski, *Żydzi wobec Wiosny Ludów w Wielkim Księstwie Poznańskim*, in: Jerzy Topolski (red.), *Żydzi w Wielkopolsce na przestrzeni dziejów*, Poznań 1999, S. 161.

<sup>159</sup> Eine Ausnahme bildete Bromberg, wo die Städteordnung schon 1808 eingeführt wurde. In 50 weiteren Städten wurde dieses Statut nacheinander in den dreißiger und vierziger Jahren eingeführt. Eine Übersicht dazu findet sich in: Karl Heink Streiter, *Die nationalen Beziehungen im Großherzogtum Posen (1815-1848)*, Bern [u.a.] 1986, S. 174.

<sup>160</sup> Vgl. Sophia Kemlein, *Die Posener Juden 1815-1848*, Hamburg 1997, S. 269.

<sup>161</sup> Eine deutsche Mehrheit wurde in der Stadtverordnetenversammlung in Posen erst durch die Mitwirkung der Juden gesichert. 1846 wurden Ludwig Neustadt und Eduard Kaatz zu Stadtverordneten gewählt. Vgl. Karl Heink Streiter, *Die nationalen Beziehungen im Großherzogtum Posen (1815-1848)*, Bern [u.a.] 1986, S. 118.

Die Kooperation war während des Jahres 1848 somit mancherorts mehr eine Fortsetzung der bisherigen Zusammenarbeit als eine vornehmlich durch die Revolution ausgelöste Konstellation. In diesem Zusammenhang muss dann wohl auch die Ernennung von Eduard Kaatz ins Deutsche Nationalkomitee betrachtet werden, der seit 1846 das Amt des Stadtverordneten in Posen ausübte.

Nach Auswertung dieser Ergebnisse wäre es nunmehr verfehlt zu glauben, die Posener Juden hätten allerorts Partei für die deutsche Seite ergriffen, auch wenn die deutsch-jüdische Perspektive sowie die polnische Berichterstattung genau dieses zu vermitteln versuchte. Die ältere jüdische Literatur in persona von Heppner/Herzberg hob nur das Eintreten der Posener Juden für die deutsche Seite hervor und glorifizierte dasselbe als generelle Haltung aller Israeliten. Diese Sichtweise resultierte aus den Überzeugungen der Autoren, da Heppner als Rabbiner in Koschmin und Herzberg als Lehrer in Bromberg nachweislich starke Befürworter einer Akkulturation ans Deutschtum waren.<sup>162</sup>

Auf polnischer Seite wiederum reichte bereits die pro-deutsche Parteinahme in den knapp über zwei Dutzend Ortschaften aus, um nun allen Posener Juden eine deutsche Gesinnung zu unterstellen. Davon, dass die Mehrzahl während der deutsch-polnischen Auseinandersetzungen eine pro-deutsche Einstellung eingenommen hatte, waren zumindest die Publizisten und Memoirenschreiber auf polnischer Seite überzeugt, die dies in zum Teil übertriebener und polemischer Darstellung zum Gegenstand ihrer Beurteilung machten.<sup>163</sup> Die Mehrzahl der polnischen Autoren bescheinigte daraufhin den Juden eine antipolnische Grundhaltung, weshalb die neutrale und pro-polnische Haltung in den meisten Berichten eher marginalisiert wahrgenommen wurde.<sup>164</sup> Tatsächlich aber pflegte ein Teil der Posener Juden den Polen und ihren Zielsetzungen gegenüber keine abneigende Gesinnung, wie die polenfreundlichen Bekundungen zu Beginn des Aufstandes bereits zeigten. Insbesondere kann es in jenen Kreisen der Provinz zu einer pro-polnischen Haltung, in der die polnische Bevölkerung ein zahlenmäßiges Übergewicht zu den Deutschen hatte und es den Aufständischen hier gelang, für kurze Zeit die Macht zu übernehmen. Dies traf vor allem für die östlichen und südlichen Bezirke des Großherzogtums zu.

---

<sup>162</sup> Ausgewählte Beispiele der pro-deutschen Sichtweise: „In den nationalen Bestrebungen des Jahres 1848 nahmen die Juden regen Anteil und fühlten sich stets und überall als Deutsche. Trotz drohender Gefahren standen sie unentwegt zum Deutschtum. Wir wollen kein Polentum, wir sind Preußen. Wo sie nur konnten, traten die Juden den Deutschen zur Hilfe“. Heppner/Herzberg, *Posener Lande*, S. 239 und 240.

<sup>163</sup> Vgl. Witold Molik, *Die Posener Juden in der Sicht polnischer Memoiren und Zeitschriften (1848-1890). Ausgewählte Probleme*, in: Hans-Jürgen Bömelburg (Hrsg.), „Der Fremde im Dorf“ Überlegungen zum Eigenen und zum Fremden in der Geschichte, Lüneburg 1998, S. 131.

<sup>164</sup> Vgl. Krzysztof Makowski, *Żydzi wobec Wiosny Ludów w Wielkim Księstwie Poznańskim*, in: Jerzy Topolski (red.), *Żydzi w Wielkopolsce na przestrzeni dziejów*, Poznań 1999, S. 158.

In diesen Gebieten waren die Juden bereit, auch aktiv den lokalen polnischen Komitees beizutreten, da sie sich eher von den aufständischen Polen eine Verbesserung ihrer Lage erhofften als von der preußischen Politik. Nachdruck verlieh diesem Ansinnen ein Korrespondent des „Orient“, der bedauerte, „daß die Lissaer Israeliten es wagten, den dasigen Polen, Edelleuten als Bauern ihre National-Kokarden gewaltsam wegzureißen [...]. Schade, daß die Lissaer Juden sich so gut als patriotische Preußen zeigen. Würden sie das früher bewiesen haben, [...] und der Preuße hätte sie noch mehr unterdrückt“<sup>165</sup>.

Vermutlich löste das Versprechen des Polnischen Nationalkomitees, den Juden das völlige Bürgerrecht<sup>166</sup> zu gewähren, bei einem Teil der Posener Juden Begeisterung aus. Die Polen stellten den Juden für den Moment jedenfalls ihre rechtliche Gleichberechtigung in Aussicht, für die es sich lohnte, die aufständischen Polen zu unterstützen, anders war die polnisch-jüdische Zusammenarbeit auf lokaler Ebene nicht zu erklären.

Kemlein wies anhand der Mitgliederverzeichnisse sämtlicher Lokalkomitees für das Jahr 1848<sup>167</sup> nach, dass insgesamt 18 Juden ausschließlich in polnischen Komitees tätig waren.<sup>168</sup> Eigens dafür verglich sie die Namen der Komitee-Mitglieder mit den preußischen Naturalisationslisten dieser Zeit und identifizierte so die Lokalpolitiker als Juden. Allerdings sollte zu bedenken geben, dass die bloße Erwähnung der Namen noch keine Garantie dafür ist, dass diese Personen dann auch tatsächlich für polnische Belange eintraten, entsprechende Schriftstücke oder Petitionen sind jedenfalls nicht überliefert. Außerdem darf bezweifelt werden, ob tatsächlich alle Komitee-Mitglieder für das Jahr 1848 in Großpolen korrekt erfasst wurden.<sup>169</sup> Weiterhin scheint ein Abgleich mit Naturalisationslisten unvollständig zu sein, da es für die polnischen Lokalpolitiker irrelevant war, ob ein jüdisches Mitglied bereits im Besitz eines Naturalisationspatents war oder nicht. Demzufolge muss davon ausgegangen werden, dass sich hinter den über 650 Namen, die sich auf 70 Lokal-Komitees verteilten<sup>170</sup>, auch jene Juden verbergen, die die preußische Regierung als „Geduldete“ oder nicht Naturalisierte

---

<sup>165</sup> Der Orient, Jahrgang 9 (1848), Heft 16, S. 126.

<sup>166</sup> Vgl. S. 38 und Anm. 133.

<sup>167</sup> Eine Übersicht der Komitee-Mitglieder, die mit ihrem vollständigen Namen, ihrem Berufsstand und dem entsprechenden Ort erfasst wurden, findet sich bei: Franciszek Paprocki, Wykazy imienie członków powiatowych i lokalnych komitetów narodowych w Wielkopolsce w 1848 r., in: Kronika Miasta Poznania: kwartalnik poświęcony sprawom kulturalnym miasta Poznania: organ Towarzystwa Miłośników Miasta Poznania 1948 R.21 Nr 1, S. 32-49.

<sup>168</sup> Vgl. Sophia Kemlein, Die Posener Juden 1815-1848, Hamburg 1997, S. 313.

<sup>169</sup> Der jüdische Arzt Mathias aus Schroda fehlte in der Liste von Paprocki, allerdings war er nachweislich Mitglied des örtlichen Komitees. Das Fehlen weiterer Personen kann somit nicht ganz ausgeschlossen werden. Vgl. Eduard Stocki, Udział lekarzy żydowskich w powstaniu poznańskim 1848 r., in: Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego, Nr 11-12 (1954), S. 116.

<sup>170</sup> Vgl. Franciszek Paprocki, Wykazy imienie członków powiatowych i lokalnych komitetów narodowych w Wielkopolsce w 1848 r., in: Kronika Miasta Poznania: kwartalnik poświęcony sprawom kulturalnym miasta Poznania: organ Towarzystwa Miłośników Miasta Poznania 1948 R.21 Nr 1, S. 30.

einstufte. Daher dürfte die Zahl von 18 Juden vermutlich zu gering sein, auch wenn die „Geduldeten“ kaum zu identifizieren sind. Nachweisbar war hingegen die Teilnahme neun jüdischer Ärzte am polnischen Aufstand, die auf unterschiedliche Art und Weise die Polen unterstützten. Von diesen waren insgesamt vier als Mitglieder in den örtlichen Kreiskomitees der Polen tätig. Im Einzelnen waren dies Dr. Marcus Mosse in Graetz, Ehrlich Loebel in Jarotschin, Juliusz Catt in Gostyn und schließlich Mathias in Schroda.

Die anderen fünf jüdischen Ärzte waren nur insofern am Aufstand involviert, als dass sie vornehmlich die Verwundeten polnischen Soldaten medizinisch versorgten oder Gefallenen obduzierten.<sup>171</sup> In diesen Tätigkeiten glaubten die Preußen bereits ein patriotisches Verhalten der jeweiligen Ärzte erkannt zu haben, die im Fall des in Xions operierenden Arztes Zygmunt Dembitz sogar zur vorübergehenden Verhaftung führte. Das gleiche Schicksal widerfuhr Mosse.<sup>172</sup>

Inwieweit die angeführten Mediziner aber tatsächlich aus Überzeugung für die polnische Sache eintraten, kann abschließend wohl nur bei Mosse als zuverlässig nachgewiesen werden, da er neben seiner politischen Tätigkeit auch als Barrikadenkämpfer in Erscheinung trat. Am 28. April nahm er persönlich am Gefecht in Gostyn teil, sodass er zu Recht als einer der wenigen Juden mit polonophilen Neigungen im Großherzogtum Posen galt, der für die Ideen und Ideale des polnischen Freiheitskampfes auch bereit war, sein Leben zu opfern.<sup>173</sup>

Die anderen Ärzte, die sich vorwiegend um Verwundete und Verletzte sorgten, handelten vermutlich mehr aus „moralischen“ und religiösen Motiven, als aus nationalem Empfinden, da einerseits die Ausübung ihres Berufes und andererseits das religiöse Gebot sie zur Erhaltung von Menschenleben verpflichtete.<sup>174</sup> Dennoch war es kein Zufall, dass überdurchschnittlich viele Mediziner am polnischen Freiheitskampf beteiligt waren, da sie in Großpolen auch unter der polnischen Bevölkerung eine große Wertschätzung erfuhren und darüber hinaus mehr Freiheiten genossen als ihre Glaubensbrüder.

---

<sup>171</sup> Vgl. Eduard Stocki, *Udział lekarzy żydowskich w powstaniu poznańskim 1848 r.*, in: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego*, Nr 11-12 (1954), S. 111-120.

<sup>172</sup> Vgl. Ebd., S. 118 und 114.

<sup>173</sup> Die Polenbegeisterung von Markus Mosse gilt es auch deshalb hervorzuheben, da die Familie Mosse der anschauliche Beweis für die Emanzipation, Akkulturation und des Aufstiegs einer jüdischen Bürgerfamilie in Deutschland war, die obendrein eine Reihe von Wirtschafts- Geistes- und Kulturwissenschaftlern hervor brachte. Markus Mosse war trotz seiner vollzogenen Assimilation ans Deutschtum bereit, für den polnischen Unabhängigkeitskampf einzutreten. Das eine schloss das andere nicht zwangsläufig aus. Vgl. Elisabeth Kraus, *Die Familie Mosse – Deutsch-jüdisches Bürgertum im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1999, S. 62f., Vgl. Werner E. Mosse, *Rudolf Mosse and the House of Mosse 1867-1920*, in: *Leo Baeck Institute Year Book* 4 (1959), p. 238, Anm. 2.

<sup>174</sup> Monika Richarz, *Der Eintritt der Juden in die akademischen Berufe – Jüdische Studenten und Akademiker in Deutschland 1678-1848*, Schriftenreihe LBI 28, Tübingen 1974, S. 11.

Ihnen wurde gestattet auch außerhalb der sogenannten „Judenstädte“ Land zu erwerben, was umfangreichere Kontakte zu allen sozialen Schichten zur Folge hatte<sup>175</sup>, die nachhaltig bei dem einen oder anderen Mediziner vermutlich eine pro-polnische Gesinnung ausgelöst haben mag. Begünstigt wurde diese Entwicklung nicht zuletzt durch die preußische Regierung selbst: Da es im Großherzogtum an qualifizierten Ärzten mangelte, bemühte sie sich fortan, durch eine gezielte Politik diesem Problem Herr zu werden. In der Folge siedelten viele jüdische Ärzte aus den alten Provinzen Preußens nach Posen über oder machten von der Möglichkeit der Naturalisation Gebrauch, was eine Erhöhung der jüdischen Mediziner nach sich zog.<sup>176</sup>

Es ist schon fast eine Ironie des Schicksals, dass ausgerechnet die von der preußischen Regierung zur Niederlassung in Posen ermutigten Ärzte, sich im Revolutionsjahr den Aufständischen zur Verfügung stellten, da nur einer der neun Ärzte, Eliaz Wachtel, nachweislich aus den Posener Landen stammte.<sup>177</sup> Aus diesem Grund gilt es als wahrscheinlich, wenn auch nicht nachweisbar, dass die Mehrzahl der genannten Ärzte schon vor ihrer Übersiedlung mit der deutschen Polenbegeisterung in Berührung kamen, die im vormärzlichen Deutschland nicht nur in liberalen Kreisen anzutreffen war.<sup>178</sup> Dies wäre zumindest ein weiteres Argument für ihre Teilnahme zugunsten der polnischen Seite.

Die Gründe für das polnische Engagement aller am Aufstand beteiligten Juden werden allgemein mit der Hoffnung auf Freiheit und Gleichheit in Verbindung gebracht, die bei den externen Ärzten, insbesondere aber bei Markus Mosse, in erster Linie für die Polen gewonnen werden sollten, während die jüdischen Belange erst einmal ins Hintertreffen gerieten.

---

<sup>175</sup> Vgl. Louis Lewin, Jüdische Aerzte in Grosspolen, in: Jahrbuch der Jüdisch-Literarischen Gesellschaft 9 (1911), S. 383.

<sup>176</sup> Vgl. Monika Richarz, Der Eintritt der Juden in die akademischen Berufe – Jüdische Studenten und Akademiker in Deutschland 1678-1848, Schriftenreihe LBI 28, Tübingen 1974, S. 175f.

<sup>177</sup> Der aus Gostyn stammende Eliaz Wachtel versorgte nicht nur die Aufständischen mit Medizin, sondern beteiligte sich auch an der Befreiung des Generals Kruk-Heldenreich aus dem Gefängnis in Gostyn im Jahr 1863. Derartige Aktionen sind von ihm für das Jahr 1848 nicht überliefert. Vgl. Eduard Stocki, Udział lekarzy żydowskich w powstaniu poznańskim 1848 r., in: Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego, Nr 11-12 (1954), S. 120.

<sup>178</sup> Die deutsche Polenbegeisterung wurde nicht zuletzt im Zuge der Niederschlagung des polnischen Novemberaufstands 1830/31 entfacht, die eine Welle der Emigration nach Westeuropa, vor allem nach Frankreich, auslöste. Mehr als 9.000 Personen flüchteten in der „Großen Emigration“ vor russischen Repressalien und wurden in den deutschen Ländern mit Sympathiebekundungen empfangen, was nachhaltig zur Gründung einer Reihe von Polenvereinen führte. Die Polenfreundschaft wurde realpolitische Wirklichkeit und erreichte mit dem Hambacher Fest 1832 ihren Höhepunkt. Vgl. Hans Schenk, Deutsch-polnische Beziehungen 1831 bis 1848, in: Friedrich P. Kahlenberg (Hrsg.), Aus der Arbeit der Archive, Schriften des Bundesarchivs 36, Boppard am Rhein 1989, S. 685-687.

Ein jüdischer Korrespondent der „Gazeta Polska“ war davon überzeugt, dass Freiheit und Gerechtigkeit nur in einem zukünftigen Polen gesichert seien, weshalb er seine Glaubensbrüder zur Unterstützung der Polen ermutigte.<sup>179</sup> Das Gleiche galt allerdings ebenso für diejenigen unter den Posener Juden, die die deutsche Seite unterstützten, da sie zu der Überzeugung gelangt waren, die Gleichberechtigung am ehesten unter preußischer Herrschaft zu erlangen.

Im Ergebnis aber fiel das jüdische Engagement zugunsten der Polen somit nicht so geringfügig aus, wie es in der Literatur so häufig dargestellt wurde. Allein die Zahl der am Revolutionsgeschehen beteiligten Juden zeigte, dass etwa 27 von ihnen eine mehr oder weniger ausgeprägte pro-polnische Tendenz erkennen ließen; diejenige hin zur deutschen Seite dürfte etwas höher ausgefallen sein, da die Unterstützung vor allem außerhalb der Verwaltung um einiges zahlreicher war. Neben der Beteiligung der jüdischen Ärzte ließ sich nur eine Nachricht in der „Gazeta Polska“ auffinden, in der von vier Juden die Rede war, die sich den Polen anschlossen.<sup>180</sup> In der Stadt Czarnikau waren es zwei, wobei ein Jude zu vier Jahren Strafarbeit verurteilt wurde.<sup>181</sup> Weitere solcher Nachrichten sind nicht bekannt, scheinen aber nicht unrealistisch zu sein, hatten doch sowohl die deutsch-jüdische als auch die polnische Publizistik aufgrund ihrer einseitigen Meldungen diese anscheinend nicht im Blickfeld.

Die Anzahl der jüdischen Mitglieder in den Komitees verdeutlicht hingegen die nahezu ausgeglichene Parteinahme zugunsten der Deutschen und Polen, da sie auf beiden Seiten im unteren zweistelligen Bereich nachgewiesen wurde, wenngleich eine größere Aktivität von der Fraktion der pro-deutschen Juden ausging, die anhand der zahlreichen Petitionen dokumentiert werden konnte.

Ein Unterschied bestand schließlich darin, dass die jüdischen Mitglieder im Deutschen Nationalkomitee Führungspositionen übernahmen, während sie auf der polnischen Seite lediglich in einigen der vielen örtlichen Komitees vertreten waren und somit mehr im provinziellen Milieu verblieben, abseits der politischen Zentrale in Posen. Diese Machtverteilung trug vermutlich wesentlich dazu bei, weshalb die deutsche Parteinahme der Posener Juden verstärkt in den Fokus der Betrachtungen rückte, die in den Komitees rein zahlenmäßig nur marginal zugunsten der Deutschen ausfiel.

---

<sup>179</sup> Vgl. Gazeta Polska, 26. April 1848, Nr 29, S. 113.

<sup>180</sup> Vgl. Gazeta Polska, 30. Juni 1848, Nr 81, S. 317, Anm. Inowraclaw.

<sup>181</sup> Vgl. Adalbert Waldemar Junker von Ober-Conreuth, Im Polen-Aufbruch 1846-1848. Aus den Papieren eines Landrats, Gotha 1898, S. 250.

Nach der ausführlichen Darstellung zur Politisierung der Juden im Großherzogtum Posen gilt es abschließend noch zu klären, inwieweit die Posener Juden an den Debatten in überregionalen Volksvertretungen mitwirkten oder nicht. Weder in der Frankfurter Nationalversammlung noch im Preußischen Landtag in Berlin waren jüdische Lokalpolitiker aus der Provinz Posen beteiligt. Das bedeutete jedoch nicht, dass keine Juden in den bedeutsamen deutschen Volksvertretungen für das Jahr 1848 vertreten waren, ganz im Gegenteil, in der Paulskirche waren es deren 16, die sich entweder offen zum Judentum bekannten oder zumindest jüdischer Abstammung waren<sup>182</sup>, und auch die Preußische Nationalversammlung zählte Juden in ihren Reihen. In letzterem Parlament wurde der in Lissa geborene und seit 1812 in Königsberg lebende Raphael Kosch im August 1848 zum Vizepräsidenten gewählt.<sup>183</sup> Bis zu seinem neunten Lebensjahr war die Stadt Lissa seine Heimat, ehe er mit seiner Familie nach Königsberg übersiedelte, wo er später als Arzt und Politiker wirkte. 1848 gehörte er als Königsberger Abgeordneter der Preußischen Nationalversammlung an; auch wenn seine heimischen Wurzeln im Großherzogtum Posen lagen, so trat er in Berlin nicht als politisch Aktiver aus der Provinz Posen auf.

Das Fehlen einer jüdischen Delegation aus Posen in der Frankfurter Paulskirche kann abschließend wohl nur durch die Boykottierung der Teilnahme an den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung im „polnischen“ Teil der Provinz am 29. April erklärt werden.<sup>184</sup> Dieser Boykott resultierte aus der Polenpolitik der Abgeordneten, wonach mehrheitlich die Wiederherstellung Polens abgelehnt wurde und damit die Eingliederung der Provinz Posen in den Deutschen Bund bereits festzustehen schien. Diese Wahl fand daher nur in zwölf Wahlbezirken statt, in denen in elf jeweils deutsche Abgeordnete gewählt wurden, lediglich im Wahlbezirk Buk-Samter gelang dies dem polnischen Probst Johann Janiszewski.<sup>185</sup>

---

<sup>182</sup> Unter letzteren waren diejenigen Juden zusammengefasst, deren Eltern oder sie selbst zum Christentum konvertierten. Die Taufe war oftmals das letzte Mittel, um den Diskriminierungen und Beschränkungen vor allem in akademischen Berufen zu umgehen. Auf der anderen Seite verfolgte der Staat damit das Ziel der Missionierung d.h. der vollständigen Absorption der jüdischen Bevölkerung, um die soziale Integration voranzutreiben. Vgl. Helmut Neubach, Der Beitrag des ostdeutschen Judentums zur deutschen Politik, in: Gotthold Rhode (Hrsg.), Juden in Ostmitteleuropa von der Emanzipation bis zum Ersten Weltkrieg, Marburg/Lahn 1989, S. 117.

<sup>183</sup> Vgl. Ebd., S. 120.

<sup>184</sup> Die Erklärung polnischer Urwähler über die Verweigerung der Teilnahme an den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung findet sich in: Hans Booms (Hrsg.), Deutsche und Polen in der Revolution 1848-1849 – Dokumente aus deutschen und polnischen Archiven, Schriften des Bundesarchivs 37, Boppard am Rhein 1991, S. 309-312.

<sup>185</sup> Vgl. Hans Schenk, Deutsch-polnische Beziehungen 1831 bis 1848, in: Friedrich P. Kahlenberg (Hrsg.), Aus der Arbeit der Archive, Schriften des Bundesarchivs 36, Boppard am Rhein 1989, S. 692. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass aus diesem Wahlbezirk noch zwei weitere Polen zu einem späteren Zeitpunkt der Nationalversammlung in Frankfurt angehörten. Dies waren Karol Libelt (5. Okt. 1848-18. Jan. 1849) und Johann Krzyzanowsky (4. Apr. 1849-30. Mai 1849). Eine vollständige Übersicht über die einzelnen Mandate in der

Somit waren keine Posener Juden an der Sitzung der Paulskirche beteiligt, in der mit 342:31 Stimmen der Anschluss des Großherzogtums an den Deutschen Bund beschlossen wurde.<sup>186</sup>

#### 4.2. Polnisch-Jüdische Verbrüderung in Galizien

Ähnlich wie die Posener Juden beteiligten sich auch ihre Glaubensgenossen in Galizien aktiv am Revolutionsgeschehen und so wurde für sie das Jahr 1848 zur politischen Feuertaufe, obgleich die Krakauer Juden schon zwei Jahre zuvor den nationalpolnischen Aufstand unterstützt hatten<sup>187</sup>, wurde das politische Engagement der Juden außerhalb der Gemeinde, des Kahal, erst im „Völkerfrühling“ salonfähig. Anders als im Großherzogtum Posen überraschte die politische Anteilnahme der galizischen Juden, da die Voraussetzungen in Galizien ungleich schwerer waren. Weder verfügten sie über das Stadtrecht noch wurden sie vom Staat als Staatsbürger anerkannt, weshalb sie in politischer Hinsicht vollkommen unmündig waren und keine verbindlichen kommunalen Ämter bekleideten.

Dabei schien die Verordnung vom 5. Oktober 1792 in Vergessenheit geraten zu sein, nach der auch die Juden das Amt des Bürgermeisters in den Ortsgemeinden wahrnehmen konnten, so jedenfalls sah es die Judengesetzgebung vor. In der Realität wurden außer in den Städten Brody und Tarnów keine Juden zu bürgerlichen Ausschüssen zugelassen.

Erst das Gubernial-Dekret vom 1. Dezember 1843 brachte für einen Teil der galizischen Juden eine Veränderung ihrer staatsbürgerlichen Stellung. Es gewährte ihnen die Verleihung des Stadtbürgerrechts – allerdings nur dann, wenn die Bewerber im Besitz von Gewerben, einer höheren Bildung und eines Nachweises über die Absolvierung einer deutschen Schule waren. Als erste wurden 150 jüdische Einwohner der Stadt Tarnopol im Jahre 1845 in den Bürgerstand aufgenommen, von denen später 20 politische Rechte im kommunalen Bereich wahrnehmen konnten.<sup>188</sup>

---

Paulskirche aus der Provinz Posen findet sich in: Heinrich Best/Wilhelm Weege, Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1998, S. 388.

<sup>186</sup> Vgl. Heinz Boberach, Die Posener Frage in der deutschen und der preußischen Politik 1848-1849, in: Hans Booms (Hrsg.), Deutsche und Polen in der Revolution 1848-1849 – Dokumente aus deutschen und polnischen Archiven, Schriften des Bundesarchivs 37, Boppard am Rhein 1991, S. 23.

<sup>187</sup> Vgl. Albert Lichtblau, Integration, Vernichtungsversuch und Neubeginn. Österreichisch-jüdische Geschichte 1848 bis zur Gegenwart, in: Herwig Wolfram (Hrsg.), Österreichische Geschichte. Geschichte der Juden in Österreich, Wien 2006, S. 454.

<sup>188</sup> Vgl. Joseph Menasche Friedler, Die galizischen Juden von wirtschaftlichem, kulturellem und staatsbürgerlichem Standpunkte: 1815-1848, Wien 1923, S. 87.

Dem Beispiel Tarnopols folgten auch andere Städte Galiziens, doch änderte dies nichts an der Tatsache, dass es die österreichische Regierung schlichtweg versäumte, die Juden durch entsprechende Verordnungen am politischen Leben in Galizien teilhaben zu lassen oder ihnen wenigstens eine rechtliche Verbesserung in Aussicht zu stellen.

Das Gubernial-Dekret von 1843 war mit Sicherheit ein Schritt in die Richtung, die Juden doch noch als wichtigen Bündnispartner für den österreichischen Verwaltungsapparat in Galizien zu gewinnen, mehr aber auch nicht. Der sorglose Umgang mit den galizischen Juden sollte sich aus Sicht der Regierung in Wien spätestens im Jahr 1848 rächen.

Ganz anders als die österreichische Obrigkeit erkannten nämlich die polnischen Revolutionäre in den Juden potentielle politische Verbündete. Insbesondere waren es die Konservativen der Krakauer Nationalbewegung, die sich für die politischen Rechte der Juden einsetzten und somit von allen anderen konservativen Gruppen in Polen gänzlich unterschieden.<sup>189</sup>

Möglich wurde diese Entwicklung durch den weitgehenden autonomen Sonderstatus der Stadt Krakau, die als Republik Krakau von 1815-1846 ein eigenständiges Staatsgebilde unter der Kontrolle der drei Teilungsmächte war, ehe es nach dem Krakauer Aufstand von Österreich in das „Königreich Galizien und Lodomerien“ eingegliedert wurde. Welche Auswirkungen dies auch für die Krakauer Juden hatte, wird an anderer Stelle noch ausführlicher behandelt. Krakau war aber nicht die einzige Stadt in Galizien, in der die Juden mit Pamphleten, Broschüren und politischer Literatur vonseiten der polnischen Insurgenten in Berührung kamen, gleiches geschah ebenso in Lemberg, Brody und Rzeszów um nur einige zu nennen.

Der gemeinsame Appell von Joachim Lelewel und Ludwik Lubliner vom November 1837, in dem beide den polnischen Juden die uneingeschränkte Emanzipation in einem zukünftigen Polen zusicherten, hatte zumindest unter den galizischen Juden Gehör gefunden, was letztlich deren Bereitschaft zur verschwörerischen Tätigkeit mit den Polen verdeutlichte. In der Folge beteiligten sich selbst die Juden an der Verbreitung konspirativer Literatur, welche die Emissäre nach Galizien schmuggelten.<sup>190</sup>

Aus Sicht der polnischen Nationalbewegung verlief die Mobilisierung der galizischen Juden durchaus erfolgversprechend. Alles deutete also auf eine polnisch-jüdische Kooperation im Jahr 1848 hin.

---

<sup>189</sup> Vgl. Philip Pajakowski, *Ambiguities of Assimilation. The Kraków Conservatives and the Jews*, in: Michał Galas and Antony Polonsky (ed.), *Jews in Kraków*, POLIN 23, Oxford [u.a.] 2011, p. 83.

<sup>190</sup> Vgl. Artur Eisenbach, *The Emancipation of the Jews in Poland, 1780-1870*, Oxford [u.a.] 1991, p. 353.

Am 18. März 1848 demonstrierten in Lemberg zum ersten Mal Polen, Ruthenen und Juden gemeinsam gegen die österreichische Autokratie. Die polnischen Führer der Nationalbewegung, Franciszek Smolka und Florjan Ziemiałkowski, verfassten noch am gleichen Tag eine Adresse an den Kaiser, in der sie die Autonomie Galiziens, ein gemeinsames Parlament, eine Nationalgarde, Polnisch als Unterrichtssprache, Amnestie für politische Gefangene und gleiche Rechte für alle Bürger unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit forderten. Als erstes unterzeichnete sie der Bischof Franciszek Wierzchlejski, und am darauffolgenden Tag forderte der aus Böhmen stammende Kreisrabbiner Abraham Kohn die jüdische Gemeinde in Lemberg auf es dem Bischof gleichzutun. Tausende Juden stimmten dieser Forderung zu<sup>191</sup>, sodass die Petition die Unterschrift vieler Juden aus der Intelligenz trug, u.a. die vom Advokaten Menkes, vom Kaufmann Horowitz und die vom Rabbiner Kohn selbst. Der neunte Punkt der Adresse befasste sich explizit mit der Situation der Juden, der die Aufhebung der speziellen Steuern vorsah und somit ein wichtiger Schritt auf den Weg zur Emanzipation war.<sup>192</sup>

Bevor sich eine Deputation auf die Reise nach Wien begab, um die Petition dem Kaiser persönlich zu überreichen, galt es, diese zunächst dem Gouverneur Galiziens, Franz Graf von Stadion, auszuhändigen. Angeführt von zwei Juden, Kohn und dem Handelsmann Mieses, erreichte die Deputation am Abend des 19. März das Haus des Statthalters in Lemberg.

Analog zu den Ereignissen in Lemberg organisierte sich in Krakau ein Nationalkomitee unter dem Vorsitz von Josef Krzyzanowski, das zwei Juden zu ihren Mitgliedern zählte, den späteren Deputierten des galizischen Sejms, Dr. Szymon Samelsohn, und den Arzt und Professor der Jagiellonen Universität, Dr. Josef Oettinger.

Das Komitee begann unverzüglich die Arbeit aufzunehmen; erste Aufgabe war es, den aus der Emigration in Krakau eintreffenden Revolutionären finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen. Die jüdische Gemeinde in Krakau zeigte sich den Plänen gegenüber aufgeschlossen und beteiligte sich an der Finanzierung mit, die allein aus den freiwilligen Zuwendungen der jüdischen Bewohner 400 zloty einbrachte.<sup>193</sup> Wer die Wohltäter auf Seiten der Juden waren, geht aus den Überlieferungen nicht hervor.

---

<sup>191</sup> Vgl. Michael Stanislawski, *A Murder in Lemberg. Politics, Religion, and Violence in Modern Jewish History*, Princeton [u.a.] 2007, p. 66.

<sup>192</sup> Vgl. Majer Bałaban, *Historja Żydów w Krakowie i na Kazimierzu 1304-1868*, Tom II: 1656-1868, Kraków 1936, S. 676.

<sup>193</sup> Vgl. Ebd., S. 677.

Unterdessen trafen die Krakauer am 30. März letzte Vorkehrungen und wählten diejenigen Abgeordneten, die die Lemberger Deputation auf ihrem Weg nach Wien begleiten sollten. Wie nicht anders zu erwarten, fiel die Wahl auf den Rabbiner aus Krakau, Ber Meisels, der bei Polen und Juden gleichermaßen für seinen polnischen Nationalismus berühmt war, da er auch schon beim Bauernaufstand von 1846 eine aktive Rolle gespielt hatte.<sup>194</sup>

Die Deputation setzte sich also aus Vertretern verschiedener Städte Galiziens zusammen, wobei die Angaben über die Anzahl der Delegation sehr stark voneinander differierten.<sup>195</sup>

Das Gleiche Problem ergab sich bei der Feststellung der jüdischen Bevollmächtigten unter ihnen, die in den Ausführungen von Pinkas Schapira fünf<sup>196</sup>, bei Friedmann gar sieben Juden<sup>197</sup> umfassten, wobei letzterer ausschließlich die Lemberger Juden erwähnte.

Die exakte Zahl an jüdischen Deputierten lässt sich vermutlich nicht mehr genau rekonstruieren, doch verdeutlicht sie, dass die Polen bereit waren, auch Juden als gleichberechtigte Partner in die Delegation aufzunehmen, wie die Wahl von Meisels bestätigte. Das Vertrauen in die Fähigkeiten des Rabbiners Meisels war unter der Abordnung anscheinend so groß, dass dieser als einziger Jude dem Kaiser am 6. April die Petition persönlich überreichte. Wie sehr die Begabungen von Meisels geschätzt wurden, geht aus den Erinnerungen von Florjan Ziemiałkowski hervor, die er wie folgt zusammenfasste: „Wer mit dieser Begeisterung redet wie er, der markiert nicht. [...] Meisels ist ein wahrhafter Pole“<sup>198</sup>.

So groß die Wertschätzung von Ziemiałkowski für den polnischen Patriotismus bei Meisels auch war, so sehr misstraute er Kohn und den anderen jüdischen Deputierten aus Lemberg, da „es eine natürliche Sache ist, dass ein deutscher Jude ein Zentralist ist und kein Verständnis für die polnische Frage hat“<sup>199</sup>. Gemeint war Abraham Kohn, weshalb um ihn und die anderen Lemberger Juden Zweifel bestanden, ob sie die gleiche Leidenschaft wie Meisels für die polnische Frage aufbringen würden oder für sie nicht doch eher die Verwirklichung der jüdischen Interessen im Vordergrund standen.

---

<sup>194</sup> Vgl. Michael Stanislawski, *A Murder in Lemberg. Politics, Religion, and Violence in Modern Jewish History*, Princeton [u.a.] 2007, p. 66., Vgl. Majer Bałaban, *Historja Żydów w Krakowie i na Kazimierzu 1304-1868*, Tom II: 1656-1868, Kraków 1936, S. 677f.

<sup>195</sup> Majer Bałaban bezifferte die Zahl auf 16 Mitglieder, während Pinkas Schapira von insgesamt 44 Personen ausging, die sich auf die Reise in die österreichische Residenzstadt begaben. Vgl. Majer Bałaban, *Historja Żydów*, S. 677, Vgl. Pinkas Schapira, *Die revolutionären Bewegungen der Polen in Galizien 1848*, Wien 1925, S. 105.

<sup>196</sup> Vgl. Pinkas Schapira, *Die revolutionären Bewegungen der Polen in Galizien 1848*, Wien 1925, S. 105.

<sup>197</sup> Im Einzelnen waren dies der Handelsmann Mieses, die Kaufmänner Horowitz, Herz Bernstein und Muenz, der Bankier Nierenstein, der Rabbiner Kohn und schließlich ein gewisser Klemens Kolischer. Vgl. Filip Friedmann, *Die galizischen Juden in den Jahren 1848-68*, Wien 1925, S. 96, Anm. 1.

<sup>198</sup> Majer Bałaban, *Dzieje Żydów w Galicyi i w Rzeczypospolitej Krakowskiej 1772-1868*, Lwów 1914 [Nachdruck der Ausgabe] 1988, S. 150f.

<sup>199</sup> Ebd., S. 150f.

Die Zweifel von Ziemiałkowski waren bei Abraham Kohn durchaus berechtigt, da er ein in sprachlicher Hinsicht mit dem Deutschtum assimilierter Reformrabbiner war, der obendrein die Überzeugung vertrat, dass eine jüdische Freiheit nur in Verbindung mit dem Deutschtum umzusetzen wäre. Darüber hinaus war er ein Schüler Hombergs, der wegen seiner assimilatorischen Tendenzen zum Deutschtum unter den Orthodoxen und Chassidim in Galizien einen schweren Stand hatte. Getreu seinem Lehrer versuchte nun auch Kohn, der 1844 aus Hohenems nach Lemberg berufen worden war, das Schulwesen zu reformieren und strebte sogar eine Reform des Kultus in der Lemberger Gemeinde an.<sup>200</sup>

Trotz seiner Affinität zum Deutschtum vertrat Kohn einen politisch liberalen Standpunkt, der eine Liberalisierung der Habsburgermonarchie befürwortete, deren autoritäres Regime er verachtete. Ebenso gehörte Kohn zu denjenigen Maskilim unter den galizischen Juden, denen im Jahr 1848 bewusst wurde, dass die jüdische Emanzipation nur dann verwirklicht werden könne, wenn sie sich gegen den österreichischen Staat stellten und stattdessen die polnische Nationalbewegung unterstützten.<sup>201</sup>

Folglich hatte Ziemiałkowski nur bedingt recht, wenn er das Engagement von Kohn zur Lösung der jüdischen Frage kritisierte, welches sich nach Meinung des Polen zu Lasten der polnischen Angelegenheit auswirken musste. Gewiss hatte die Emanzipation bei Kohn höchste Priorität, da er an der Konzipierung des neunten Punktes der Lemberger Petition, der die religiöse Freiheit und die Abschaffung der speziellen Steuern vorsah, unmittelbar beteiligt war, doch sollte dabei nicht übersehen werden, dass ihm die Freiheit der Polen und Ruthenen genauso wichtig erschien. Diese Einstellung wurde durch seine Mitarbeit am polnischen Nationalprogramm für Galizien im Mai 1848 deutlich, als er unter dem Banner „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ die Freiheit aller Bevölkerungsgruppen in Galizien, einschließlich der Polen und Ruthenen, forderte.<sup>202</sup>

An der Aufrichtigkeit und Entschlossenheit mit der sich Kohn und andere Maskilim aus Lemberg, u.a. Maurycy Rappoport und Meir Mintz, mit der polnischen Frage identifizierten, bestanden also keine Zweifel, womit die Befürchtungen einiger polnischer Vertreter unbegründet waren.

---

<sup>200</sup> Vgl. Wolfgang Häusler, *Das galizische Judentum in der Habsburgermonarchie. Im Lichte der zeitgenössischen Publizistik und Reiseliteratur von 1772-1848*, Wien 1979, S. 76.

<sup>201</sup> Vgl. Michael Stanislawski, *A Murder in Lemberg. Politics, Religion, and Violence in Modern Jewish History*, Princeton [u.a.] 2007, p. 68.

<sup>202</sup> Vgl. Ebd., p. 69.

Derweil setzte nun Graf Stadion eigenmächtig einige der Forderungen der Lemberger Deputation um, ohne die ausdrückliche Erlaubnis der Regierung in Wien eingeholt zu haben. Dazu gehörten die Einführung der Pressefreiheit, die Entlassung politischer Gefangener und die Zustimmung zur Formation einer Nationalgarde, dagegen akzeptierte er die geforderte Autonomie Galiziens nicht. Die Bewilligung einer Nationalgarde für die Stadt Lemberg hatte die Aufstellung einer jüdischen Brigade mit 300 Mann zur Folge.<sup>203</sup> Diesem Beispiel folgten auch die Krakauer, die ebenso über ein jüdisches Regiment verfügten. Die Aufstellung militärischer Garden war ein weiterer Beweis dafür, dass die Polen und Juden entschlossen waren für das gemeinsame Ziel der Freiheit zusammenzuarbeiten.

Aus der Sicht der galizischen Maskilim war das Ziel der vollständigen Gleichstellung der Juden nach nur wenigen Wochen nach Revolutionsbeginn zum Greifen nahe, da sie nicht nur wichtige Positionen in Politik und Militär einnahmen, sondern in der Pillersdorfschen Verfassung vom 25.4. 1848 alle Sondergesetze und Beschränkungen gegenüber den Nationalitäten aufgehoben wurden. Zu diesem Landtag wurden auch vier Juden einberufen, der bereits genannte Mieses und Nathan Sokol aus Lemberg, der Bankier Meier Kallir aus Brody und der Arzt Rosoneck aus Kolomea.<sup>204</sup> Der Landtag wurde aber von den Polen boykottiert und wurde somit nicht eröffnet.

Der Erfolg über den Wegfall religiöser Beschränkungen währte nur kurz, da diese Verordnung niemals in Kraft treten sollte, was zu dieser Zeit aber noch nicht absehbar war. Die Judenemanzipation war damit bis auf weiteres erst einmal vertagt.

Kurzfristig löste diese Verordnung unter den Krakauer Juden einen Sturm der Begeisterung aus, der bisweilen sogar gewalttätige Züge annahm. Die Gewalt richtete sich vor allem gegen die österreichischen Beamten sowie gegen die konservativ eingestellten Juden, die entscheidend an der Aufrechterhaltung der Steuerlasten und anderer Sonderbeschränkungen beteiligt waren, unter denen ein Großteil der Krakauer Juden zu leiden hatte. Von der Nachricht aus Wien ermutigt, forderte nun die jüdische Gemeinde in Krakau die sofortige Rücknahme sämtlicher Beschränkungen. Die Wut richtete sich in erster Linie gegen den jüdischen Steuerpächter Leibel Torbe, der als Feindbild auserkoren und für die wirtschaftliche Ausbeutung verantwortlich gemacht wurde.

---

<sup>203</sup> Vgl. Michael Stanislawski, A Murder in Lemberg. Politics, Religion, and Violence in Modern Jewish History, Princeton [u.a.] 2007, p. 124.

<sup>204</sup> Vgl. Filip Friedmann, Die galizischen Juden in den Jahren 1848-68, Wien 1925, S. 98.

Torbe war nicht nur aufgrund seiner koscheren Lebensweise der Krakauer Intelligenz ein Dorn im Auge, sondern er wurde von ihnen auch deshalb angefeindet, da er als Chassidim ein Mensch ohne weltliche Bildung war.<sup>205</sup> Mit welcher Entschlossenheit und Skrupellosigkeit die Demonstranten gegen ihn vorgingen, verdeutlichte die Erstürmung seines Hauses, das bis auf die Grundmauern zerstört wurde. Darüber hinaus wurden die Abschaffung der jüdischen Gebühr sowie der Rücktritt von Torbe aus dem lokalen Komitee gefordert.

Die Demonstranten überreichten diesbezüglich eine Eingabe an das Komitee, versehen mit einer Unmenge an Unterschriften der wichtigsten jüdischen Vertreter der Stadt, auch der von Rabbiner Meisels. Ausgearbeitet wurde die Petition durch die jüdische Intelligenz, die sich in Krakau aus den Maskilim und den orthodoxen Juden zusammensetzte.<sup>206</sup>

Beide religiöse Strömungen übernahmen in der Stadt Verantwortung, als sie das Krakauer Komitee aufforderten, die jüdische Gemeinde von diversen Lasten zu befreien. Darüber hinaus demonstrierten die aufgeklärten und orthodoxen Krakauer Juden auch in der polnischen Frage Einigkeit, da sie sich an fast allen patriotischen Manifestationen in der Stadt beteiligten<sup>207</sup> und damit die Voraussetzungen für eine Kooperation auf politischer Ebene zwischen ihnen und den polnischen Konservativen schufen.<sup>208</sup>

In Lemberg spitzte sich der innerjüdische Konflikt zwischen den Maskilim und den Orthodoxen zu. Den Ausgangspunkt bildeten die aufklärerischen Ideen von Abraham Kohn, die mit den Auffassungen vom religiösen Leben der Lemberger Orthodoxie nicht vereinbar waren. Analog zu den Entwicklungen in Krakau kam es auch hier zu Gewalttätigkeiten unter der jüdischen Bevölkerung. Nur richtete sich diesmal die Wut nicht gegen einen chassidischen Steuerpächter, sondern gegen den aufklärerischen Rabbiner Kohn.

Gleichermaßen wurde seine private und berufliche Sicherheit durch die orthodoxen Gegner bedroht, die in der Folge auch eine Petition an den Kaiser abfassten, in der sie die Absetzung Kohns von seinem Posten als Kreisrabbiner verlangten. In ihren Augen war er nicht würdig, über die inneren Angelegenheiten des Judentums zu entscheiden, da er den Talmud und seine Gesetze missachtete, gottlos war und mit den Geboten des Judentums brach.<sup>209</sup>

---

<sup>205</sup> Vgl. Majer Bałaban, *Historja Żydów w Krakowie i na Kazimierzu 1304-1868*, Tom II: 1656-1868, Kraków 1936, S. 679.

<sup>206</sup> Vgl. Ebd., S. 679f.

<sup>207</sup> Vgl. Ebd., S. 682.

<sup>208</sup> Ber Meisels war diese Einigkeit zu verdanken, der die Spaltung der Krakauer Gemeinde in Anhänger des Chassidismus und der Orthodoxie verhinderte. Vgl. Teresa Andlauer, *Die jüdische Bevölkerung im Modernisierungsprozess Galiziens (1867-1914)*, Frankfurt am Main [u.a.] 2001, S. 112, Anm. 4.

<sup>209</sup> Vgl. Michael Stanislawski, *A Murder in Lemberg. Politics, Religion, and Violence in Modern Jewish History*, Princeton [u.a.] 2007, p. 71.

Der Kaiser und die Regierung in Wien ignorierten die Petition und all die weiteren Broschüren, die in der Folge bei den österreichischen Behörden vor Ort eingingen. Stattdessen berief Graf Stadion Kohn und weitere führende Vertreter der polnischen und jüdischen Revolutionäre in den geistlichen Beirat, um somit nicht nur der revolutionären Bewegung ihre geistige Elite zu entreißen, sondern den innerjüdischen Spannungen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Diese Maßnahme erwies sich als nicht ausreichend, da die Orthodoxen nicht aufhörten Kohn und seine Familie verbal und handgreiflich zu attackieren. Am 6. September drang der orthodoxe Ber Pilpel in die Küche der Kohns ein und vergiftete die Suppe mit Arsen. Abraham Kohn starb an den Folgen der Vergiftung. Dies war der traurige Höhepunkt eines langen und erbitterten Kampfes zwischen der Orthodoxie und den Reformjuden in Lemberg, der seinen Kulminationspunkt ausgerechnet im Revolutionsjahr erreichte.<sup>210</sup>

Auf der anderen Seite aber bewies der interne Streit, dass selbst die galizische Ultraorthodoxie, repräsentiert durch orthodoxe und chassidische Rabbiner, den Ereignissen des „Völkerfrühlings“ gegenüber nicht abseits stand. Gewiss waren ihre Vertreter in erster Linie darum bemüht, die traditionellen Ideale des Judentums vor äußeren Einflüssen zu bewahren, doch unterstrichen die Bittschriften an die Behörden, dass sie dafür ebenso die Unterstützung der österreichischen Regierung forderten.

In gewisser Weise verhielt sich die Lemberger Orthodoxie damit loyal gegenüber dem Habsburgerstaat und befolgte damit eine langjährige Strategie, die sich schon so oft in der Geschichte der jüdischen Diaspora bewährt hatte, in der die Loyalität gegenüber dem Staat als treue Gefolgschaft des göttlichen Willens interpretiert wurde.<sup>211</sup> Dieses inoffizielle Gebot befolgte im Jahre 1848 die Mehrheit der traditionellen Juden in Galizien und zeigte sich daher solidarisch mit dem österreichischen Staat. Nur die Krakauer Juden bildeten in dieser Hinsicht eine Ausnahme und identifizierten sich fast geschlossen mit den polnischen nationalen Forderungen. Die polonophile Neigung erfasste nicht nur die Krakauer Intelligenz sowie deren Vertreter aus den unterschiedlichsten religiösen Strömungen, sondern reichte bis in Teile des jüdischen Kleinbürgertums hinein.<sup>212</sup>

---

<sup>210</sup> Vgl. Michael Stanislawski, *A Murder in Lemberg. Politics, Religion, and Violence in Modern Jewish History*, Princeton [u.a.] 2007, pp. 72-75.

<sup>211</sup> Vgl. Ebd., pp. 66-67.

<sup>212</sup> Vgl. Teresa Andlauer, *Die jüdische Bevölkerung im Modernisierungsprozess Galiziens (1867-1914)*, Frankfurt am Main [u.a.] 2001, S. 112.

Eine solch breit angelegte polnisch-jüdische Kooperation, die verschiedene gesellschaftliche Schichten umfasste, gab es in keiner anderen galizischen Stadt: In Lemberg waren es ausschließlich die aufklärerisch gesinnten Juden in der Stadt, die zugunsten des polnischen Patriotismus intervenierten, die Orthodoxen und Chassidim unterstützten die Polen ausdrücklich nicht.<sup>213</sup> Wie viele der jüdischen Maskilim hier eine polnisch-jüdische Annäherung befürworteten, lässt sich nur schwer feststellen. Die Anhängerschaft Kohns, welche seine Ideen und Sichtweisen unterstützten, wurde auf einige Hundert geschätzt<sup>214</sup>, doch ist nicht bekannt, ob diese auch jenen polnischen Patriotismus entfalteten, den Abraham Kohn als Vertreter der ostgalizischen Stadt im „Völkerfrühling“ verkörperte.

Bekannt waren hingegen der Beitritt von drei Juden zum Polnischen Nationalrat<sup>215</sup> (*Rada Narodowa*) sowie die Teilnahme der jüdischen Brigade an den Lemberger Barrikadenkämpfen, zu deren Bewaffnung auch mehrere jüdische Eisenhändler in der Stadt ihre Lager öffneten und die Aufständischen mit Stich- und Hieb Waffen ausstatteten.<sup>216</sup>

Am polnischen Patriotismus mangelte es folglich auch den Lemberger Juden nicht, bei denen die Intelligenz Vertreter in die polnischen lokalen Revolutionskomitees delegierte, während das Bürgertum die Aufständischen mit Waffen belieferte und in der Nationalgarde selbst an den Kämpfen teilnahm. Bei allem Enthusiasmus, den die Krakauer und Lemberger Juden der polnischen Frage entgegenbrachten, sollte nicht vergessen werden, dass sie lediglich die Minderheit repräsentierten, da sich die Mehrheit der etwa 335.000 Juden, die 1846 in Galizien lebten<sup>217</sup>, der Revolution gegenüber passiv verhielt. Allerdings hatten die pro-polnischen Aktivitäten unter den jüdischen Revolutionsteilnehmern ein klares Übergewicht gegenüber den fast nicht vorhandenen pro-österreichischen Handlungen. Eines der gemeinsamen Ziele der polnisch-jüdischen Kooperation zielte auf die konstitutionelle Veränderung der Habsburgermonarchie ab; umso überraschender verliefen die Wahlen zum Wiener Parlament, in dem kein einziger Jude aus Galizien vertreten war.

---

<sup>213</sup> Vgl. Albert Lichtblau, Integration, Vernichtungsversuch und Neubeginn. Österreichisch-jüdische Geschichte 1848 bis zur Gegenwart, in: Herwig Wolfram (Hrsg.), Österreichische Geschichte. Geschichte der Juden in Österreich, Wien 2006, S. 454.

<sup>214</sup> Vgl. Michael Stanislawski, A Murder in Lemberg. Politics, Religion, and Violence in Modern Jewish History, Princeton [u.a.] 2007, p. 71.

<sup>215</sup> Zu ihnen gehörten Dr. Oswald Menkes, der Bankier Mieses und Muentz, Personen, die bereits bei der Unterzeichnung und Übersendung der Lemberger Petition an den österreichischen Kaiser eine wichtige Rolle spielten. Vgl. Filip Friedmann, Die galizischen Juden in den Jahren 1848-68, Wien 1925, S. 99.

<sup>216</sup> Vgl. Pinkas Schapira, Die revolutionären Bewegungen der Polen in Galizien 1848, Wien 1925, S. 111.

<sup>217</sup> Vgl. Jerzy Holzer, „Vom Orient die Fantasie, und in der Brust der Slaven Feuer...“, in: Peter Fäßler [u.a.](Hrsg.), Lemberg – Lwów – Lviv. Eine Stadt im Schnittpunkt europäischer Kulturen, 2. Auflage, Wien [u.a.] 1995, S. 76.

Der favorisierte Meisels verlor seine Kandidatur in Krakau ebenso, wie Abraham Halpern in Stanislau und der Jude Karmin in Tarnopol, die beide aus verschiedenen Gründen nicht an den Parlamentssitzungen teilnahmen. In Lemberg gab es ebenfalls keine Juden unter den schließlich Gewählten.<sup>218</sup> Das Fehlen jüdischer Abgeordneter in Wien war kein Zufall, sondern Ausdruck der zunehmenden Spannungen zwischen Polen und Juden einerseits und der jüdischen Gemeinde in Krakau andererseits, die bislang durch Einigkeit brillierte. Der polnisch-jüdische Zusammenschluss bekam die ersten Risse, da die konterrevolutionären Kräfte in Wien und Galizien allmählich die Oberhand gewannen und somit die Disharmonien unter den Polen und Juden verschärften. Ausgerechnet in der Hochburg der polnisch-jüdischen Verbrüderung in Krakau entzündeten sich die Differenzen an der Wahl der Abgeordneten zum Reichstag in Kremsier, wohin dieser im Zuge der Wiener Oktoberrevolution verlegt werden musste. Der jüdischen Gemeinde in Krakau stand genau ein Abgeordnetenmandat für die bevorstehende Reichstagswahl zur Verfügung, für das sich Josef Oettinger und Rabbiner Meisels anboten. Letztlich wurde Meisels mit 57:31 Stimmen die Kandidatur anvertraut – ein Ergebnis das keinen Konsens signalisierte. Weder den aufgeklärten Juden noch den Krakauer Einwohnern gefiel das Wahlergebnis, weshalb sie Meisels, den Kandidat der Orthodoxen, über die polnische Tagespresse verbal zu attackieren begannen.<sup>219</sup> Zusätzlich übte auch Franciszek Smolka Kritik, da „er einfach ein Jude ist, welcher weder polnisch noch deutsch kann und nicht weiß, wie er die Hauptstadt Polens repräsentiert!“<sup>220</sup>.

Letztlich lieferten diese Auseinandersetzungen den Beweis, dass die polnisch-jüdische Verbrüderung im Verlauf der Revolution vielversprechend und widersprüchlich zugleich war, da Enthusiasmus rasch zur gegenseitigen Abneigung führen konnte, was ebenso für den innerjüdischen Zustand zutraf.

Meisels spielte übrigens in Kremsier eine untergeordnete Rolle, doch wurde in der Verfassung vom 4. März 1849 der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Völker verankert, mit dem Silvester-Patent von 1851 aber wieder aufgehoben.

---

<sup>218</sup> Vgl. Majer Bałaban, *Historja Żydów w Krakowie i na Kazimierzu 1304-1868*, Tom II: 1656-1868, Kraków 1936, S. 683.

<sup>219</sup> Vgl. Ebd., S. 688f.

<sup>220</sup> Vgl. Majer Bałaban, *Dzieje Żydów w Galicyi i w Rzeczypospolitej Krakowskiej 1772-1868*, Lwów 1914 [Nachdruck der Ausgabe] Kraków 1988, S. 174.

Erst im Gesetz vom 21. Dezember 1867 wurde der Grundsatz der Gleichberechtigung der Völker sowie das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz endgültig verankert und sicherte nun auch den galizischen Juden die Gleichstellung.

## **5. Assimilation und Akkulturation**

### **5.1. Die „germanophilen“ Posener Juden**

Im vorangegangenen Kapitel wurde im Zusammenhang mit der Politisierung der Posener Juden deutlich, dass die Parteinahme der Juden während der Revolution von 1848 nicht so eindeutig zugunsten der Deutschen ausfiel, wie dies vor allem in der deutsch-jüdischen Literatur so häufig dargestellt wurde. Zwar unterstützten die wenigen Posener Juden, die sich gemessen an der Gesamtzahl der im Großherzogtum Posen lebenden Juden während der Revolution exponierten, mehrheitlich die deutsche Seite, es kann aber keine Rede davon sein, dass die Juden der Provinz „unbedingt und unerschütterlich zum Deutschtum standen“<sup>221</sup>, wie der ab 1871 als Rabbiner in Posen tätige Philipp Bloch im Nachhinein meinte.

Mit dieser Beurteilung war Bloch nicht der einzige unter den Vertretern der Maskilim, die eine Akkulturation ans Deutschtum anstrebten, und für die somit das aktive Handeln im Revolutionsjahr eine logische Konsequenz des Zugehörigkeitsgefühls zu den Deutschen war. Nun gilt es an dieser Stelle kritisch zu hinterfragen, in welchem Maß der Prozess einer deutschgeprägten Akkulturation unter den Posener Juden bis zum Jahr 1848 fortgeschritten war oder ob sich ihnen nicht doch eine Alternative in Form einer Assimilation an die polnische Bevölkerung anbot?

Zur Beantwortung sollen zum einen die staatlichen Maßnahmen Preußens, insbesondere das bildungspolitische Erziehungsprogramm, und zum anderen die jüdische Aufklärungsbewegung herangezogen werden, um den Einfluss der religiösen Strömung innerhalb des Judentums auf die schrittweise Heranführung der Posener Juden an das Deutschtum aufzuzeigen. Auf polnischer Seite fehlten vergleichbare Institutionen, weshalb den Juden die Möglichkeiten einer Assimilation durch die polnische Nationalbewegung eröffnet werden konnten.

---

<sup>221</sup> Philipp Bloch, Die ersten Culturbestrebungen der jüdischen Gemeinde Posen unter preussischer Herrschaft, in: Jubelschrift zum 70. Geburtstag des Professors Dr. Heinrich Graetz, Nachdruck der Ausgabe Breslau [1887], Hildesheim [u.a.] 1973, S. 194, Vgl. auch Heppner/Herzberg, Posener Landen, S. 239.

Eingangs wurde bereits auf die Herausbildung des Ostjudentums als eine räumlich abgeschlossene Kulturgemeinschaft<sup>222</sup> hingewiesen, deren Zugehörige nicht nur im äußeren Erscheinungsbild Unterschiede zu ihren Glaubensbrüdern in Westeuropa aufwiesen, sondern sich auch vielen volksfrommen und messianischen Gedanken öffneten.

Eine davon war die von Israel ben Elieser begründete Bewegung der Frommen, der Chassidismus, die gerade unter den polnischen Juden zur Massenbewegung wurde. Das Besondere an ihr war der Bezug zur Lebenswelt der Menschen, der nicht nur Askese und Trauer forderte, sondern eine lebensbejahende Lebenseinstellung, Frömmigkeit und Liebe miteinander verband.<sup>223</sup>

Daneben bestand eine weitere religiöse Hauptströmung, nämlich die der Orthodoxie mit ihren verschiedenen Varianten, die im 19. Jahrhundert die Lebenswelt der Ostjuden bestimmte. Bei Ostjuden handelte es sich also um Menschen, die sich zwischen messianischer Erwartung und frommer, lebensbejahender Einstellung bewusst zum Judentum bekannten und dabei Tradition und Erinnerung eine prägende Wertschätzung erfuh.<sup>224</sup> Darüber hinaus gehörte zum Ostjudentum die Pflege der jiddischen Sprache, die untereinander als Familien- und Verkehrssprache diente.

Die Posener Juden als Teil des Ostjudentums wurden im 19. Jahrhundert mit einer weiteren religiösen Strömung, der aufklärerischen Haskala, konfrontiert, die wie keine andere jemals zuvor einen radikalen Bruch des traditionellen Judentums anstrebte.

Unter dem Zeitgeist der europäischen Aufklärung, die auch vor dem Judentum nicht Halt machte, war es das ausdrückliche Ziel der Reformen, die Juden an der christlichen Umwelt teil haben zu lassen. Dies war insofern einzigartig, da die traditionelle jüdische Lebensweise bisher vorwiegend durch religiöse und kulturelle Geschlossenheit gekennzeichnet war, die obendrein in eigens dafür vorgesehenen Korporationen lebten, die mitunter abseits der Städte oder zumindest in eigenen Stadtteilen lagen. Die Bewahrung der eigenen Tradition war das Allerheiligste, insofern sich das intellektuelle Leben fast ausschließlich auf das Studium von Thora und Talmud beschränkte, mögliche äußere Einflüsse galt es dabei strengstens zu vermeiden. Das erklärte Ziel der Vertreter der Haskala war es also, die Juden aus ihrer geistigen und sozialen Isolation herauszuführen und sie der deutschen Akkulturation schrittweise zuzuführen.

---

<sup>222</sup> M.A. Polnische Juden, in: Der Jude (1916/17), Heft 8 (November 1916), S. 561.

<sup>223</sup> Vgl. Heiko Haumann, Geschichte der Ostjuden, 4. Auflage, München 1998, S. 53-57.

<sup>224</sup> Vgl. Ebd., S. 58.

Protagonist dieser Entwicklung war Moses Mendelssohn, der durch seine literarische, seine philosophische Bildung und sein Wirken öffentliche Aufmerksamkeit erreichte, da eine weltliche Bildung für einen Juden zur damaligen Zeit als untypisch galt.<sup>225</sup>

Auch wenn er als prominenter Jude an der modernen europäischen Kultur partizipierte, so war er ausschließlich Reformers des jüdischen Lebens, aber nicht des Judentums, da er von seiner orthodoxen Lebensweise nicht abrückte und für ihn die jüdischen Gesetze für alle Zeit Bestand hatten.<sup>226</sup> Durch sein Verhalten verdeutlichte Mendelssohn, dass die assimilatorischen Tendenzen nicht zwangsläufig zur Aufgabe der jüdischen Lebensweise führen mussten. Die verschiedenen religiösen Strömungen, in diesem Fall Haskala und Orthodoxie, waren daher auch nicht immer gegensätzlich ausgerichtet<sup>227</sup>, auch wenn heutzutage unter dem Oberbegriff der Orthodoxie die ablehnende Haltung gegenüber dem Reformjudentum zu dominieren scheint.<sup>228</sup>

Erst die Schüler Mendelssohns, die das traditionelle Studium des Talmuds für einen aufgeklärten Menschen als unwürdig erachteten, strebten auch eine Reform des Judentums an und forderten somit einen grundlegenden Bildungswandel; insofern unterlag die Haskala-Bewegung zeitlichen und regionalen Veränderungen.<sup>229</sup>

Doch was bedeutete diese Entwicklung für den Prozess der Assimilation, speziell für den Angleichungsprozess der Posener Juden, wenn davon auszugehen ist, dass aufklärerische Einflüsse erst mit der Reokkupation des Großherzogtums Posen durch Preußen 1815 in die Provinz gelangten<sup>230</sup>? Zunächst schien die preußische Regierung wenig – bis gar kein – Interesse an einer Assimilierung der Posener Juden ans Deutschtum zu haben. Es wurde in Regierungskreisen zwar viel über den „unsittlichen“ Zustand der neuhinzugewonnenen Minorität diskutiert, es fehlte aber an konkreten Vorschlägen ein entsprechendes Erziehungsprogramm zu verwirklichen.

---

<sup>225</sup> Vgl. Monika Richarz, *Der Eintritt der Juden in die akademischen Berufe – Jüdische Studenten und Akademiker in Deutschland 1678-1848*, Tübingen 1974, S. 2.

<sup>226</sup> Vgl. Michael A. Meyer, *Response to Modernity – A History of the Reform Movement in Judaism*, New York [u.a.] 1988, pp. 13-14.

<sup>227</sup> Vgl. Francisca Solomon, *Im Spannungsfeld von Haskala, Assimilation und Zionismus. Blicke auf das galizische Judentum bei Nathan Samuely (1846-1921), Karl Emil Franzos (1847-1904) und Saul Raphael Landau (1870-1943)*, Wien 2011, S. 29.

<sup>228</sup> Vgl. Sophia Kemlein, *Die Posener Juden 1815-1848*, Hamburg 1997, S. 202, Anm. 1.

<sup>229</sup> Vgl. Francisca Solomon, *Im Spannungsfeld von Haskala, Assimilation und Zionismus. Blicke auf das galizische Judentum bei Nathan Samuely (1846-1921), Karl Emil Franzos (1847-1904) und Saul Raphael Landau (1870-1943)*, Wien 2011, S. 29-31.

<sup>230</sup> Vgl. Jacob Toury, *Die Sprache als Problem der jüdischen Einordnung in den deutschen Kulturraum*, in: Walter Grab (Hrsg.), *Gegenseitige Einflüsse deutscher und jüdischer Kultur – Von der Epoche der Aufklärung bis zur Weimarer Republik*, Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Beiheft 4, Tel-Aviv 1982, S. 81, Anm. 17.

Aus diesem Grund waren die Vertreter der Haskala vorerst sich selbst überlassen, den Posener Juden die deutsche Sprache und Bildung näher zu bringen. Viele Möglichkeiten boten sich ihnen dafür aber nicht, beschränkte sich deren Zahl auf wenige Pioniere, die obendrein über kein entsprechendes Netzwerk verfügten, wie dieses seinerzeit die Gruppe um Mendelssohn in Berlin vorfand. Einer dieser Pioniere war Heinrich Graetz, der wie alle in der ersten Generation der Reformjuden eine klassisch-talmudische Ausbildung genoss, und seine weltliche Bildung ausschließlich durch Selbststudium erlangte. Eine andere Möglichkeit bot sich ihnen zunächst nicht, da in der Provinz die nötigen Bildungseinrichtungen fehlten waren die Mehrzahl der Aufklärer Autodidakten.<sup>231</sup>

Einzige Ausnahme war die von David Caro im Jahr 1816 gegründete Posener Schule, die ihren Schülern in weltlichen Fächern Unterricht gab. Damit gehörte Caro neben Wolff Eichborn und eben Graetz zu denjenigen Maskilim, die die Phalanx der unter den Posener Juden fest verankerten talmudischen Tradition zu durchbrechen versuchten. Graetz bezog seine außerjüdische Literatur über die deutsche Bibliothek in Zerkow und kam somit mit den bedeutenden Werken von Mendelssohn, Heine, Börne u.a. in Berührung. In Ergänzung dazu lernte er Deutsch, Französisch und Latein.<sup>232</sup>

Wie Graetz erging es allen Aufklärern der ersten Stunde in den Posener Landen, die einzig in Bibliotheken weltliches Wissen erwarben. Auf diese Weise blieb der Wirkungskreis der Aufklärung vorerst auf die Büchersammlungen und die Familie beschränkt. Hatte sich das Familienoberhaupt eine aufklärerische Bildung angeeignet, war es durchaus gängige Praxis, den eigenen Nachwuchs gleichfalls in der deutschen Sprache zu unterrichten. Diese Form der autodidaktisch erworbenen Bildung macht es schwierig, eine genaue Auskunft über die tatsächliche Zahl derjenigen Juden zu geben, die intensiv mit der deutschen Sprache in Kontakt gekommen waren. Die Anzahl aber dürfte noch niedrig gewesen sein, da der Einfluss auf die traditionellen jüdischen Elementarschulen gering war – praktisch nicht vorhanden –, da diese Schulen nach wie vor unter der Kontrolle von Rabbinern und Korporationsvorstehern geleitet wurden, die dem Bildungsideal der Aufklärung ablehnend gegenüberstanden.<sup>233</sup>

---

<sup>231</sup> Vgl. Monika Richarz, *Der Eintritt der Juden in die akademischen Berufe – Jüdische Studenten und Akademiker in Deutschland 1678-1848*, Tübingen 1974, S. 13.

<sup>232</sup> Vgl. Sophia Kemlein, *Die Posener Juden 1815-1848*, Hamburg 1997, S. 208.

<sup>233</sup> Vgl. Ebd., S. 205-210.

Stellvertretend für alle Rabbinate im Großherzogtum kann die Kritik vom Oberrabbiner aus Lissa auf den Vorschlag von Naphtali Herz Wessely<sup>234</sup> stehen, der das traditionelle Schulwesen durch ein neues Bildungskonzept ersetzen wollte, dabei diene ihm das „Toleranzedikt“ von Joseph II. als Vorbild.<sup>235</sup> Die ablehnende Reaktion gegenüber den aufklärerischen Ideen verdeutlichte den gängigen Standpunkt, wonach die Haskala anfänglich auf heftigen Widerstand unter den Rabbinaten stieß und daher nur in Person einzelner Autodidakten, die vornehmlich den intellektuellen Milieu angehörten, den Weg ins Großherzogtum fand.

Die Masse der Posener Juden blieb vorläufig vom Prozess der Assimilierung in deutscher Sprache unberührt, partizipierte daran erst ab dem Moment, nachdem die preußische Regierung 1824 die allgemeine Schulpflicht und die staatliche Aufsicht über Schule und Lehrer einführte. Damit gewann der Staat nicht nur Einfluss auf die innerjüdischen Angelegenheiten, die es zur Zeit der jüdischen Gemeindeautonomie so nicht gab, zudem gelang es der Regierung die deutsche Sprache auf diese Weise salonfähig zu machen. Was die Vertreter der Haskala unter schwierigen Bedingungen zu säen begannen, machte sich nun der preußische Staat zu Eigen und förderte nun die säkularisierte Bildung mit entsprechenden Gesetzen. Die Aufsicht der preußischen Behörden reichte dabei von der Anstellung staatlich geprüfter Lehrer über die Unterrichtsplanung bis hin zur Auswahl geeigneter Schulbücher, um den Schulalltag der jüdischen Kinder zu kontrollieren. So erfolgversprechend diese Modernisierungspläne des jüdischen Schulwesens auch waren, umso schwieriger war ihre Umsetzung in der Praxis. Die Umstrukturierung traf die traditionell-talmudische Ausbildung völlig unerwartet, sodass es den jüdischen Gemeinden im Großherzogtum schlichtweg am dafür notwendigen Know-How fehlte, um diese ehrgeizigen Pläne zu realisieren. Es mangelte nicht nur an qualifizierten Lehrern, auch fehlten den Gemeinden die nötigen finanziellen Mittel zur Errichtung jüdischer Elementarschulen.<sup>236</sup>

---

<sup>234</sup> Wessely war Mitbegründer der Berliner Freischule und veröffentlichte 1782 die Erziehungsschrift *Divrei Schalom we Emet* (Worte der Wahrheit und des Friedens). Wie Mendelssohn lebte auch er persönlich orthodox und versuchte durch die kulturelle auch die soziale Integration der Juden zu erreichen. Vgl. Monika Richarz, Juden, Wissenschaft und Universitäten. Zur Sozialgeschichte der Akkulturation in Preußen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Walter Grab (Hrsg.), Gegenseitige Einflüsse Deutscher und Jüdischer Kultur – Von der Epoche der Aufklärung bis zur Weimarer Republik, Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Beiheft 4, Tel-Aviv 1982, S. 58f.

<sup>235</sup> Vgl. Michael A. Meyer, *Response to Modernity – A History of the Reform Movement in Judaism*, New York [u.a.] 1988, p. 16.

<sup>236</sup> Vgl. Sophia Kemlein, *Die Posener Juden 1815-1848*, Hamburg 1997, S. 78-89.

Diesem Mangel war sich die preußische Regierung durchaus bewusst, weshalb sie die Eltern dazu verpflichtete, ihre Kinder auch in christlichen Schulen ausbilden zu lassen. Diese Alternative scheiterte aber oftmals am religiösen Widerstand der Eltern, die sich weigerten, ihre Kinder vornehmlich in weltlichen Fächern unterrichten zu lassen, da sie die Vernachlässigung der religiösen Bildung fürchteten.<sup>237</sup>

Hatten die Umstrukturierungsmaßnahmen zumindest dahingehend Erfolg, die Schülerzahlen in den christlichen Ausbildungsstätten zu erhöhen, wie die Statistiken für das Großherzogtum Posen für die Jahre 1827-1833<sup>238</sup> zeigten, so waren die Modernisierungsmaßnahmen aber nicht mehr als eine Weichenstellung für die Zukunft, wie die Auswertung der Tabellen veranschaulicht. Demnach waren im Jahr 1833 allein 24% der schulpflichtigen Kinder noch immer ohne Unterricht, von denen mit Unterricht besuchten nach wie vor 82% jüdische Schulen. Bei der erstgenannten Zahl handelte es sich vermutlich vorwiegend um Mädchen, denen geringere Möglichkeiten zur Bildung eingeräumt wurden und um diejenigen, die weiterhin eine traditionelle jüdische Religionsbildung erhalten haben. Die preußische Regierung anerkannte das jüdische Erziehungs- und Schulsystem nicht, weshalb diejenigen Kinder mit einer solchen Ausbildung<sup>239</sup> in der tabellarischen Übersicht unter „Kinder ohne Unterricht“ hinzugerechnet werden müssen. Zudem geben die 82% keine Auskunft darüber, inwieweit die jüdischen Elementarschulen bereits durch umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen infiltriert waren oder nicht.

Die bereits angesprochenen Schwierigkeiten lassen jedoch berechtigte Zweifel aufkommen, demzufolge die Mehrzahl der Kinder in jüdischen Schulen vermutlich noch nicht in größerem Umfang eine weltliche Erziehung erfuhr. Das Gleiche galt somit auch für das Erlernen der deutschen Sprache, wenngleich die Grundlagen in bildungspolitischer Hinsicht für eine breit angelegte Assimilierung ans Deutschtum zweifelsohne in den 1830er Jahren gelegt wurden. Wurde der Versuch der preußischen Regierung, das jüdische Schulwesen durch ein assimilatorisches Bildungskonzept neu zu strukturieren, noch abgebremst, so konnte der Prozess der Akkulturation durch das Gesetz vom 1. Juni 1833 beschleunigt werden. Entscheidend dafür war die Übertragung der Verantwortung für das Schulwesen auf die Korporationen der Gemeinden.

---

<sup>237</sup> Vgl. Sophia Kemlein, *Die Posener Juden 1815-1848*, Hamburg 1997, S. 86.

<sup>238</sup> Statistik im Anhang der Arbeit auf Seite 89.

<sup>239</sup> Das jüdische Schulwesen sah eine Schulpflicht vom 6. bis 13. Lebensjahr vor, weshalb die Analphabetenrate unter den Juden sehr gering war. Vgl. Monika Richarz, *Der Eintritt der Juden in die akademischen Berufe – Jüdische Studenten und Akademiker in Deutschland 1678-1848*, Tübingen 1974, S. 3.

Hatte man vorher versucht, das Schulwesen unter die Oberaufsicht der preußischen Behörden zu stellen, so brachte nun ausgerechnet eine gegensätzliche Anweisung den ausschlaggebenden Fortschritt. Die Korporationsvorstände schienen das Entgegenkommen dankend anzunehmen, da sie nunmehr bereit waren, die weltliche Bildung zu akzeptieren. Anders als noch vor der Verordnung von 1833 behielten die Elementarschulen in diesem Fall nämlich ihren jüdischen Charakter.

Die Bewahrung der jüdischen Identität war das Einzigartige unter den Posener Juden, die in dieser Ausprägung nirgendwo sonst in den preußischen Provinzen anzutreffen war.<sup>240</sup> Bis 1848 kann die Umstrukturierung des Schulwesens im Großherzogtum als vollzogen gelten. Zu diesem Zeitpunkt war auch die Vermittlung einer umfangreichen deutschen Bildung soweit fortgeschritten, dass mittlerweile nicht mehr nur die privilegierte Oberschicht von der deutschen Sprache erfasst wurde, sondern auch die breite Masse – wenn auch in abgeschwächter Form – Deutschkenntnisse in Erfahrung brachte.

Wie viele Juden in der Provinz tatsächlich die deutsche Sprache beherrschten, lässt sich nicht ermitteln. Einen ersten Anhaltspunkt liefert zumindest die Zahl der Naturalisierten unter den Posener Juden, die Makowski für das Jahr 1847 auf etwa 25% berechnete.<sup>241</sup> Eine der Voraussetzungen für die Erlangung des Naturalisationspatents war es, sich der deutschen Sprache in allen öffentlichen Angelegenheiten zu bedienen. Im Umkehrschluss bedeutete dies bei einer Gesamtzahl von 76.757 Juden, die 1848 in der Provinz Posen lebten, dass von diesen 19.189 Personen zumindest theoretisch Deutsch als Verkehrssprache benutzen konnten.

Wie viele der „Geduldeten“ unter den Posener Juden über Deutschkenntnisse verfügten, lässt sich hingegen nur vermuten. Aufgrund des verbesserten Bildungssystems im Großherzogtum dürfte deren Anzahl bis um die Mitte der 1840er Jahre auch nicht so gering gewesen sein, da es das erklärte Ziel der preußischen Regierung war, die Posener Juden über Bildung an den deutschen Kulturkreis heranzuführen. Die kulturelle Assimilation diente somit nicht nur der sozialen Integration, sondern galt als Voraussetzung für den Anspruch auf eine mögliche Emanzipation.<sup>242</sup>

Nach den Maßstäben der preußischen Regierung, wiesen die „Geduldeten“ aber noch keine umfangreichen Kenntnisse der deutschen Sprache auf, da ihnen die Aushändigung des Naturalisationspatents bisher verweigert wurde.

---

<sup>240</sup> Vgl. Sophia Kemlein, *Die Posener Juden 1815-1848*, Hamburg 1997, S. 128-141.

<sup>241</sup> Vgl. Krzysztof A. Makowski, *Between Germans and Poles: The Jews of Poznań in 1848*, in: Antony Polonsky (ed.), *Focusing on Jews in the Polish Borderlands*, POLIN 14, Oxford [u.a.] 2001, p. 69.

<sup>242</sup> Vgl. Monika Richarz, *Der Eintritt der Juden in die akademischen Berufe – Jüdische Studenten und Akademiker in Deutschland 1678-1848*, Tübingen 1974, S. 14.

Dass die Mehrzahl unter ihnen zumindest über passive Sprachkenntnisse des Deutschen verfügte, kann nicht vollkommen ausgeschlossen werden, da die Predigten in einigen Gemeinden nun auch auf Deutsch abgehalten wurden, auch wenn die Angehörigen der ärmeren sozialen Schichten noch bis weit nach 1848 Jiddisch gesprochen haben mögen.

Die Verbreitung der deutschen Sprache sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Mehrzahl der Posener Juden den von Preußen angestrebten Übergang vom polnischen zum deutschen Judentum 1848 noch nicht abgeschlossen hatte. Diesen sah Toury erst ab dem Jahr 1870 vollzogen, nachdem die jüdischen Zeitschriften, insbesondere die „Allgemeine Zeitung des Judentums“, in ihren Berichterstattungen auf den Zusatz „Polen“ verzichteten.<sup>243</sup>

Der Prozess der Akkulturation galt wohl nur unter denjenigen Posener Juden als abgeschlossen, die 1848 aktiv die deutsche Seite unterstützten, da sie dabei „alte Sitten und Gebräuche über den Haufen“<sup>244</sup> warfen und sich den neuen Ideen und Reformen anschlossen. Auch wenn diese Textstelle die plötzliche Loslösung der Juden von ihrer traditionellen Lebensweise vorzugeben suchte, so war dies mehr die Ausnahme als die Regel. Tatsächlich aber hielten die Posener Juden an den althergebrachten Institutionen des religiösen Lebens fest, von den Neuerungen auf bildungspolitischer Ebene einmal abgesehen. Zu tiefgreifenden Veränderungen, wie sie die Reformjuden umzusetzen gedachten, kam es im Großherzogtum nur ansatzweise.

In den 123 Gemeinden der Provinz wurde nur in zehn mehr als die Predigtsprache geändert.<sup>245</sup> Als 1848 eine Rabbinerversammlung in Braunschweig abgehalten wurde, auf der die Themen einer Reform des Judentums in Deutschland diskutiert wurden, folgten diesem Aufruf lediglich Rabbiner aus Süd- und Westdeutschland.<sup>246</sup> Von den 70 Rabbinern der Provinz Posen war keiner bereit dieses Anliegen zu unterstützen, weshalb sie dieser Übereinkunft fernblieben.

---

<sup>243</sup> Vgl. Jacob Toury, Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847-1871, Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte Universität Tel-Aviv 2, Düsseldorf 1977, S. 32 und Anm. 24.

<sup>244</sup> Ebd., S. 145.

<sup>245</sup> Vgl. Sophia Kemlein, Die Posener Juden 1815-1848, Hamburg 1997, S. 234-236.

<sup>246</sup> Interessanterweise wurde diese Versammlung von Samuel Holdheim geleitet, dessen Geburtsort die Stadt Kempen in der Provinz Posen war. Zeit seines Lebens war er ein entschiedener Gegner des Talmuds und Befürworter des Reformjudentums. Er war Rabbiner in Frankfurt (Oder) und ab 1847 als Prediger in Berlin tätig. Somit kehrte er schon in frühen Jahren der Provinz den Rücken. Vgl. Heinrich Graetz, Geschichte der Juden vom Beginn der Mendelssohnschen Zeit (1750) bis in die neueste Zeit (1848), Band 11, 2. verm. und verb. Auflage, bearb. von M. Braun, Berlin 1998, S. 527f.

Die Trägerschicht für Neuerungen setzte sich ausschließlich aus der gebildeten Oberschicht zusammen, aus jenen Personen, die 1848 Kaftan und Bart gegen die preußischen Tugenden eintauschten, während die weniger reichen Juden, die noch die Mehrheit ausmachten, getreu der traditionalistische Richtung, der Revolution passiv bzw. abwartend gegenüberstand.

Bei allem Ehrgeiz, den die Posener Juden bei der Erlernung der deutschen Sprache zeigten, waren sie nicht bereit, ihre jüdische Identität preiszugeben, auch nicht dann, als das Großherzogtum Posen im März 1848 von revolutionären Strömungen erfasst wurde.

Ein sprachlicher Angleichungsprozess, wie ihn die jüdischen Gemeinden in der Provinz vollzogen, bedeutete für sie also keineswegs die Aufgabe ihrer bisherigen Lebensweise und hatte keine unmittelbaren Auswirkungen für ihr Verhalten im deutsch-polnischen Konflikt. Im Revolutionsjahr waren weit mehr Posener Juden von einer sprachlichen Akkulturation ans Deutsche erfasst, als dann tatsächlich zugunsten der deutschen Seite intervenierten. Daher kann von einer „unerschütterlichen“ pro-deutschen Haltung für das Jahr 1848 noch keine Rede sein. Ebenso erscheint es unglaublich, die deutschgeprägte Akkulturation als natürliche Voraussetzung ihrer Parteinahme zugunsten der Deutschen anzusehen<sup>247</sup>, wie diese Auffassung Kemlein vertritt. Zwar mag dies für diejenigen zutreffen, die der deutschen Bevölkerung in der Provinz tatkräftig zur Seite standen, für die überwiegende Mehrheit jedenfalls hatte sie keine Auswirkungen für ihre Positionierung im polnischen „Völkerfrühling“. Stattdessen identifizierte sich das Gros der Posener Juden nicht zwangsläufig als „preußische“ oder gar deutsche Juden<sup>248</sup>, obwohl die deutsche Sprache nahezu alle gesellschaftlichen Schichten in unterschiedlicher Intensität erfasste.

Eine deutschgeprägte Akkulturation in sprachlicher Hinsicht führte weder zur zwangsläufigen Politisierung, noch zur prodeutschen Einflussnahme, dagegen bewahrte die Mehrzahl der Posener Juden 1848 Neutralität. Nachdem nun vorzugsweise die Verbreitung der deutschen Sprache unter den Posener Juden hervorgehoben wurde, sollte dabei nicht unerwähnt bleiben, dass dies auch für die polnische Sprache zutrif.

---

<sup>247</sup> Sophia Kemlein, Die Posener Juden 1815-1848, Hamburg 1997, S. 320.

<sup>248</sup> Als „preußische“ Juden wurden vor allem diejenigen Posener Juden charakterisiert, die sich in der Kommunalpolitik engagierten oder eine publizistische und wissenschaftliche Tätigkeit betrieben. Dabei handelte es sich in erster Linie um Intellektuelle, die keineswegs die Mehrheit bildeten. Vgl. Stefi Jersch-Wenzel, Juden in Preußen – Preußische Juden?, in: Shulamit Volkov/Frank Stern, Sozialgeschichte der Juden in Deutschland, Festschrift zum 75. Geburtstag von Jacob Toury, Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Band 20, 1. Auflage, Gerlingen 1991, S. 445.

Schon aufgrund des Handelsverkehrs mit der polnischen Bevölkerung machten sie ebenfalls von dieser Sprache Gebrauch – insbesondere natürlich dann, wenn sie in jenen Ortschaften der Provinz lebten, die mehrheitlich von Polen bewohnt wurden und somit Polnisch die gewöhnliche Verkehrssprache war.<sup>249</sup> Neben der regionalen Verteilung waren somit die jüdischen Berufszweige ein Indiz für die sprachliche Akkulturation der Posener Juden ans Polnische.

Für das Jahr 1849 wurde bereits eine Auflistung der Berufs- und Sozialstruktur vorgenommen, der zufolge von den 62%, die entweder im Finanzsektor bzw. im Handwerk tätig waren<sup>250</sup>, ein nicht unerheblicher Teil neben Deutsch auch Polnisch verstand. Bei den zur sozial niedrigeren Berufsgruppe subsummierten Juden, die zumindest als Diener ihren Lebensunterhalt verdienten und vorzugsweise von polnischen Grundbesitzern angestellt wurden, können ebenfalls Polnischkenntnisse vorausgesetzt werden. Doch beschäftigten auch umgekehrt reiche jüdische Familien polnisches Dienstpersonal.<sup>251</sup> Inwiefern diese dann Polnisch tatsächlich in Wort und Schrift beherrschten oder nicht, ist nur schwer festzustellen. Zusammenfassend ist aber davon auszugehen, dass die polnische Sprache sämtliche Gesellschaftsschichten durchdrang, auch wenn dies nicht durch konkrete Zahlen belegbar ist.<sup>252</sup> Dafür würde auch schon die Tatsache sprechen, dass die polnische Sprache bis zum Jahr 1833 den gleichen Stellenwert wie der Deutschunterricht an den Elementarschulen hatte. Die Kinder lernten im Schulunterricht Deutsch und Polnisch, sodass für diese Zeit der Sprachakkulturation eine ausgeprägte Mehrsprachigkeit unter den Posener Juden vorhanden war.<sup>253</sup> Erst mit der anschließenden Neuregelung des jüdischen Schulwesens war Deutsch die alleinige Unterrichtssprache. Zudem war es ab sofort verboten, die polnische Sprache in öffentlichen Angelegenheiten zu gebrauchen, was eine zusätzliche Sprachbarriere darstellte.

---

<sup>249</sup> Vgl. Eugen von Bergmann, Zur Geschichte der Entwicklung deutscher, polnischer und jüdischer Bevölkerung in der Provinz Posen seit 1824, Tübingen 1883, S. 290, Anm. 107.

<sup>250</sup> Vgl. Anm. 104.

<sup>251</sup> Vgl. Witold Molik, Die Posener Juden in der Sicht polnischer Memoiren und Zeitschriften (1848-1890). Ausgewählte Probleme, in: Hans-Jürgen Bömelburg (Hrsg.), „Der Fremde im Dorf“ Überlegungen zum Eigenen und zum Fremden in der Geschichte, Lüneburg 1998, S. 133.

<sup>252</sup> Im Großherzogtum Posen wurde bei Volkszählungen der Versuch unternommen, die sprachlichen Verhältnisse zu bestimmen. Bei der Evaluierung wurde die Kategorie „Muttersprache“ hinzugefügt. Die Auswertung ergab, dass im Jahr 1849 258.587 Personen in der Provinz „deutsch und polnisch Redende“ waren, allerdings ist daraus nicht ersichtlich, wie viele Juden sich dahinter verbergen, da sich auch ein Teil der Deutschen sprachlich ans Polnische assimilierte. Die Zahl kann aber durchaus als Richtwert für die Mehrsprachigkeit unter der Posener Bevölkerung herangezogen werden. Vgl. Eugen von Bergmann, Zur Geschichte der Entwicklung deutscher, polnischer und jüdischer Bevölkerung in der Provinz Posen seit 1824, Tübingen 1883, S. 30f.

<sup>253</sup> Hinzu kamen Jiddisch als Familiensprache und Hebräisch als Teil der talmudischen Ausbildung. Vgl. Sophia Kemlein, Die Posener Juden 1815-1848, Hamburg 1997, S. 239f.

Diese Veränderung auf bildungspolitischer Ebene war wohl mit ein Grund dafür, weshalb eine sprachliche Akkulturation ans Polnische nicht in dem Umfang vollzogen werden konnte, wie dies bei der deutschen Sprache der Fall war. Es fehlte schlichtweg an dafür vorgesehenen Bildungsanstalten, in denen die jüdischen Kinder auf breiter Ebene die polnische Sprache hätten erlernen können – nach der Verbannung der polnischen Sprache aus dem öffentlichen Leben umso mehr. Daher lag die Entscheidung oftmals bei den Eltern, ob sie ihren Kindern eine private Erziehung in polnischer Sprache und Bildung zukommen ließen, wie dies etwa Markus Mosse in seiner Familie handhabte.<sup>254</sup>

Obwohl die Posener Juden neben Deutsch auch mit dem Polnischen auf unterschiedliche Weise und Intensität in Kontakt kamen, fehlte eine gleichwertige Assimilation hin zum Polentum, so wie sie ein Teil der Posener Juden zum Deutschtum bereits 1848 vollzogen hatte und für die anderen zumindest eingeleitet wurde. Warum letztlich die Mehrheit „germanophile“ Tendenzen aufwies und sich nur einige wenige mit dem polnischen Kulturkreis verbunden fühlten, lag nicht zuletzt auch in dem Fehlen eines nationalen Erziehungsprogramms auf Seiten der Polen, mit dem man die Juden verstärkt dem Polentum hätte zuführen können – so wie es die preußische Regierung ab den 1830er Jahren intensivierte.

Die Voraussetzungen waren gewiss auf polnischer Seite ungleich schwieriger, da ein staatliches Regierungsprogramm so nicht umzusetzen war, demzufolge die verantwortungsvolle Aufgabe in den Händen der polnischen Nationalbewegung lag. Doch anstatt sich der Sache vollends anzunehmen, spielten die Juden eher eine marginale Rolle in den politischen Ideen der Polen, obwohl Ansätze zur Gewinnung der Juden durchaus vorhanden waren. Dazu gehörte zum Beispiel das unter dem Einfluss des italienischen Freiheitskämpfers Giuseppe Mazzini in der Emigration gegründete „Junge Polen“, dessen Anführer Joachim Lelewel<sup>255</sup> war, das vom religiösen Standpunkt die Heranbildung eines ‚Polen mosaischer Konfession‘<sup>256</sup> für notwendig erachtete.

---

<sup>254</sup> Vgl. Elisabeth Kraus, Die Familie Mosse – Deutsch-jüdisches Bürgertum im 19. und 20. Jahrhundert, München 1999, S. 112-117.

<sup>255</sup> Lelewel war auch Vorsitzender der Einigung der polnischen Emigration (*Zjednoczenie Emigracji Polskiej*), deren Mitglieder sich mehrheitlich im Jahr 1846 der Demokratischen Gesellschaft anschlossen. Somit hörte diese Vereinigung ab diesem Zeitpunkt auf zu existieren. Zudem vertrat Lelewel einen pro-jüdischen Standpunkt, doch verfasste er seine Broschüre „Sprawa żydowska w roku 1859“ zu einem Zeitpunkt, in der die Posener Juden ihre Entscheidung zugunsten einer deutschen Assimilation schon längst getroffen hatten. Darin verlangte er von ihnen nicht weniger als die vollständige Assimilation an die polnische Nationalkultur. Vgl. Nathan Michael Gelber, Die Juden und der polnische Aufstand 1863, Wien [u.a.] 1923, S. 25f.

<sup>256</sup> Wilhelm Feldman, Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen (1795-1914), München [u.a.] 1917, S. 103.

Daneben verkündete die Demokratische Gesellschaft in Paris ein unabhängiges Polen ,ohne Glaubens- und Standesunterschied<sup>257</sup>, allerdings ohne dabei ein konkretes Programm für die Juden zu erarbeiten. Zu guter Letzt war es Adam Mickiewicz<sup>258</sup>, der „Israel, dem älteren Bruder“<sup>259</sup> in seinen Grundsätzen gleiche Rechte versprach, die er bei der Aufstellung der polnischen Legion im April 1848 in Italien verkündete, an der er selbst beteiligt war.

Es blieb jedoch beim bloßen Verkünden und Versprechen der Emanzipation, ohne das den Worten jemals die entsprechenden Schritte folgten. Ein vollständig ausgearbeitetes Programm gegenüber den Juden hätte vermutlich ausgereicht, um auf diese Weise nicht nur die Ernsthaftigkeit der in Aussicht gestellten Gleichstellung zu unterstreichen, sondern sie darüber hinaus näher ans Polentum heranzuführen. Stattdessen war man in erster Linie daran interessiert die Masse der eigenen Bauern für das nationale Konzept zu mobilisieren<sup>260</sup>, insofern die nationale Frage ohne das Zutun der Juden gelöst werden sollte.

Tatsächlich hatte die Vorbereitung des nationalen Aufstandes unter der polnischen Nationalbewegung in der Emigration höchste Priorität, in der die Juden vermutlich auch deshalb nicht verstärkt in die Planungen mit einbezogen wurden, da sowohl die Demokratische Gesellschaft als auch das konservative Lager um Czartoryski mittlerweile von antijüdischen Strömungen durchsetzt waren.<sup>261</sup> Bezeichnend für diese Einstellung war es, dass ausgerechnet zwei jüdische Protagonisten mit polonophilen Neigungen – Leon Hollaenderski

---

<sup>257</sup> Wilhelm Feldman, Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen (1795-1914), München [u.a.] 1917, S. 106.

<sup>258</sup> Mickiewicz bildete in der Hinsicht eine Ausnahme, da er in den schicksalhaften Erfahrungen des jüdischen und polnischen Volkes eine gemeinsame Geschichte beider Nationen erkannte und vor diesem Hintergrund eine vollständige Gleichberechtigung der Juden forderte. Darüber hinaus lag ihm die Vision einer polnisch-jüdischen Verbrüderung zugrunde, die in seinem literarischen Werk „Jankiel“ dadurch zum Ausdruck kam, dass die Hauptfigur ein Jude war, der sich ausnahmslos der polnischen Sache hingab. Sein Projekt einer jüdischen Legion zeugte ebenfalls von seinem Versuch, die polnischen Emigranten von einer polnisch-jüdischen Schicksalsgemeinschaft zu überzeugen. Vgl. François Guesnet (Hrsg.), Der Fremde als Nachbar – Polnische Positionen zur jüdischen Präsenz seit 1800, Frankfurt am Main 2009, S. 33f.

<sup>259</sup> Stefan Kieniewicz, Polish society and the Jewish problem in the nineteenth century, in: Chimen Abramsky, Maciej Jachimczyk and Antony Polonsky (ed.), The Jews in Poland, Oxford 1986, p. 73.

<sup>260</sup> Die Mobilisierung der Bauern war vor allem Gegenstand des Parteiprogramms der Polnischen Demokratischen Gesellschaft in Frankreich, während das um Czartoryski konzipierte „Hotel Lambert“ die Strategie der Diplomatie befürwortete und dabei die Legionsidee eine wichtige Rolle in der politischen Ausrichtung spielte. Die beiden wichtigsten Lager der polnischen Nationalbewegung in Frankreich waren gleichermaßen auf die Wiederherstellung Polens ausgerichtet, nur sollte dieses Ziel auf unterschiedliche Weise erreicht werden. Vgl. Eugene J. Kisluk, Brothers from the North: The Polish Democratic Society and the European Revolutions of 1848-1849, New York 2005, S. 2f., Vgl. Hans Henning Hahn, Die Diplomatie des Hotel Lambert 1831-1847, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Band 21, Wiesbaden 1973, S. 345-374.

<sup>261</sup> Vgl. Abraham G. Duker, The Polish Political Emigres and the Jews in 1848, in: Proceedings of the American Academy for Jewish Research 24, 1955, pp. 71-75.

und Henryk Gonsaver – im Namen der polnischen Nation jeweils einen Appell an die Juden richteten, in der sie um Unterstützung der polnischen Sache baten.<sup>262</sup>

Die öffentlichen Bekanntmachungen waren dabei sehr allgemein formuliert, wobei es die realpolitischen Gegebenheiten erfordert hätten, speziell um die Gunst der Posener Juden zu werben. Weshalb es noch nicht einmal zu ernsthaften Versuchen gekommen war, die Posener Juden im Vorfeld der Revolution für nationalpolnische Belange zu aktivieren, hatte sicherlich mehrere Gründe.

Ohne zu einer umfassenden Analyse auszuholen, sollten an der Stelle die Hinweise genügen, dass die polnische Nationalbewegung im Großherzogtum Posen mehr darum bemüht war, die nationalen Interessen verschiedener sozialer Gruppen unter einen Hut zu bekommen als die Belange der Judenfrage zu erörtern. Unter diesen Voraussetzungen war keine einheitliche politische Ausrichtung möglich, auch nicht gegenüber den Posener Juden. Zudem bestand ihre Trägerschaft hauptsächlich aus Adeligen und Vertretern der Intelligenz, zu denen auch Geistliche hinzuzurechnen waren. Deren antijüdische und nationalpolnische Tendenzen standen einer gegenseitigen Annäherung im Wege.

Ein markantes Beispiel hierfür war die im April 1841 auf Initiative von Karol Marcinkowski gegründete *Towarzystwo Naukowej Pomocy* in Posen. Dieser Verein, der sich über Mitgliedsbeiträge finanzierte, vergab im Rahmen der Organischen Arbeit Stipendien an sozial schwächere Jugendliche, um mit legalen Mitteln „die geistige und materielle Basis des Polentums zu stärken“.<sup>263</sup> Offiziell wies diese Vereinigung keinen antijüdischen Charakter auf, ihre nationale Ausrichtung war hingegen umso ausgeprägter. Offensichtlich gedachte man die Voraussetzungen für die Wiedererlangung der Unabhängigkeit ausschließlich mit Polen zu verwirklichen.<sup>264</sup>

Trotz offensichtlicher Voreingenommenheit sollte nicht der Eindruck entstehen, die Beziehungen zwischen Polen und Juden wären ausschließlich konfliktträchtig gewesen – im Gegenteil, Priester und Rabbiner unterhielten auch 1848 Beziehungen auf lokaler Ebene,

---

<sup>262</sup> Vgl. Abraham G. Duker, *The Polish Political Emigres and the Jews in 1848*, in: *Proceedings of the American Academy for Jewish Research* 24, 1955, p. 76.

<sup>263</sup> Christoph Schröder, *Karol Marcinkowski und das „Towarzystwo Naukowej Pomocy“ in der polnischen Nationalbewegung im Posener Vormärz*, in: Markus Krzoska/Peter Tokarski, *Die Geschichte Polens und Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert*, Osnabrück 1998, S. 9.

<sup>264</sup> Im Jahre 1846 stieg die Mitgliedszahl auf 2.071 Personen, die – soweit nachweisbar – aller Wahrscheinlichkeit nach polnischer Herkunft waren. Vgl. Christoph Schröder, *Karol Marcinkowski und das „Towarzystwo Naukowej Pomocy“ in der polnischen Nationalbewegung im Posener Vormärz*, in: Markus Krzoska/Peter Tokarski, *Die Geschichte Polens und Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert*, Osnabrück 1998, S. 20.

genauso wie jüdische Kaufleute und Handwerker ihre Beziehungen zu Polen nicht abrupt beendeten.<sup>265</sup>

Andererseits aber bleibt festzuhalten, dass die genannten Faktoren den Posener Juden eine Assimilation ans Polentum nahezu unmöglich machten – von der sprachlichen Seite einmal abgesehen – sofern diese überhaupt als erstrebenswertes Akkulturationsziel galt. Ganz sicher war eine Akkulturation ans Deutschtum für die Posener Juden erstrebenswerter, da die preußische Regierung mit der Naturalisation und der revidierten Städteordnung ihnen den sozialen und politischen Aufstieg erst möglich machte, der von polnischer Seite so nicht zu erwarten gewesen wäre.

Diese Entwicklung war im Jahr 1848 auch deshalb nicht mehr umkehrbar, da einerseits die polnische Seite offensichtlich nicht bereit war, ihre Versäumnisse in der Judenpolitik aufzuholen, andererseits die am 5. Dezember 1848 vom preußischen König oktroyierte Verfassung für die Posener Juden die gleichen staatsbürgerlichen Rechte vorsah.<sup>266</sup>

Nach 1848 verlief der gesellschaftliche Aufstieg der Posener Juden nun derart rasant, dass sie „zu großen Teilen schon aufgehört hätten, sich mit dem Hausierhandel zu beschäftigen. Sie würden Häuser in den repräsentativen Straßen kaufen [...] und sich mit Bankspekulationen beschäftigen.“<sup>267</sup> Auch wenn diese Wahrnehmung eines polnischen Publizisten und Memoirenschreibers sehr stark an die Klischees vom wohlhabenden Juden erinnerte, so gelang es der preußischen Obrigkeit, durch die entsprechenden Gesetze diesen Aufstieg zu forcieren, weshalb unter den Juden im Großherzogtum fortan eine viel stärkere Identifizierung mit dem Deutschtum auftrat, als ein solcher Angleichungs- und Assimilationsprozess ans Polentum denkbar gewesen wäre. Trotzdem lieferte die Revolution von 1848 den nachhaltigen Beweis, dass eine geringere polnisch geprägte Akkulturation die Juden nicht davor abhielt, die Polen in ihrem Anliegen zu unterstützen.

---

<sup>265</sup> Vgl. Witold Molik, Die Posener Juden in der Sicht polnischer Memoiren und Zeitschriften (1848-1890). Ausgewählte Probleme, in: Hans-Jürgen Bömelburg (Hrsg.), „Der Fremde im Dorf“ Überlegungen zum Eigenen und zum Fremden in der Geschichte, Lüneburg 1998, S. 126f.

<sup>266</sup> Nach Artikel 4 waren nun alle Preußen vor dem Gesetz gleich. Auch standen ihnen alle öffentlichen Ämter zur Verfügung. Artikel 11 anerkannte für die Juden die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte. Zwar wurden diese beiden Artikel ebenso in die revidierte Verfassung vom 31. Jänner 1850 aufgenommen, sie wurden aber dahingehend abgeändert, dass den Juden der Zugang zu öffentlichen Ämtern weiterhin erschwert blieb. Für die Posener Juden bedeutete die Verfassung von 1848 die Aufhebung der Unterteilung in Naturalisierte und „Geduldete“ sowie die soziale Mobilität. Vgl. Sophia Kemlein, Die Posener Juden 1815-1848, Hamburg 1997, S. 201.

<sup>267</sup> Witold Molik, Die Posener Juden in der Sicht polnischer Memoiren und Zeitschriften (1848-1890). Ausgewählte Probleme, in: Hans-Jürgen Bömelburg (Hrsg.), „Der Fremde im Dorf“ Überlegungen zum Eigenen und zum Fremden in der Geschichte, Lüneburg 1998, S. 133.

Das Entwicklungsstadium der Akkulturation hatte demnach nur bedingt Auswirkungen auf die Parteilagerung der Posener Juden im deutsch-polnischen Konflikt, da sich nur eine Minderheit aktiv am Revolutionsgeschehen im Großherzogtum Posen beteiligte.

## 5.2. Die „polonophilen“ Krakauer Juden

Das Kapitel zur Politisierung der Juden in Galizien veranschaulichte, dass sich die Mehrheit der aktiv am Revolutionsgeschehen beteiligten Juden mit den nationalen Forderungen der Polen identifizierte. Nun soll untersucht werden, inwieweit dies auf eine mögliche polnisch orientierte Assimilation zurückzuführen war.

Zunächst einmal verlief der Akkulturationsprozess unter den galizischen Juden nach demselben Muster wie unter den Posener Juden im preußischen Teilungsgebiet, mit dem Unterschied, dass die österreichische Regierung die Germanisierung der Juden bereits am Ende des 18. Jahrhunderts umsetzte. Beeinflusst durch die Judengesetzgebung Josephs II. dominierte folglich der deutsche Einfluss, doch hatte er nicht den Erfolg, den sich der Kaiser und seine Regierung erhofft hatten.

Das staatliche Umerziehungsprogramm erwies sich schon bald als utopisch, da deren Ausführung nämlich zu einer Zeit erfolgte, in der sich der Chassidismus als religiös-mythische Bewegung unter den Juden stark verbreitete, während die Haskala und ihre Anhängerschaft zu diesem Zeitpunkt in Galizien praktisch noch nicht existierten. Die Voraussetzungen für eine pro-deutsche Akkulturation waren daher alles andere als günstig, da sich die zahlreichen Chassidim und Orthodoxen der deutschen Einflussnahme aufs schärfste widersetzen. Im Grunde genommen akzeptierten diese beiden religiösen Strömungen einander nicht, ganz im Gegenteil, die orthodoxen Rabbiner sahen in der chassidischen Bewegung eine Gefahr für den Fortbestand des traditionellen Judentums und seiner Gebote, weshalb sie dem chassidischen Einfluss sogar oftmals feindselig gegenüberstanden.

Der Germanisierungsdruck der josephinischen Judengesetzgebung aber führte zur Überwindung der Feindseligkeiten und verstärkte die vorübergehende Annäherung, da die pro-deutsche Akkulturation als ein weiteres Element der Unterdrückung<sup>268</sup> betrachtet wurde und somit dann doch durch sie eine größere Gefahr für das Judentum ausging, die es unter allen Umständen gemeinsam zu bannen galt.<sup>269</sup>

---

<sup>268</sup> Vgl. Raphael Mahler, *Hasidism and the Jewish enlightenment: their confrontation in Galicia and Poland in the first half of the nineteenth century*, Philadelphia [u.a.] 1985, pp. 14-15.

<sup>269</sup> Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts kam es zwischen dem Chassidismus und Vertretern der Orthodoxen sogar zu einem dauerhaften Bündnis, das vom ostgalizischen Zaddik aus Belz und Szymon Schreiber, einem

Dieser geschlossene Widerstand machte es dem Regime vorerst unmöglich die galizischen Juden in sprachlich-kultureller Hinsicht zu germanisieren.<sup>270</sup>

Wie wenig die traditionelle jüdische Elite an der Einführung deutscher Schulen in Galizien interessiert war, verdeutlichte das Pilotprojekt unter der Oberaufsicht von Herz Homberg, das elf Jahre nach seiner Gründung im Jahr 1806 wieder geschlossen werden musste.<sup>271</sup> Die Auflösung deutsch-jüdischer Schulen bedeutete auch gleichzeitig das vorläufige Ende, die galizischen Juden durch staatliche Maßnahmen zum Deutschtum heranzubilden, da diese Politik nach dem Tod Josephs II. nicht weiter fortgesetzt wurde. Stattdessen waren es fortan die Vertreter der Haskala, die einen wesentlichen Anteil an der Verbreitung der deutschen Kultur, insbesondere der deutschen Sprache hatten. Ihre pro-deutsche Affinität wurde dabei weniger durch die bildungspolitischen Anordnungen hervorgerufen, sondern resultierte vielmehr aus ihrer sozialen Mobilität in die Gebiete des Deutschen Bundes oder gar nach Wien.

In erster Linie waren es jüdische Kaufmannsfamilien aus Galizien, die Märkte und Messen in deutschen Städten besuchten und folglich soziale Netzwerke mit ihren Glaubensgenossen in den westeuropäischen Ländern aufbauten, die bereits von der jüdischen Aufklärungsbewegung erfasst wurden.<sup>272</sup> Auch die Stadt Wien bildete einen wichtigen Kanal für den sozialen und geistigen Austausch zwischen Galizien und der österreichischen Hauptstadt, den wiederum die Vertreter der Haskala nutzten, um die galizischen Juden mit dem Medium der deutschen Sprache vertraut zu machen.<sup>273</sup> Auf Hochschulebene inskribierten zu Beginn des 19. Jahrhunderts vereinzelt auch Juden aus Galizien an der medizinischen Fakultät der Universität Wien, die nach Beendigung ihres Studiums als assimilierte Juden nach Galizien zurückkehrten.<sup>274</sup> Später befanden sich unter diesen nicht nur Ärzte, sondern ebenso Absolventen anderer Studienrichtungen, die an der Universität Wien ihr Studium erfolgreich

---

orthodoxen Rabbiner aus Krakau, geschlossen wurde. Gemeinsam waren sie nun bestrebt die Einflüsse der Haskala-Bewegung erfolgreich abzuwehren. Vgl. Teresa Andlauer, *Die jüdische Bevölkerung im Modernisierungsprozess Galiziens (1867-1914)*, Frankfurt am Main [u.a.] 2001, S. 108.

<sup>270</sup> Vgl. Piotr Wróbel, *Przed odzyskaniem niepodległości*, in: Jerzy Tomaszewski (Hrsg.), *Najnowsze dzieje Żydów w Polsce*, Warszawa 1993, S. 89.

<sup>271</sup> Vgl. Isabel Röskau-Rydel (Hrsg.), *Deutsche Geschichte im Osten Europas – Galizien, Bukowina, Moldau*, Berlin 1999, S. 69.

<sup>272</sup> Vgl. Lukasz Tomasz Sroka, *Der Einfluss Wiens auf die polnisch-jüdischen Beziehungen in Galizien im 19. Jahrhundert, speziell in Lemberg und Krakau*, in: Rudolf Wichard (Hrsg.), *Kreuzwege – Kulturbegegnung im öffentlichen Raum*, Frankfurt am Main 2010, S. 94.

<sup>273</sup> Harald Binder, *Galizien in Wien. Parteien, Wahlen, Fraktionen und Abgeordnete im Übergang zur Massenpolitik*, (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie, Band 29), Wien 2005, S. 52.

<sup>274</sup> Die größte Anzahl stammte aus Brody und Lemberg, während aus Westgalizien nur einige wenige Juden den Weg an die Universität Wien fanden. Vgl. Jerzy Holzer, *Enlightenment, Assimilation, and Modern Identity: The Jewish Elite in Galicia*, in: Israel Bartal and Antony Polonsky (ed.), *Focusing on Galicia: Jews, Poles, and Ukrainians 1772-1918*, POLIN 12, London [u.a.] 1999, p. 79.

abgeschlossen hatten. Doch waren es nicht nur Studenten und jüdische Kaufmannsfamilien, die von den Möglichkeiten der Mobilität Gebrauch machten; unter ihnen befanden sich auch einige rabbinische Familien, wie das Beispiel der Familie Bernstein-Löwenstein zeigte. Ihr Begründer war Rabbiner in Lemberg, ehe er nach Frankfurt am Main übersiedelte und sich dem deutschen Kulturkreis assimilierte. Seine Nachkommen bekleideten nun europaweit wichtige Positionen, einer davon wirkte wiederum als Rabbiner der Reformsynagoge in Lemberg, der sich nun konsequent der deutschen Sprache bediente.<sup>275</sup>

Die Sogwirkung dieser weitreichenden Verbindungen hatte auch die Gründung deutsch-jüdischer Schulen in Galizien zur Folge, in denen Deutsch die Unterrichtssprache war. In Tarnopol und Brody entstanden die ersten dieser Art und um 1820 besuchten etwa 300 jüdische Kinder deutschsprachige Volksschulen. Im Jahr 1844 gründete Abraham Kohn eine ähnliche Lehranstalt in Lemberg. Daneben verfügte noch die ein oder andere jüdische Gemeinde über eine derartige Schule, doch änderte dies nichts an der Tatsache, dass die Verbreitung der deutschen Sprache unter den galizischen Juden nur sehr mühsam voranging. Aus dieser kurzen Skizzierung lassen sich zum Stand des jüdischen Schulwesens in Galizien folgende Schlussfolgerungen ziehen: die meisten deutsch-jüdischen Schulen entstanden erst zwischen 1840-1860, fielen also mit der Aufklärungsbewegung im Land zusammen, da sich die Befürworter der Haskala erst in den dreißiger und vierziger Jahren in oben genannten Städten organisierten.<sup>276</sup> Darüber hinaus waren mit Ausnahme der Städte Lemberg, Brody und Tarnopol die Schülerzahlen vergleichsweise niedrig und bewegten sich Schätzungen zufolge um die Mitte des 19. Jahrhunderts zwischen 1.500-2.000 Schüler.<sup>277</sup>

Leider fehlen aus dieser Zeit nicht nur präzise Angaben über das deutsch-jüdische Schulwesen, ebenso fehlen Angaben, wie intensiv die Schüler tatsächlich in der deutschen Sprache unterrichtet wurden. Aus der Zeit Hombergs jedenfalls ist bekannt, dass die für diese Schulreform benötigten Ressourcen fehlten, allen voran mangelte es an geeigneten Lehrern, die der deutschen Sprache mächtig waren.<sup>278</sup>

---

<sup>275</sup> Vgl. Jerzy Holzer, Zur Frage der Akkulturation der Juden in Galizien im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 37(1989), S. 217.

<sup>276</sup> Vgl. Jerzy Holzer, Die galizischen Juden, Deutschtum und Polentum, in: Robert Maier [u.a.] (Hrsg.), *Zwischen Abgrenzung und Assimilation – Deutsche, Polen und Juden. Schauplätze ihres Zusammenlebens von der Zeit der Aufklärung bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges*, (Studien zur internationalen Schulbuchforschung, Band 88), Hannover 1996, S. 128.

<sup>277</sup> Vgl. Filip Friedman, *Die galizischen Juden in den Jahren 1848-68*, Wien 1925, S. 48-51.

<sup>278</sup> Vgl. Majer Bałaban, *Dzieje Żydów w Galicyi i w Rzeczypospolitej Krakowskiej 1772-1868*, Lwów 1914 [Nachdruck der Ausgabe] Kraków 1988, S. 60f.

Da die jüdischen Lehrer lediglich im Talmud unterrichtet wurden und ihnen jegliche weltliche Bildung versagt blieb, griff der österreichische Staat auf den deutsch-böhmischen Beamtenapparat zurück, um die deutsche Sprache unter den galizischen Juden salonfähig zu machen. Vor diesem Hintergrund kann ein Mangel an qualifizierten Lehrern nicht gänzlich ausgeschlossen werden, mit dem sich womöglich die deutsch-jüdischen Schulen in den dreißiger und vierziger Jahren auseinanderzusetzen hatten, zumal der Staat keine ernsthaften Versuche mehr zur Reformierung des galizischen Schulwesens unternahm. Demzufolge waren ausschließlich die Vorkämpfer der Haskala-Bewegung für die Durchführung und Organisation der deutsch-jüdischen Schulen verantwortlich, doch musste dies nicht unbedingt ein Nachteil sein, wie die Beispiele der Städte Lemberg, Tarnopol und Brody zeigten.

Allen diesen Städten war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein rasanter wirtschaftlicher Aufschwung gemein, an dem die jüdische Bevölkerung einen erheblichen Anteil hatte. Allein in Brody dominierten die jüdischen Händler den lokalen Wirtschaftskreislauf und partizipierten erfolgreich am Exportgeschäft der Stadt, weshalb die jüdischen Händler das größte Kapital anhäuften. Zusammen mit dem Wirtschaftsboom wurden die jüdischen Händler in allen drei Städten als erste von der Haskala erfasst, infolgedessen Lemberg, Tarnopol und Brody die Zentren der jüdischen Aufklärungsbewegung in Galizien bildeten.

Im Besonderen wurden die Juden aus Brody von der österreichischen Administration als Maskilim identifiziert<sup>279</sup>, nicht zuletzt deshalb, da sie ihren finanziellen Wohlstand Joseph II. verdankten, welcher der Stadt Brody das Handelsprivileg verliehen hatte. Seither demonstrierte das jüdische Bürgertum in Brody nicht nur Loyalität gegenüber den österreichischen Kaisern, sondern identifizierte sich ebenso mit dem deutschen Kulturkreis.<sup>280</sup> Daher verwundert es nicht, dass ausgerechnet in diesen drei Städten der Zulauf zu den deutsch-jüdischen Schulen am stärksten war. Es kann folglich davon ausgegangen werden, dass sich die jüdischen Gemeinden in diesen drei Städten am ehesten der deutschen Sprache akkulturierten. So aufgeschlossen ein Großteil der besagten jüdischen Gemeinden gegenüber der deutschen Sprache war, so entschieden widersetzten sie sich der Einführung deutscher Predigten.

---

<sup>279</sup> Vgl. Raphael Mahler, *Hasidism and the Jewish enlightenment: their confrontation in Galicia and Poland in the first half of the nineteenth century*, Philadelphia [u.a.] 1985, p. 32.

<sup>280</sup> Vgl. Teresa Andlauer, *Die jüdische Bevölkerung im Modernisierungsprozess Galiziens (1867-1914)*, Frankfurt am Main [u.a.] 2001, S. 103f.

In Lemberg rebellierte nicht nur die Orthodoxen gegen die Änderungen des Ritus, auch unter den aufgeklärten Juden regte sich Widerstand, als einer ihrer Vorsitzenden, setzte sich der deutsch assimilierte Arzt Dr. Maurycy Rappoport gegen die „Verunstaltung unseres Gebetbuches“<sup>281</sup> zur Wehr.

Eine in sprachlicher Hinsicht abgeschlossene Akkulturation bedeutete selbst für die aufgeklärten Juden noch keineswegs die Aufgabe ihrer jüdischen Identität. Ähnlich wie die Posener Juden hielt die Mehrheit der galizischen Juden an ihrer jüdischen Lebensweise und den traditionellen religiösen Normen fest, eine andere Möglichkeit bot sich ihnen schon deshalb nicht, da viele der jüdischen Gemeinden außerhalb der Haskala-Zentren wenig bis gar nicht von der deutschen Sprache erfasst wurden.

Bis zum Ausbruch der Revolution sollte sich an dieser Situation auch nichts ändern, weshalb eine pro-deutsche Akkulturation hauptsächlich in Lemberg<sup>282</sup>, Tarnopol und Brody stattfand, die gemessen an der jüdischen Gesamtbevölkerung Galiziens gering ausfiel. Es ist also davon auszugehen, dass die Mehrzahl der galizischen Juden im Jahr 1848 über keine Kenntnisse der deutschen Sprache verfügte. Selbst in Lemberg war das unter der jüdischen Gemeinde keine Selbstverständlichkeit, da die Predigten auf Deutsch nicht verstanden wurden, wie Berichte über die Reaktionen der Lemberger Juden auf einen deutschen Gottesdienst bestätigten.<sup>283</sup>

Ganz anders verlief derweil der Akkulturationsprozess unter der jüdischen Intelligenz in der Freien Stadt Krakau von 1815 bis 1846. Hier beteiligten sich die Juden ebenso erfolgreich am städtischen Handel wie ihre Glaubensgenossen in Brody oder Lemberg, allerdings mit dem Unterschied, dass sie in erster Linie ihren Warenhandel mit polnischen Händlern abwickelten. Möglich wurden diese intensiven Handelsbeziehungen zwischen den polnischen und jüdischen Einwohnern Krakaus erst mit dem jüdischen Organisationsstatut 1818<sup>284</sup>, das ihnen die Ansiedlung auch außerhalb des Judenviertels in Kazimierz erlaubte.

---

<sup>281</sup> Jerzy Holzer, Die galizischen Juden, Deutschtum und Polentum, in: Robert Maier [u.a.] (Hrsg.), Zwischen Abgrenzung und Assimilation – Deutsche, Polen und Juden. Schauplätze ihres Zusammenlebens von der Zeit der Aufklärung bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, (Studien zur internationalen Schulbuchforschung, Band 88), Hannover 1996, S. 128.

<sup>282</sup> Neben der Wirtschaftskraft war in Lemberg der deutsche Verwaltungsapparat ein weiterer Grund für die sprachliche Akkulturation ans Deutsche. Vgl. Katarzyna Kopff-Muszyńska, „Ob Deutsch oder Polnisch“ – przyczynek do badań nad asymilacją Żydów we Lwowie w latach 1840-1892, in: Andrzej K. Paluch (ed.), The Jews in Poland, Volume 1, Cracow 1992, S. 188.

<sup>283</sup> Vgl. Jerzy Holzer, „Vom Orient die Fantasie, und in der Brust der Slawen Feuer...“. Jüdisches Leben und Akkulturation im Lemberg des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Peter Fäßler [u.a.](Hrsg.), Lemberg – Lwów – Lviv. Eine Stadt im Schnittpunkt europäischer Kulturen, 2. Auflage, Wien [u.a.] 1995, S. 81f.

<sup>284</sup> Statut urządzający Starozakonnych w wolnem mieście Krakowie i jego okręgu. Vgl. Majer Bałaban, Historja Żydów w Krakowie i na Kazimierzu 1304-1868, Tom II: 1656-1868, Kraków 1936, S. 600-605.

Um von diesem Recht Gebrauch machen zu können, mussten die Juden den Nachweis eines Vermögens von 50.000 zloty erbringen, die Fähigkeit besitzen, ihr Handelsgeschäft in fehlerfreiem Polnisch abwickeln zu können sowie ihre Kinder in christlichen Schulen unterrichten lassen.<sup>285</sup> Mit diesem Statut wurde einem Teil der Krakauer Juden nicht nur die Ansiedlung in christlichen Stadtteilen erlaubt, sondern es ebnete ihnen nun offiziell den Weg zur pro-polnischen Akkulturation, die durch die Gründung zahlreicher Schulen ihren Anfang nahm.

Als erstes wurde am 3. Mai 1830 eine Elementarschule für Kinder und Jugendliche jüdischen Glaubens gegründet, die sowohl Jungen als auch Mädchen im Alter zwischen 6-14 Jahren frequentierten. Der Stundenplan sah dabei die Erlernung der polnischen Sprache vor. Darüber hinaus war die Gründung der Höheren Schule eine Fortsetzung der Elementarschule, die sogar mit Geldmitteln der Krakauer Orthodoxen aufgebaut wurde. Angefangen vom Schuldirektor bis zu den Pädagogen lehrten an dieser ausschließlich Polen. Schließlich wurde am 23. Jänner 1838 ebenfalls durch finanzielle Zulagen der orthodoxen Gemeinde eine Industrie- und Handelsschule errichtet, in denen die Heranwachsenden ebenfalls intensiven Polnisch-Unterricht erhielten.<sup>286</sup> Durch die Zusammenarbeit der polnischen Administration und der jüdischen Orthodoxie wurden in Krakau die Voraussetzungen geschaffen, um möglichst vielen jüdischen Kindern und Jugendlichen eine weltliche Bildung inklusive sprachlicher Kompetenzen zu ermöglichen. Im Schuljahr 1848/49 zählte die Industrie- und Handelsschule 428 Schüler<sup>287</sup>, bei einer Gesamtzahl von etwa 13.000 Krakauer Juden. Aufgrund der Entwicklung des Krakauer Schulsystems sowie der umfangreichen Handelsbeziehungen kann davon ausgegangen werden, dass die polnische Sprache weitaus populärer unter der jüdischen Intelligenz und Jugend war, als zur gleichen Zeit die deutsche Sprache. Welchen Stellenwert die polnische Sprache bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts hatte, war an der Forderung der jungen Intelligenz abzulesen, die für die Einführung des Polnischen bei den Predigten plädierte.<sup>288</sup>

---

<sup>285</sup> Vgl. Jacek Purchla, *The Polonization of Jews. Some Examples from Kraków*, in: Michał Galas and Antony Polonsky (ed.), *Jews in Kraków*, POLIN 23, Oxford [u.a.] 2011, p. 200.

<sup>286</sup> Vgl. Anna Jakimyszyn, *Jewish Primary and Secondary School Education in the Free City of Kraków 1815-1846*, in: Michał Galas and Antony Polonsky (ed.), *Jews in Kraków*, POLIN 23, Oxford [u.a.] 2011, pp. 54-60.

<sup>287</sup> Im Einzelnen waren dies 189 Jungen und 239 Mädchen. Vgl. Filip Friedmann, *Die galizischen Juden in den Jahren 1848-68*, Wien 1925, S. 49f.

<sup>288</sup> Vgl. Jerzy Holzer, *Die galizischen Juden, Deutschtum und Polentum*, in: Robert Maier [u.a.] (Hrsg.), *Zwischen Abgrenzung und Assimilation – Deutsche, Polen und Juden. Schauplätze ihres Zusammenlebens von der Zeit der Aufklärung bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges*, (Studien zur internationalen Schulbuchforschung, Band 88), Hannover 1996, S. 128f.

In den Jahren zwischen 1815-1846 entstand in Krakau eine Intelligenzschicht, die eine große Affinität zum Polentum zeigte, womit die Teilnahme der Krakauer Juden an der Revolution von 1848 auf deren pro-polnische Akkulturation zurückzuführen war. Daneben sollte nicht unerwähnt bleiben, dass es bereits während der sozialen Unruhen von 1846 in Krakau zu polnisch-jüdischen Verbrüderungsszenen kam, hervorgerufen durch einen Beschluss der Nationalregierung vom 23. Februar 1846, die alle ständischen Einschränkungen für die Krakauer Juden aufhob und somit deren Gleichberechtigung zeitweilig einführte.

Anders als in Lemberg neigte die jüdische Elite in Krakau viel stärker zum Polentum – ausgenommen die jüdische Bevölkerung im Ghetto von Kazimierz, bei der die Bestrebungen hin zu einer pro-polnischen Akkulturation nur geringen Effekt hatten.<sup>289</sup>

Die Stadt Krakau und ihre jüdische Gemeinde bildeten in der Hinsicht eine Ausnahme auf dem Gebiet Galiziens, schließlich wies bis zum Jahr 1848 keine weitere jüdische Gemeinde eine ähnlich starke Tendenz zum Polentum auf. Umso überraschender war es, dass letztlich die Mehrheit der jüdischen Revolutionäre in Galizien eher die polnische Nationalbewegung unterstützte als aktiv zugunsten des Habsburgerstaates zu intervenieren.

Während des galizischen „Völkerfrühlings“ waren Brody und mit Abstrichen auch Lemberg die einzigen Städte Galiziens, deren jüdische Elite sich loyal gegenüber dem Kaiser verhielt, wobei sich insbesondere Brody durch einen pro-österreichischen Patriotismus auszeichnete, welcher letztlich auf eine deutschgeprägte Akkulturation zurückzuführen war. In beiden Städten wurde die jüdische Intelligenz schon am Ende des 18. Jahrhunderts durch die erste Phase der deutschen Akkulturation geprägt, deren Bindung an die deutsche Sprache und Kultur bis weit über das Jahr 1848 hinaus bestand hatte.

Auf der anderen Seite war die Stadt Lemberg der offensichtlichste Beweis dafür, dass eine relativ starke Tendenz hin zur deutschen Kultur und Sprache nicht zwangsläufig ein Engagement zugunsten der Habsburger zur Folge haben musste: Trotz der deutschgeprägten Akkulturation der Lemberger Maskilim kämpften sie in der Revolution von 1848 an der Seite der Polen und illustrierten zusammen auf parlamentarischer Ebene Einigkeit gegenüber dem österreichischen Absolutismus.

---

<sup>289</sup> Vgl. Jacek Purchla, *The Polonization of Jews: Some Examples from Kraków*, in: Michał Galas and Antony Polonsky (ed.), *Jews in Kraków*, POLIN 23, Oxford [u.a.] 2011, p. 201.

Das Jahr 1848 war mit Ausnahme der Stadt Krakau zweifellos die erste Etappe auf dem Weg zur pro-polnischen Akkulturation unter denjenigen Juden, die sich mit der polnischen Nationalbewegung arrangierten und mit ihr gemeinsam um Freiheit und Gleichheit rangen. Verstärkt wurden die pro-polnischen Tendenzen im Revolutionsjahr durch die Gründung vieler polnisch-jüdischer Vereine und Gesellschaften, die die Verbreitung der polnischen Sprache unter den Juden zum Ziel hatten.

Diese gemeinsamen Erfahrungen aus der Revolutionszeit verstärkten in der Folgezeit den Prozess der schrittweisen Anpassung an die polnische Kultur, doch sollte dieser erst in der Zeit der Autonomie Galiziens ab 1867 verstärkt hervortreten, nach dem die Polonisierung des Verwaltungsapparats in Galizien einsetzte.

## **6. Fazit**

Der „Völkerfrühling“ bedeutete für die jüdischen Gemeinden in Galizien und im Großherzogtum Posen gleich in mehrerer Hinsicht eine Zäsur. Zum ersten Mal traten sie in größerer Zahl außerhalb der Gemeinde als politische Akteure auf und wurden so von einer außerordentlichen Politisierung erfasst, angefangen von den assimilierten Juden bis hinein in die orthodoxen und chassidischen Kreise erlebten die zahlenmäßig größten Strömungen innerhalb des Ostjudentums ihre politische Bewährungsprobe in einer christlich geprägten Umgebung. Sie wurden nicht nur in die National-Komitees von Posen, Lemberg und Krakau berufen, sondern bekleideten während der Revolution in lokalen Stadtvertretungen ebenfalls wichtige Positionen. Einer von ihnen, Ber Meisels, schaffte es sogar als Deputierter in den Reichstag von Kremsier. Ferner formierten sie sich innerhalb der Krakauer und Lemberger Nationalgarde zu eigenständigen Kompanien mit jüdischen Offizieren an der Spitze, insofern sich das jüdische Engagement ebenso auf den militärischen Bereich erstreckte.

Die Ziele und Forderungen, mit denen die Posener und galizischen Juden an die diversen politischen Gremien zur Revolutionszeit herantraten, hätten unterschiedlicher nicht sein können – selbst unter den jüdischen Gemeinden in den beiden Teilungsgebieten, Posen und Galizien, herrschte kein Konsens über eine gemeinsame Politik – doch zeigte zumindest das Revolutionsjahr, dass die jüdische Intelligenz der drei oben genannten religiösen Strömungen nicht bereit war, den politischen Umwälzungen fern zu bleiben.

Die Maskilim erblickten im „polnischen Völkerfrühling“ die Gelegenheit – stärker als jemals zuvor –, die Gleichberechtigung zu fordern, deren Vertreter in Posen davon überzeugt waren, diese könnte am ehesten durch den preußischen Staat verwirklicht werden, während ihre Glaubensgenossen in Galizien die Hoffnung hatten, ihre Gleichstellung zusammen mit den Polen zu erkämpfen.

Die aufgeklärten Juden in Galizien scheuten somit den offenen Kampf mit den reaktionären Kräften des Habsburgerstaates nicht, während sich die Maskilim in Posen solidarisch zum konservativen Preußen verhielten. Die Mehrheit der orthodoxen und chassidischen Juden aber war überwiegend darum bemüht den traditionellen Charakter des Judentums zu wahren, anstatt Forderungen nach Gleichberechtigung zu stellen, einzige Ausnahme war in dieser Hinsicht die Orthodoxie in Krakau, da sie ausdrücklich die Polen in ihrem Kampf um nationale Befreiung und gesellschaftliche Emanzipation unterstützte.

Insgesamt war die Haltung der jüdischen Bevölkerung gegenüber der Revolution sehr mannigfaltig, widersprüchlich und inkonsequent zugleich, sie reichte von grenzenloser Begeisterung bis hin zu totaler Ablehnung. Auf der einen Seite kämpften jüdische Revolutionäre Seite an Seite mit den Aufständischen, während auf der anderen Seite die jüdischen Konservativen durch ihr solidarisches Auftreten mit den Teilungsmächten die Konterrevolution vorbereiteten. Nicht zu vergessen ist, dass die Mehrheit der Juden den revolutionären Ereignissen völlig emotionslos und unbeteiligt gegenüberstand.

Diese Ambivalenz trat in Galizien noch viel stärker hervor als zur gleichen Zeit im Großherzogtum Posen, da die galizischen Juden zusätzlich durch einen innerjüdischen Konflikt gespalten wurden. Der latente Konflikt zwischen den aufgeklärten und konservativen Juden schwelte bereits seit längerem, nur brach er mit der Revolution vollends aus, infolgedessen das innerjüdische Leben in Galizien viel stärker zerrüttet wurde als in Posen. Streitpunkte waren die fortschrittlichen Ideen des Kreisrabbiners Abraham Kohn in Lemberg, der den aus seiner Sicht rückständigen Talmundunterricht abschaffen und stattdessen den jüdischen Kindern eine weltliche Bildung ermöglichen wollte. Seinen Reformeifer bezahlte Kohn letztlich mit seinem Leben; er wurde von Ber Pilpel, einem Juden chassidischen Glaubens, vergiftet. Die Verschärfung des innerjüdischen Gegensatzes war somit ein weiteres Ereignis/Kuriosum in der kurzen, aber facettenreichen Beteiligung der Juden an der Revolution von 1848, in der die Heterogenität des Ostjudentums vollends hervortrat.

Ein wesentlicher Grund für diese vielfältigen und diametralen Reaktionen der jüdischen Bevölkerung auf den Ausbruch des „Völkerfrühlings“ war letztlich auf die Judenpolitik der Teilungsmächte zurückzuführen, die Preußen und Österreich gegenüber ihren jüdischen Untertanen bis 1848 durchführten. Beide Mächte übten nicht nur starken Einfluss auf den Akkulturationsprozess unter den Juden aus, der wesentlich zur Verschärfung des innerjüdischen Gegensatzes beitrug, sondern beeinflussten maßgeblich deren Parteiergreifung im Jahr 1848.

Bis zur ersten polnischen Teilung 1772 zeichnete sich das Ostjudentum durch seine Homogenität in den Grenzen des polnisch-litauischen Staates aus, das in seiner äußeren Erscheinungsform eine weitgehend abgeschlossene Kulturgemeinschaft bildete und mit dem Jiddischen eine eigenständige Sprache hervorbrachte, derer sich die Ostjuden im Umgang miteinander bedienten. Mit den Teilungen und der endgültigen Auflösung des polnisch-litauischen Staates aber zerfiel die Gemeinschaft des Ostjudentums und lebte fortan in den Grenzen der Teilungsmächte Österreich, Preußen und Russland.

In der Folge bildete sich innerhalb des Ostjudentums also ein zweiter jüdischer Kulturkreis in den Grenzen der Habsburgermonarchie und des preußischen Staates heraus, in dem die jüdische Bevölkerung entsprechend ihrem jeweiligen Teilungsgebiet dem Posener bzw. galizischen Judentum zugerechnet wurde. Nach der Annektierung der Gebiete des polnisch-litauischen Staates wurden sowohl die Posener Juden als auch ihre Glaubensgenossen in Galizien von den Teilungsmächten als „unzivilisierte polnische“ Juden wahrgenommen, die durch ihre jüdische Talmudgelehrsamkeit eine ausschließende religiöse Identität bewahrten.

Preußen und Österreich versuchten nun, durch entsprechende Verordnungen und Gesetze Einfluss auf die neuhinzugewonnene Minorität zu nehmen, um die polnischen Juden in sprachlicher und kultureller Hinsicht an den deutschen Kulturkreis heranzuführen, mit nachhaltigerem Effekt bei den Posener Juden als bei ihren Glaubensgenossen in Galizien, wie sich mit Blick auf die Revolution von 1848 herausstellte.

Zwar gab es bis zum Ausbruch der Revolution auch unter den galizischen Juden mit Ausnahme der Assimilierung ans Polnische in der Republik Krakau vorerst keine Alternative zur deutschen Akkulturation, doch setzte sich der deutsche Einfluss hauptsächlich in den jüdischen Gemeinden Ostgaliziens durch, während er in Westgalizien weniger Anklang fand. Die Verbreitung der deutschen Sprache war unter den galizischen Juden stärker regionsabhängig und erreichte nie die Breitenwirkung wie unter den Posener Juden.

Im Großherzogtum Posen sorgten die preußische Judenpolitik im Zusammenspiel mit der Haskala-Bewegung dafür, dass die Posener Juden nahezu auf dem gesamten Territorium intensiv mit der deutschen Sprache in Kontakt kamen. Ausschlaggebend dafür war die Verordnung von 1833, die ein verbindliches Schulsystem unter den Posener Gemeinden etablierte, das den Juden den Zugang zur weltlichen Bildung, inklusive der deutschen Sprache ermöglichte. Ganz gewiss wäre ohne die Unterstützung der Haskala die Umsetzung der Schulreform nicht möglich gewesen.

Die österreichische Regierung wagte im Bildungswesen einen ähnlichen Vorstoß, doch brachte die Einführung deutsch-jüdischer Schulen in Galizien nicht den erhofften Erfolg, da eine Kooperation mit der Haskala in Galizien aus zwei Gründen nicht gegeben war. Einerseits entstand ihr im Chassidismus und der Orthodoxie eine erbitterte Gegnerschaft, andererseits verbreiteten sich die aufklärerischen Ideen in Galizien erst in den dreißiger und vierziger Jahren, im Gegensatz zum Großherzogtum Posen vergleichsweise spät. Die Voraussetzungen für eine pro-deutsche Akkulturation waren unter den Posener Juden günstiger, da der Chassidismus unter den Posener Juden auf wenig Resonanz stieß, während er sich unter den Juden in Galizien zur religiösen Massenbewegung etablierte.

Verallgemeinernd lässt sich feststellen, dass sich die Posener Juden aus den genannten Gründen nicht nur entschlossener dem deutschen Sprach- und Kulturkreis öffneten, sondern ihre Bereitschaft zur sprachlichen Akkulturation bis ins Kleinbürgertum hineinreichte. In Galizien beschränkte sich die Akkulturation ans Deutsche – mit Ausnahme der Städte Brody, Lemberg und Tarnopol – auf bestimmte Gesellschaftsschichten, in erster Linie auf die Maskilim selbst.

So sehr sich die Posener Juden sprachlich an den deutschen Kulturkreis annäherten, so entschlossen hielten sie gleichzeitig am Traditionalismus fest, der sich insbesondere in ihrer alltäglichen Lebensweise ausdrückte. Bis weit nach 1848 blieben viele der jüdischen Gemeinden weiterhin dem jüdischen Milieu verhaftet, insofern sich die Posener Juden sprachlich zwar immer weiter ans Deutsche akkulturierten, dabei aber ihre jüdische Identität stets bewahrten. Das Ziel einer vollständigen Assimilation mit der Taufe als Abschluss erreichte die preußische Regierung nur unter denjenigen Posener Juden, die im Revolutionsjahr bereits in Berlin, Königsberg und anderen deutschen Städten für Freiheit und Gleichheit kämpften und somit schon seit längerem ihrer Heimat den Rücken kehrten, wie das Beispiel des Königsberger Landtagsabgeordneten, Raphael Kosch, in der Preußischen Nationalversammlung zeigte.

Bei all der ausdrücklichen Betonung einer pro-deutschen Akkulturation unter den Posener Juden sollte nicht vergessen werden, dass auch die polnische Sprache zumindest von einem Teil verstanden wurde, wenngleich deren Verbreitung in abgeschwächter Form stattfand und nicht den Stellenwert der deutschen Sprache besaß. Einen höheren Stellenwert wies das Polnische dagegen unter den Krakauer Juden auf, deren Intelligenz sich bis zum Jahr 1848 stärker ans Polentum akkulturierte, insofern die Krakauer Gemeinde bis zu diesem Zeitpunkt in Galizien eine Ausnahmeerscheinung war.

Ganz gleich, ob sich die Juden nun sprachlich verstärkt dem Deutschtum oder dem Polentum annäherten, das Stadium der Akkulturation hatte nicht unbedingt die Politisierung der jüdischen Bevölkerung zur Folge, schließlich verhielt sich die überwiegende Mehrheit sowohl in Galizien als auch in Posen gegenüber dem „Völkerfrühling“ neutral und unterstützte weder das konservative Regime noch die polnischen Aufständischen. In der Regel war es in beiden Teilungsgebieten die jüdische Intelligenz, die sich aktiv am Revolutionsgeschehen beteiligte, allerdings musste eine deutschgeprägte Akkulturation nicht unbedingt zur Loyalität gegenüber den Monarchien führen. Während es in Posen mehr die Ausnahme als die Regel war, dass ein zum Deutschtum assimilierter Jude die polnischen Revolutionäre unterstützte, identifizierten sich die deutschsprachigen Vertreter der Haskala in Lemberg fast geschlossen mit der polnischen Frage. Umgekehrt befürworteten die dem Polentum nahestehenden Juden ausnahmslos eine polnisch-jüdische Verbrüderung in der Revolutionsphase.

Welche Konsequenzen die Ausrichtung der Akkulturation unter den „polnischen“ Juden hatte, wurde nicht zuletzt anhand der Auswanderungsbewegungen sichtbar, die unter den Posener Juden unmittelbar nach dem „Völkerfrühling“ einsetzte. Viele von ihnen emigrierten in andere preußische Provinzen, wo sie nach der rechtlichen Gleichstellung ab 1869 vorerst als preußische, später als deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens anerkannt wurden. Unter den galizischen Juden setzte eine ähnliche Auswanderungswelle zwischen 1870-1914 ein, deren Ziel vor allem die Stadt Wien war, nachdem ihnen auch der österreichische Staat die Gleichberechtigung 1867 gewährte.

Die Periode nach 1848 war für die Akkulturation und Assimilierung der Ostjuden von großer Bedeutung, in der sie neben ihrer jüdischen Identität zusätzlich die deutsche und/oder die polnische annahmen.

Abschließend war das Zitat von Marcel Reich-Ranicki zweifellos ein Abbild der vielfältigen Identitäten, die das Ostjudentum im Laufe seiner Geschichte annahm, doch hätte seine Aussage ebenso auf das Jahr 1848 zurückdatiert werden können, da eine Minderheit der Ostjuden bereits im polnischen „Völkerfrühling“ – wohlgernekt in abgeschwächter Ausprägung – über sich hätte sagen können, dass sie halbe Polen, halbe Deutsche und ganze Juden waren.

## Anhang

### Verzeichnis der Ortsnamen und Anteil der jüdischen Einwohner im Großherzogtum Posen für das Jahr 1849

Deutsch	Polnisch	Einwohner gesamt	Jüdische Einwohner	Prozentsatz
<b>Borek</b>	Borek Wielkopolski	1.732	437	25
<b>Bromberg</b>	Bydgoszcz	10.263	747	7
<b>Buk</b>	Buk	2.181	279	12
<b>Czarnikau</b>	Czarnków	3.654	1.111	30
<b>Filehne</b>	Wieleń	3.360	1.027	31
<b>Gnesen</b>	Gniezno	6.348	1.783	28
<b>Gostyn</b>	Gostyń	2.444	236	10
<b>Graetz</b>	Grodzisk Wielkopolski	3.530	1.360	29
<b>Inowraclaw</b>	Inowrocław	5.747	2.098	37
<b>Jarotschin</b>	Jarocin	2.016	603	30
<b>Kempen</b>	Kępno	5.682	3.189	56
<b>Koschmin</b>	Koźmin	3.454	738	21
<b>Kostschin</b>	Kostrzyn	1.337	35	3
<b>Krotoschin</b>	Krotoszyn	7.774	2.327	30
<b>Kurnik</b>	Kórnik	2.783	979	35
<b>Lissa</b>	Leszno	9.211	3.109	34
<b>Miloslaw</b>	Miłosław	1.764	603	34
<b>Pleschen</b>	Pleszew	5.362	1.068	20
<b>Posen</b>	Poznań	37.964	7.691	20
<b>Samter</b>	Szamotuły	2.637	990	38
<b>Schroda</b>	Środa Wielkopolski	2.577	358	14
<b>Schubin</b>	Szubin	2.752	468	17
<b>Schwersenz</b>	Swarzędz	2.908	1.383	48
<b>Stenschewo</b>	Stęszew	1.314	150	11
<b>Strelno</b>	Strzelno	2.521	405	16
<b>Tremessen</b>	Trzemeszno	3.174	403	13
<b>Wreschen</b>	Września	3.125	1.144	37
<b>Xions</b>	Książ Wielkopolski	996	200	20
<b>Zerkow</b>	Żerków	1.704	491	29
<b>Schnin (Znin)</b>	Żnin	1.702	316	18

Abb.: aus: Sophia Kemlein, Die Posener Juden 1815-1848, Hamburg 1997, S. 342-351.

**„Zweite Proklamation an die Israeliten“ durch das National-Komitee in Posen am 24. März 1848**

„Brüder Israeliten!

Es hat sich das Gerücht verbreitet, als hege das polnische Volk unserer Stadt die Absicht, Gewalttaten an Eurer Person und Eigenthum auszuüben. Wir versichern euch, daß dieses Gerücht unbegründet und nichtig sei; wir versichern, daß die Polen fern sind von allen feindlichen Schritten gegen irgend eine Nation, wir sind vielmehr nach allen unseren Kräften bemüht, ‚die Sicherheit und Ordnung zu wahren‘ so wie Alles anzuwenden, was zu deren Aufrechterhaltung beizutragen vermag. Seid daher getrost, verlasset nicht eure Geschäfte und lasset Euch in dem Vertrauen, daß die polnische Nation stets Eure Religion und Gebräuche geehrt, so wie den Schutz der für sich in Anspruch genommenen Rechte auch Euch angedeihen lasse, durch die von böswilligen Menschen verbreiteten Gerüchte nicht irre leiten. Das volle Bürgerrecht, daß unsere Brüder in Krakau im Jahre 1846 Euch verliehen, garantieren auch wir unseren Brüdern Israeliten, und bitten Dieselben in Gemeinschaft mit uns unser gemeinschaftliches Interesse zu unterstützen. Das Polnische National-Comité.“

Text aus: Gazeta Polska 25. März 1848, Nr 3, S. 10.

## Entwicklung des jüdischen Schulwesens im Großherzogtum Posen 1827-1833

Jahr	Schulpflichtige	Ohne Unterricht	Prozentsatz	Mit Unterricht	An christl. Schulen	Prozentsatz	An jued. Schulen in%
1827	13.090	5.259	40	7.831	767	10	90
1828	12.724	4.585	36	8.139	1.264	16	84
1829	13.246	3.420	26	9.826	1.190	12	88
1830	14.070	3.789	27	10.281	1.280	12	88
1831	13.360	3.513	26	9.847	1.318	13	87
1832	13.498	3.875	29	9.623	1.437	15	85
1833	13.444	3.241	24	10.203	1.808	18	82

Abb.: aus: Sophia Kemlein, Die Posener Juden 1815-1848, Hamburg 1997, S. 83.

## Literaturverzeichnis

- Allerhand Jacob, Toleranzpolitik und Kulturkampf, Eisenstadt 1982.
- Andlauer Teresa, Die jüdische Bevölkerung im Modernisierungsprozess Galiziens (1867-1914), Frankfurt am Main [u.a.] 2001.
- Bałaban Majer, Historja Żydów w Krakowie i na Kazimierzu 1304-1868, Tom II: 1656-1868, Kraków 1936.
- Bałaban Majer, Dzieje Żydów w Galicyi i w Rzeczypospolitej Krakowskiej 1772-1868, Lwów 1914 [Nachdruck der Ausgabe] 1988.
- Bergmann Eugen von, Zur Geschichte der Entwicklung deutscher, polnischer und jüdischer Bevölkerung in der Provinz Posen seit 1824, Tübingen 1883.
- Best Heinrich/Weege Wilhelm, Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1998.
- Binder Harald, Galizien in Wien. Parteien, Wahlen, Fraktionen und Abgeordnete im Übergang zur Massenpolitik, (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie, Band 29), Wien 2005.
- Blaschke Olaf, Mattioli Aram(Hrsg.), Katholischer Antisemitismus im 19. Jahrhundert – Ursachen und Traditionen im internationalen Vergleich, Zürich 2000.
- Bloch Philipp, Die ersten Culturbestrebungen der jüdischen Gemeinde Posen unter preussischer Herrschaft, in: Jubelschrift zum 70. Geburtstag des Professors Dr. Heinrich Graetz, Nachdruck der Ausgabe Breslau [1887], Hildesheim [u.a.] 1973, S. 194-217.
- Boberach Heinz, Die Posener Frage in der deutschen und der preußischen Politik 1848-1849, in: Booms Hans (Hrsg.), Deutsche und Polen in der Revolution 1848-1849 – Dokumente aus deutschen und polnischen Archiven, Schriften des Bundesarchivs 37, Boppard am Rhein 1991, S. 17-26.
- Brammer Annegret, Judenpolitik und Judengesetzgebung, Berlin 1987.
- Broszat Martin, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, 1. Auflage, Frankfurt 1972.
- D'Ophanie Alphons Heinrich Traunpaur, Dreyßig Briefe über Galizien oder Beobachtungen eines unpartheyischen Mannes, der sich mehr als nur ein paar Monate in diesem Königreiche umgesehen hat, Nachdruck der Ausgabe, Wien und Leipzig 1787.

- Dubnov Simon, Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes – Das Zeitalter der ersten Emanzipation (1789-1815), in: Ders., Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band 8, 2. veränd. Auflage, Berlin 1928.
- Duker Abraham G., The Polish Political Emigres and the Jews in 1848, in: Proceedings of the American Academy for Jewish Research 24, 1955, pp. 69-102.
- Eisenbach Artur, Die Judenemanzipation in den polnischen Gebieten im 19. Jahrhundert vor europäischen Hintergrund, in: Stefi Jersch-Wenzel (Hrsg.), Deutsche – Polen – Juden – Ihre Beziehungen von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, Berlin 1987, S. 169-189.
- Eisenbach Artur, The Emancipation of the Jews in Poland, 1780-1870, Oxford [u.a.] 1991.
- Feldman Wilhelm, Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen (1795-1914), München [u.a.] 1917.
- Friedler Joseph Menasche, Die galizischen Juden von wirtschaftlichem, kulturellem und staatsbürgerlichem Standpunkte. 1815-1848., Wien 1923.
- Friedmann Filip, Die galizischen Juden in den Jahren 1848-68: eine politische Geschichte mit Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zustände, Wien 1925.
- Gąsiorowski Antoni (red.), Wielkopolski słownik biograficzny, Polskie Towarzystwo Historyczne, Wyd. 1, Warszawa [u.a.] 1981.
- Gelber Nathan Michael, Die Juden und der polnische Aufstand 1863, Wien [u.a.] 1923.
- Gnauck Gerhard, Zwischen Deutschen, Polen und Juden: Marcel Reich-Ranickis Lebensweg.[http://www.bpb.de/themen/PH08YK,0,Zwischen\\_Deutschen\\_Polen\\_und\\_Juden%3A\\_Marcel\\_ReichRanickis\\_Lebensweg.html](http://www.bpb.de/themen/PH08YK,0,Zwischen_Deutschen_Polen_und_Juden%3A_Marcel_ReichRanickis_Lebensweg.html) (letzter Zugriff am 05.03.2012).
- Goldberg Jakub, Der Vierländer-Rat der polnischen Juden und seine Beziehungen zu den jüdischen Gemeinden und Juden in Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert, in: Grözinger Karl Erich, Die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den jüdischen Gemeinden in Polen und Deutschland vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1992, S. 39-51.
- Grab Walter, Schoeps Julius H. (Hrsg.), Juden im Vormärz und in der Revolution von 1848, Stuttgart-Bonn 1983.

- Graetz Heinrich, Geschichte der Juden vom Beginn der Mendelssohnschen Zeit (1750) bis in die neueste Zeit (1848), Band 11, 2. verm. und verb. Auflage, bearb. von M. Braun, Berlin 1998.
- Grześ Bolesław/Kozłowski Jerzy/Kramski Aleksander, Niemcy w Poznańskim wobec polityki germanizacyjnej 1815-1920, Poznań 1976.
- Guesnet François, Polnische Juden im 19. Jahrhundert – Lebensbedingungen, Rechtsnormen und Organisation im Wandel, Köln [u.a.] 1998.
- Guesnet François (Hrsg.), Der Fremde als Nachbar – Polnische Positionen zur jüdischen Präsenz Texte seit 1800, Frankfurt am Main 2009.
- Häusler Wolfgang, Die Revolution von 1848 und die österreichischen Juden, Wien 1973.
- Häusler Wolfgang, Das Judentum im Revolutionsjahr 1848, in: Österreichisches Jüdisches Museum (Hrsg.), Studia Judaica Austriaca, Band 1, Eisenstadt 1974.
- Häusler Wolfgang, Das galizische Judentum in der Habsburgermonarchie. Im Lichte der zeitgenössischen Publizistik und Reiseliteratur von 1772-1848, Wien 1979.
- Hagen William W., Germans, Poles, and Jews – The nationality conflict in the Prussian East, 1772-1914, Chicago 1980.
- Hahn Hans Henning, Die Diplomatie des Hotel Lambert 1831-1847, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Band 21, Wiesbaden 1973, S. 345-374.
- Haumann Heiko, Geschichte der Ostjuden, 4. Auflage, München 1998.
- Haustein Ulrich, Das Verhältnis von Juden und Polen, in: Rengstorf Karl Heinrich (Hrsg.), Kirche und Synagoge: Handbuch zur Geschichte von Christen und Juden, Band 2, Stuttgart 1970, S. 453-482.
- Heppner Aaron/Herzberg Isaak, Aus Vergangenheit und Gegenwart der Juden und der jued. Gemeinden in den Posener Landen, nach gedruckten und ungedruckten Quellen, Band 2, Koschmin/Bromberg 1904.
- Heppner Aaron/Herzberg Isaak, Aus Vergangenheit und Gegenwart der Juden in Posen, Koschmin 1914.
- Holzer Jerzy, Zur Frage der Akkulturation der Juden in Galizien im 19. und 20. Jahrhundert, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 37(1989), S. 217-227.
- Holzer Jerzy, „Vom Orient die Fantasie, und in der Brust der Slaven Feuer...“. Jüdisches Leben und Akkulturation im Lemberg des 19. und 20. Jahrhunderts, in:

Fäßler Peter [u.a.](Hrsg.), Lemberg – Lwów – Lviv. Eine Stadt im Schnittpunkt europäischer Kulturen, 2. Auflage, Wien [u.a.] 1995, S. 75-91.

- Holzer Jerzy, Die galizischen Juden, Deutschtum und Polentum, in: Maier Robert [u.a.] (Hrsg.), Zwischen Abgrenzung und Assimilation – Deutsche, Polen und Juden. Schauplätze ihres Zusammenlebens von der Zeit der Aufklärung bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, (Studien zur internationalen Schulbuchforschung, Band 88), Hannover 1996, S. 125-137.
- Holzer Jerzy, Enlightenment, Assimilation, and Modern Identity: The Jewish Elite in Galicia, in: Bartal Israel and Polonsky Antony (ed.), Focusing on Galicia: Jews, Poles, and Ukrainians 1772-1918, POLIN 12, London [u.a.] 1999, pp. 79-85.
- Jaffe Moritz, Die Stadt Posen unter preußischer Herrschaft, Leipzig 1909.
- Jakimyszyn Anna, Żydzi krakowscy w dobie Rzeczypospolitej Krakowskiej, Kraków [u.a.] 2008.
- Jakimyszyn Anna, Jewish Primary and Secondary School Education in the Free City of Kraków 1815-1846, in: Galas Michał and Polonsky Antony (ed.), Jews in Kraków, POLIN 23, Oxford [u.a.] 2011, pp. 49-61.
- Jakóbczyk Witold, Wielkopolska (1815-1850) – wybór źródeł, Wrocław 1952.
- Jersch-Wenzel Stefi, Zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in der Provinz Posen im 19. Jahrhundert, in: Rhode Gotthold (Hrsg.), Juden in Ostmitteleuropa – Von der Emanzipation bis zum Ersten Weltkrieg, Marburg/Lahn 1989, S. 73-84.
- Jersch-Wenzel Stefi, Juden in Preußen – Preußische Juden?, in: Volkov Shulamit /Stern Frank, Sozialgeschichte der Juden in Deutschland, Festschrift zum 75. Geburtstag von Jacob Toury, Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Band 20, 1. Auflage, Gerlingen 1991, S. 437-448.
- Karniel Josef, Zur Auswirkung der Toleranzpatente für die Juden in der Habsburgermonarchie im josephinischen Jahrzehnt, in: Barton Peter F. (Hrsg.), Im Zeichen der Toleranz – Aufsätze zur Toleranzgesetzgebung des 18. Jahrhunderts in den Reichen Joseph II., ihren Voraussetzungen und ihren Folgen, Studien und Texte zur Kirchengeschichte und Geschichte, Reihe 2, Band 8, Wien 1981, S. 203-220.
- Kemlein Sophia, Die Posener Juden 1815-1848, Hamburg 1997.
- Kieniewicz Stefan, Społeczeństwo polskie w powstaniu poznańskim 1848 roku, Warszawa 1935.
- Kieniewicz Stefan, Rok 1848 w Polsce – wybór źródeł, Wrocław 1948.

- Kieniewicz Stefan, Polish society and the Jewish problem in the nineteenth century, in: Abramsky Chimen, Jachimczyk Mawiej and Polonsky Antony (ed.), *The Jews in Poland*, Oxford 1986, pp. 70-77.
- Kisluk Eugene J., *Brothers from the North: The Polish Democratic Society and the European Revolutions of 1848-1849*, New York 2005.
- Kopff-Muszyńska Katarzyna, „Ob Deutsch oder Polnisch” – przyczynek do badań nad asymilacją Żydów we Lwowie w latach 1840-1892, in: Paluch Andrzej K. (ed.), *The Jews in Poland*, Volume 1, Cracow 1992, S. 187-203.
- Kratter Franz, *Briefe über den itzigen Zustand von Galizien*, 2. Bände, Nachdruck der Ausgabe, Leipzig 1786.
- Kraus Elisabeth, *Die Familie Mosse – Deutsch-jüdisches Bürgertum im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1999.
- Kunz Hermann, *Die kriegerischen Ereignisse im Großherzogtum Posen im April und Mai 1848*, Berlin 1899.
- Laubert Manfred, *Die preußische Polenpolitik von 1772-1914*, 3. Auflage, Krakau 1944.
- Lewin Louis, *Jüdische Aerzte in Grosspolen*, in: *Jahrbuch der Jüdisch-Literarischen Gesellschaft* 9 (1911), S. 367-420.
- Lichtblau Albert, *Integration, Vernichtungsversuch und Neubeginn. Österreichisch-jüdische Geschichte 1848 bis zur Gegenwart*, in: Wolfram Herwig (Hrsg.), *Österreichische Geschichte. Geschichte der Juden in Österreich*, Wien 2006, S. 447-565.
- Mahler Raphael, *Hasidism and the Jewish enlightenment: their confrontation in Galicia and Poland in the first half of the nineteenth century*, Philadelphia [u.a.] 1985.
- Majorek Czeslaw, Żaliński Henryk, *The Revolution of 1848 in Polish Historical Consciousness: Remarks on Three Anniversary Celebrations (1898, 1948, 1998)*, in: Tacke Charlotte (ed.), *1848 Memory and Oblivion in Europe*, Brussels [u.a.] 2000, pp. 123-152.
- Makowski Krzysztof, *Das Grossherzogtum Posen im Revolutionsjahr 1848*, in: Jaworski Rudolf und Luft Robert (Hrsg.), *1848/49 Revolutionen in Ostmitteleuropa*, München 1996, S. 149-172.
- Makowski Krzysztof, *Żydzi wobec Wiosny Ludów w Wielkim Księstwie Poznańskim*, in: Topolski Jerzy (red.), *Żydzi w Wielkopolsce na przestrzeni dziejów*, Poznań 1999, S. 149-167.

- Makowski Krzysztof, *Between Germans and Poles: The Jews of Poznań in 1848*, in: Polonsky Antony (ed.), *Focusing on Jews in the Polish Borderlands*, POLIN 14, Oxford [u.a.] 2001, pp. 68-82.
- Meyer Michael A., *Response to Modernity – A History of the Reform Movement in Judaism*, New York [u.a.] 1988.
- Molik Witold, *Die Posener Juden in der Sicht polnischer Memoiren und Zeitschriften (1848-1890). Ausgewählte Probleme*, in: Bömelburg Hans-Jürgen (Hrsg.), „Der Fremde im Dorf“ Überlegungen zum Eigenen und zum Fremden in der Geschichte, Lüneburg 1998, S. 125-145.
- Moraczewski Jędrzej, *Wypadki poznański w roku 1848*, Poznań 1850.
- Mosse Werner E., *Rudolf Mosse and the House of Mosse 1867-1920*, in: Leo Baeck Institute Year Book 4 (1959), pp. 237-259.
- Nawrocki Stanisław, *Die revolutionären Ereignisse im Großherzogtum Posen und Westpreußen in den Jahren 1848-1849*, in: Booms Hans (Hrsg.), *Deutsche und Polen in der Revolution 1848-1849 – Dokumente aus deutschen und polnischen Archiven*, Schriften des Bundesarchivs 37, Boppard am Rhein 1991, S. 27-44.
- Neubach Helmut, *Der Beitrag des ostdeutschen Judentums zur deutschen Politik*, in: Rhode Gotthold (Hrsg.), *Juden in Ostmitteleuropa von der Emanzipation bis zum Ersten Weltkrieg*, Marburg/Lahn 1989, S. 115-150.
- Ober-Conreuth Adalbert Waldemar Junker von, *Im Polen-Aufbruch 1846-1848. Aus den Papieren eines Landrats*, Gotha 1898.
- Pajkowski Philip, *Ambiguities of Assimilation. The Kraków Conservatives and the Jews*, in: Galas Michał and Polonsky Antony (ed.), *Jews in Kraków*, POLIN 23, Oxford [u.a.] 2011, pp. 83-102.
- Paprocki Franciszek, *Wykazy imienia członków powiatowych i lokalnych komitetów narodowych w Wielkopolsce w 1848 r.*, in: *Kronika Miasta Poznania: kwartalnik poświęcony sprawom kulturalnym miasta Poznania: organ Towarzystwa Miłośników Miasta Poznania* 1948 R.21 Nr 1, S. 26-49.
- Purchla Jacek, *The Polonization of Jews. Some Examples from Kraków*, in: Galas Michał and Polonsky Antony (ed.), *Jews in Kraków*, POLIN 23, Oxford [u.a.] 2011, pp. 199-212.
- Radloff Anneliese, *Hardenbergs Stellung im Rahmen der preußischen Sozial- und Wirtschaftsreform*, Berlin 1957.

- Rhode Gotthold, Polen und die polnische Frage von den Teilungen bis zur Gründung des Deutschen Reiches, in: Bußmann Walter (Hrsg.), Europa von der Französischen Revolution zu den nationalstaatlichen Bewegungen des 19. Jahrhunderts. Handbuch der europäischen Geschichte, Band 5, Stuttgart 1981, S. 677-745.
- Richarz Monika, Der Eintritt der Juden in die akademischen Berufe – jüdische Studenten und Akademiker in Deutschland 1678-1848, Schriftenreihe LBI 28, Tübingen 1974.
- Richarz Monika, Juden, Wissenschaft und Universitäten. Zur Sozialgeschichte der Akkulturation in Preußen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Grab Walter (Hrsg.), Gegenseitige Einflüsse Deutscher und Jüdischer Kultur – Von der Epoche der Aufklärung bis zur Weimarer Republik, Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Beiheft 4, Tel-Aviv 1982, S. 55-72.
- Röska-Rydel Isabel (Hrsg.), Deutsche Geschichte im Osten Europas – Galizien, Bukowina, Moldau, Berlin 1999.
- Rohrbacher Stefan, Schmidt Michael, Judenbilder – Kulturgeschichte antijüdischer Mythen und antisemitischer Vorurteile, Hamburg 1991.
- Rohrbacher Stefan, Gewalt im Biedermeier – Antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1815-1848/49), Frankfurt am Main 1993.
- Rürup Reinhard, The European Revolutions of 1848 and Jewish Emancipation, in: Mosse Werner E./Paucker Arnold/Rürup Reinhard (ed.), Revolution and Evolution 1848 in German-Jewish History, Schriftenreihe LBI 39, Tübingen 1981, pp. 1-53.
- Schapira Pinkas, Die revolutionären Bewegungen der Polen in Galizien 1848, Wien 1925.
- Schenk Hans, Deutsch-polnische Beziehungen 1831 bis 1848, in: Kahlenberg Friedrich P. (Hrsg.), Aus der Arbeit der Archive, Schriften des Bundesarchivs 36, Boppard am Rhein 1989, S. 678-698.
- Schröder Christoph, Karol Marcinkowski und das „Towarzystwo Naukowej Pomocy“ in der polnischen Nationalbewegung im Posener Vormärz, in: Krzoska Markus /Tokarski Peter, Die Geschichte Polens und Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Osnabrück 1998, S. 8-35.
- Silbergleit Heinrich, Die Bevölkerungs- und Berufsverhältnisse der Juden im Deutschen Reich, Band 1: Freistaat Preußen, Berlin 1930.

- Solomon Francisca, Im Spannungsfeld von Haskala, Assimilation und Zionismus. Blicke auf das galizische Judentum bei Nathan Samuely (1846-1921), Karl Emil Franzos (1847-1904) und Saul Raphael Landau (1870-1943), Wien 2011.
- Sroka Lukasz Tomasz, Der Einfluss Wiens auf die polnisch-jüdischen Beziehungen in Galizien im 19. Jahrhundert, speziell in Lemberg und Krakau, in: Wichard Rudolf (Hrsg.), Kreuzwege – Kulturbeggnung im öffentlichen Raum, Frankfurt am Main 2010, S. 89-101.
- Stanislawski Michael, A Murder in Lemberg. Politics, Religion, and Violence in Modern Jewish History, Princeton [u.a.] 2007.
- Stocki Eduard, Udział lekarzy żydowskich w powstaniu poznańskim 1848 r., in: Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego, Nr 11-12 (1954), S. 109-122.
- Streiter Karl Heink, Die nationalen Beziehungen im Großherzogtum Posen (1815-1848), Bern [u.a.] 1986.
- Śliwa Michał, Galizien 1846 und die polnische Revolution von 1848, in: Reinalter Helmut (Hrsg.), Die europäische Revolution 1848/49 in Polen und Österreich und ihre Folgen, Frankfurt am Main [u.a.] 2001, S. 27-41.
- Śliż Małgorzata, Galicyjscy Żydzi na drodze do równouprawnienia 1848-1914, Kraków 2006.
- Toury Jacob, Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland – von Jena bis Weimar, Tübingen 1966.
- Toury Jacob, Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847-1871. Zwischen Revolution, Reaktion und Emanzipation, Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte Universität Tel-Aviv 2, Düsseldorf 1977.
- Toury Jacob, Die Sprache als Problem der jüdischen Einordnung in den deutschen Kulturraum, in: Grab Walter (Hrsg.), Gegenseitige Einflüsse deutscher und jüdischer Kultur – Von der Epoche der Aufklärung bis zur Weimarer Republik, Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Beiheft 4, Tel-Aviv 1982, S. 75-95.
- Trzeciakowski Lech, Die Ereignisse von 1848 im Großherzogtum Posen aus der Sicht ihrer Teilnehmer: der Polen, Deutschen und Juden, in: Müller Michael G. (Hrsg.), Osteuropäische Geschichte in vergleichender Sicht, Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte, Berlin 1996/1, S. 229-249.
- Wagner Rudolf, Die Revolutionsjahre 1848/49 im Königreich Galizien-Lodomerien (einschließlich Bukowina), München 1983.

- Wenzel Stefi, Jüdische Bürger und kommunale Selbstverwaltung in preussischen Städten 1808-1848, Berlin 1967.
- Wróbel Piotr, Przed odzyskaniem niepodległości, in: Tomaszewski Jerzy (Hrsg.), Najnowsze dzieje Żydów w Polsce, Warszawa 1993, S. 13-139.
- Wuttke Heinrich, Städtebuch des Landes Posen. Codex diplomaticus. Allgemeine Geschichte der Städte im Lande Posen. Geschichtliche Nachrichten von 149 Einzelnen Städten, Leipzig 1877.
- Zieliński Zygmunt, Kościół katolicki w Wielkim Księstwie Poznańskim w latach 1848-1865, TNKUL 34, Lublin 1973.

#### Zeitungen/Zeitschriften

- Allgemeine Zeitung des Judentums. Hrsg. von Ludwig Philippson. Leipzig/Berlin 1837-1922.
- Gazeta Polska. Hrsg. von Walenty Stefański. Poznań 1848-1850.
- Der Orient. Hrsg. von Julius Fürst. Leipzig 1840-1850.
- Der Jude. Hrsg. von Martin Buber. Berlin/Wien 1916-1928.
- Im deutschen Reich. Hrsg. vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Berlin 1895-1922.

## **Zusammenfassung**

Die vorliegende Masterarbeit untersucht das Engagement der Juden im polnischen „Völkerfrühling“ 1848. In einer vergleichenden Analyse werden die Reaktionen der Posener Juden und ihrer Glaubensgenossen in Galizien auf die revolutionären Ereignisse herausgearbeitet. Die Revolution von 1848 wurde deshalb als Schwerpunkt der Untersuchung gewählt, da sie für die jüdischen Gemeinden in Galizien und im Großherzogtum Posen gleich in mehrerer Hinsicht eine Zäsur darstellte. Zum ersten Mal traten sie in größerer Zahl außerhalb ihrer Gemeinde als politische Akteure auf und wurden so von einer außerordentlichen Politisierung erfasst, angefangen von den assimilierten Juden bis hinein in die orthodoxen und chassidischen Kreise erlebten die zahlenmäßig größten Strömungen innerhalb des Ostjudentums ihre politische Bewährungsprobe in einer christlich geprägten Umgebung. Auch war die 48er Revolution ein wichtiger Meilenstein hinsichtlich ihrer Emanzipation in einer vorwiegend christlichen Gesellschaft.

Die Ziele und Forderungen, mit denen die Posener und galizischen Juden an die diversen politischen Gremien zur Revolutionszeit herantraten, hätten unterschiedlicher nicht sein können, sie reichten von grenzenloser Begeisterung bis hin zu totaler Ablehnung. Auf der einen Seite kämpften jüdische Revolutionäre Seite an Seite mit den Aufständischen, während auf der anderen Seite die jüdischen Konservativen durch ihr solidarisches Auftreten mit den Teilungsmächten die Konterrevolution vorbereiteten. Darüber hinaus machte das Jahr 1848 für die Posener Juden deutlich, dass sie sich verstärkt dem deutschen Kulturkreis akkulturierten, während unter den Juden in Galizien besonders die jüdische Gemeinde in Krakau verstärkte Tendenzen zum Polentum aufzeigte. Allgemein kann man feststellen, dass die Juden im polnischen „Völkerfrühling“ letztlich sehr mannigfaltig, gegensätzlich und inkonsequent zugleich auftraten.

## **Abstract**

This master thesis analyzes the involvement of Jews in the Polish “Spring of Nations” 1848. The reactions of Poznań’s Jews and their co-religionists in Galicia on the revolutionary events are examined in a comparative analysis. The revolution of 1848 was chosen as the focus of this study, because it represented a caesura for the Jewish communities in Galicia and in the Grand Duchy of Poznań in several aspects. For the first time they appeared in large numbers outside their community as a political factor, and have been recognized by an extraordinary politicization, from the assimilated Jews even into the Orthodox and Hasidic circles experienced the most numerous movements within the Eastern European Jewry their political test in a Christian environment. The revolution of 1848 was also an important milestone in terms of their emancipation in a predominantly Christian society.

The aims and demands, with which the Poznań and Galician Jews approached the various political committees at the time of the revolution, could hardly have been more different. They ranged from extreme enthusiasm to total rejection. On one hand Jewish revolutionaries fought side by side with the insurgents, while on the other hand, the Jewish conservatives prepared by their behaviour in solidarity with the partitioning powers the counter-revolution. Beyond that, the year 1848 for the Poznań Jews shows clearly that they are increasingly acculturated to the German culture, while among the Jews in Galicia, especially the Jewish community in Kraków showed increased tendencies to the Polish culture. It can be generally said that the Jews acted during the Polish “Spring of Nations” ultimately very diversely, differently and inconsistently.

## Streszczenie

Przedmiotem niniejszej pracy magisterskiej jest zaangażowanie Żydów w polską „Wiosnę Ludów” 1848. W analizie porównawczej zostaną opracowane reakcje Żydów z Wielkiego Księstwa Poznańskiego i ich współwyznawców z Galicji na rewolucyjne wydarzenia tego czasu. Rewolucja 1848 została wybrana jako przedmiot badań, ponieważ była dla społeczności żydowskich w Galicji i Wielkim Księstwie Poznańskim w kilku aspektach ważną cezurą. Po raz pierwszy Żydzi wystąpili licznie poza swoją społecznością, jako polityczni działacze oraz zostali wciągnięci do politycznych działań. Zarówno dla zasymilowanych Żydów jak i dla kręgów ortodoksyjnych i chasydzkich w Europie środkowo-wschodniej był to sprawdzian polityczny w środowisku chrześcijańskim. Rewolucja była w tym sensie również kamieniem milowym w zakresie ich emancypacji w społeczeństwie, przede wszystkim chrześcijańskim.

Cele i żądania, z którymi Żydzi poznańscy i galicyjscy zbliżyli się do różnych gremiów politycznych podczas rewolucji, nie mogły być bardziej zróżnicowane, wahały się od niepojętego entuzjazmu dla rewolucji do całkowitego odrzucenia idei rewolucyjnych. Z jednej strony żydowscy rewolucjoniści walczyli ramię w ramię z powstańcami, natomiast z drugiej strony, żydowscy konserwatyści przyczyniali się do przygotowania kontrrewolucji, występując solidarnie po stronie zaborców. Jednocześnie już w roku 1848 wzrastała wśród Żydów poznańskich tendencja do asymilacji z Niemcami, podczas gdy wśród Żydów w Galicji, a szczególnie w społeczności żydowskiej w Krakowie, występowały zwiększone tendencje do polonizacji. Ogólnie więc można stwierdzić, że stanowisko środowisk żydowskich na ziemiach polskich wobec „Wiosny Ludów” było ostatecznie bardzo zróżnicowane, sprzeczne i niekonsekwentne.

## Lebenslauf

### Persönliche Daten

---

Name: Nino Gude  
Geburtsdatum: 28. Dezember 1985  
Geburtsort: Löbau  
Staatsangehörigkeit: Deutsch

### Schulbildung

---

1996 – 2004 Geschwister-Scholl-Gymnasium in Löbau  
Abschluss: Abitur  
1992 – 1996 Grundschule Kittlitz

### Studium

---

2004 – 2012 Osteuropäische Geschichte an der Universität  
Wien  
Abschluss: Master of Arts  
Europäische Geschichte an der Technischen  
Universität Chemnitz  
Abschluss: Bachelor of Arts

### Wissenschaftliche Tätigkeiten

---

seit 07/2011 Polnische Akademie der Wissenschaften –  
Wissenschaftliches Zentrum in Wien  
10/2011 – 02/2012 Fachtutorium innerhalb der Studienrichtung  
Geschichte im Wintersemester 2011 an der  
Universität Wien; Integrierter Kurs im MA-  
Studiengang Historisch-Kulturwissenschaftliche  
Europaforschung unter der Leitung von Herrn o.  
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schmale  
10/2007 – 12/2007 Atlantische Akademie Rheinland Pfalz e.V.